



KOMPAKT



HETEROGENITÄT IM KLASSENZIMMER BALANCEAKT? SPAGAT? CHANCE?

PERSONALRATSWAHLN

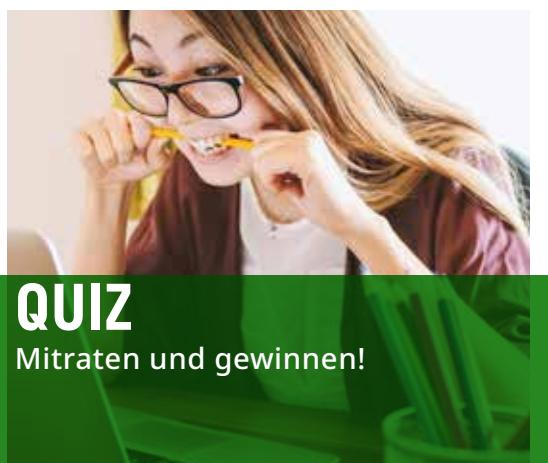
Erstmals gemeinsame Liste VLW und vlbs

BUCHREZENSION

„Bessere Bildung 2035“

IN DIESER AUSGABE ...

APRIL 2025



- 03 DER BALANCEAKT**
Editorial
- 04 HETEROGENITÄT – EIN MACHBARER SPAGAT?**
- 06 HETEROGENITÄT IM KLASSENZIMMER**
Eine Chance mit Herausforderungen
- 08 SCHULPSYCHOLOGIE ALS PARTNER**
VLW-Kompakt im Gespräch mit Schulpsychologin Hanna Dorscheid
- 10 ZURÜCK ZU DEN STÄRKEN**
Kommentar des Landesvorsitzenden
- 11 UNSERE GEMEINSAMEN FORDERUNGEN**
vlbs und VLW im Bündnis
- 12 PERSONALRATSWAHLEN 2025**
Erstmals auf einer gemeinsamen Liste: Die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW und vlbs stellen sich vor
- 21 WAHLVORSTÄNDE LEISTEN UNVERZICHTBARE ARBEIT**
Schulung an der Ludwig-Erhard-Schule Neuwied
- 22 BUCHREZENSION**
Dr. Stefanie Hubig entwirft Perspektiven für „Bessere Bildung 2035“
- 23 IMPRESSUM**
- 24 QUIZ ZU DEN PERSONALRATSWAHLEN**

DER BALANCEAKT

Liebe Leserin, lieber Leser, wenn wir bei unseren Klassen vor völlig homogenen Gruppen stünden, dann wäre der Lehrerberuf wohl erheblich einfacher, aber sicherlich auch deutlich langweiliger. Von der Berufsschule sind wir Heterogenität eigentlich gewohnt, denn dort kommen seit jeher Auszubildende mit völlig unterschiedlichen Vorkenntnissen zusammen. Differenzierung ist für uns kein Fremdwort. Allerdings sind wir zwischenzeitlich in allen unseren Bildungsgängen mit zunehmenden Herausforderungen aufgrund steigender Heterogenität konfrontiert. Die Ursachen sind vielfältig: Inklusion, Migration, Folgen der Pandemie, aber auch eine zunehmende Individualisierung aufgrund digitaler Medien führen zu stark unterschiedlichen Lernständen bei unseren Schülerinnen und Schülern. Der Balanceakt, den wir vollziehen müssen, hat an vielen Stellen die Grenze des Machbaren bereits überschritten.

Wir befassen uns deshalb in dieser Ausgabe des VLW kompakt näher mit dem Thema. Neben einem Leitartikel finden Sie einen Erfahrungsbericht unseres neuen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit Mario Passannante und ein Interview, das er mit der Schulpsychologin Hannah Dorscheid zum Thema geführt hat. Es folgt der Kommentar unseres Landesvorsitzenden, und abschließend formulieren wir unsere Forderungen an die Bildungspolitik.

Unsere Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig hat gemeinsam mit zwei Ministerkolleginnen als Autorin eines Buches mitgewirkt, das bei der Wübben Stiftung erschienen ist.

„Bessere Bildung 2035“ lautet der vielversprechende Titel, den sich unser Vorstandskollege Michael Lutz näher angeschaut hat. In seiner Rezension teilt er seinen ersten Eindruck dazu mit.

Erstmalig in der 75-jährigen Geschichte der beiden rheinland-pfälzischen Berufsschullehrverbände treten VLBS und VLW zu den kommenden Personalratswahlen bei der Wahl der Stufenvertretungen Bezirks- und Hauptpersonalrat mit einer jeweils gemeinsamen Liste an. Erfahren Sie mehr zu den Hintergründen, und lernen Sie in dieser Ausgabe unsere Kandidatinnen und Kandidaten kennen.

Natürlich freuen wir uns über Ihre Unterstützung. Bitte geben Sie uns Ihre Stimme – Liste 2 VLBS & VLW – bei den Personalratswahlen von 5. bis 9. Mai.

Ihr Karl-Heinz Fuß



*Sie haben Anregungen oder Wünsche?
Dann schreiben Sie mir unter
redaktion@vlw-rlp.de*

VLW Rheinland-Pfalz auch auf Instagram!

*Folgen Sie uns auf **vlw_rlp** und verpassen Sie keine aktuellen Posts.*



„Der Lehrer hat die Aufgabe, eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nebel durch unwegsames Gelände in nord-südlicher Richtung zu führen, und zwar so, dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Zielen ankommen.“

Zitat von Arbeitsmediziner Prof. Dr. Wolf Müller-Limmroth, der sich mit den Belastungen des Lehrerberufs befasst hat.

HETEROGENITÄT - EIN MACHBARER SPAGAT?

Was im Zitat von Müller-Limmroth überspitzt zum Ausdruck kommt, gehört zu unserem beruflichen Alltag. Es gibt Schülerinnen und Schüler, die sehr gute Leistungen abliefern und andere, die sich eher am unteren Ende der Notenskala bewegen. Bereits im Studium und während des Referendariats wurde versucht, uns Lehrkräfte unter dem Stichwort „Differenzierung“ darauf vorzubereiten. Was allerdings in der Theorie trivial klingt, sorgt in der Praxis für erheblichen Aufwand. Dieser hat sich seit einigen Jahren gesteigert. Es zeigt sich immer klarer, dass der konventionelle Unterricht an seine Grenzen gerät. Denn die Heterogenität hat eine Bandbreite erreicht, die den Bildungserfolg einer gesamten Klasse gefährdet. Auch in den höheren Klassen haben einzelne Schülerinnen und Schüler erhebliche Probleme beim Lesen, so dass sie bereits die Auf-

gabenstellung nicht verstehen. Selbst die mathematisch Begabten scheitern auffällig oft an Textaufgaben. Während bei den bundesweit vorgegebenen Abschlussprüfungen für die Berufsschulklassen die Quote des Nichtbestehens steigt, werden in den Wahlschulbildungsgängen fatalerweise die Anforderungen kontinuierlich abgesenkt. Wir stecken in einem pädagogischen Dilemma, denn wir können unsere Schülerinnen und Schüler nur erreichen, indem wir an ihre bisherigen Lernerfahrungen anknüpfen. In der Praxis erfordert dies zwangsläufig einen hohen Grad an Differenzierung. Was aber, wie oben gesagt, in der Theorie einfach klingt, ist in der Umsetzung mit einem enormen Arbeitsaufwand verbunden. Denn nicht nur der Lernstoff soll auf verschiedenen Niveauen angeboten werden, sondern auch die Formen der Leistungsüberprüfungen sollen diesen gerecht werden.

WAS ALSO TUN?

Zunächst stellt sich die Frage nach der Ursache für diese Entwicklung, bei der sicherlich eine Reihe von Einflüssen eine Rolle spielt. Erstens zeigen sich die Folgen der Pandemiezeit, in der das Unterrichten nur eingeschränkt möglich war. Wenn sie nicht freiwillig das Schuljahr wiederholen wollten, wurden Schülerinnen und Schüler trotz Defiziten in das folgende Schuljahr versetzt. Viele konnten den versäumten Unterricht bis heute jedoch nicht vollständig kompensieren. Zweitens ist aufgrund der Migration eine beträchtliche Zahl unserer Schülerinnen und Schüler nicht mit der deutschen Sprache aufgewachsen und schon deshalb mit höheren Anforderungen beim Lernen konfrontiert. Und drittens kommt als weiterer Punkt der Medienkonsum hinzu, der bei den Jugendlichen einen hohen Anteil ihrer Freizeit einnimmt. Laut der JIM-Studie aus dem Jahr 2023 verbringen sie durchschnittlich täglich 224 Minuten online, wobei insbesondere Messenger und Social Media eine große Rolle spielen¹⁾. In der Folge reduziert sich nicht nur die verbleibende Zeit zur aktiven Beschäftigung mit schulischen Lerninhalten, sondern es steigen gleichzeitig die psychischen Belastungen, denen die Jugendlichen, z.B. in Form von verbaler Gewalt, ausgesetzt sind.

Wie können wir Lehrkräfte unter den aufgeführten Voraussetzungen den Spagat der Differenzierung bewältigen? Der konventionelle Unterricht funktioniert nicht mehr. Denn er führt dazu, dass sich ein Teil der Schülerinnen und Schüler langweilt, während sich einige unterfordert, andere wiederum überfordert fühlen. Es müssen also passende Lösungen gefunden werden.

Das Bildungsministerium hat bisher zögerlich auf diese Entwicklung reagiert. So wurde beispielsweise die Sprachförderung insbesondere in der frühkindlichen Bildung verstärkt. Der Gedanke hierbei war, möglichst frühzeitig mit der Sprachförderung zu beginnen, um den Lernerfolg von Anfang an zu ermöglichen. Das ist richtig, aber für die berufliche Bildung erst auf lange Sicht erfolgversprechend. Fakt ist, dass regelmäßig Jugendliche aus Krisengebieten zuwandern, die nicht in den Genuss der frühkindlichen Bildung in deutscher Sprache kommen konnten. Zunehmend können sich aber auch deutschsprachige Schülerinnen und Schüler immer weniger in ihrer Muttersprache ausdrücken.

MEHR ALS SPRACHFÖRDERUNG

Sprachförderung ist deshalb auch für die Sekundarstufe 2 erforderlich. Darüber hinaus benötigen wir weitere intelligente Lösungen, um unsere Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern. Ein ernstzunehmender zukunftsorientierter Ansatz kann das selbstgesteuerte Lernen mithilfe von Lernplattformen wie Moodle und der didaktisch passenden Nutzung von KI-Programmen sein. Diese vielversprechende Möglichkeit des individualisierten Lehrens und Lernens wird allerdings bei Weitem kein Selbstläufer sein. Wenn sie zum Erfolg führen soll, erfordert sie die passende technische Ausstattung und intensive pädagogische Betreuung. Schulen müssen digital stabil ausgestattet sein und die Schülerinnen und Schüler benötigen ein adäquates Endgerät, das ihnen den Zugriff auf Lerninhalte und Aufgaben ermöglicht. Individuelle pädagogische Betreuung erfordert Zeit. Die Anzahl der zu betreuenden Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft darf deshalb nicht zu groß sein. Gleichzeitig gibt es viele Aufgaben, die nicht zur originären Tätigkeit einer Lehrkraft gehören und von multiprofessionellen Teams erledigt werden sollten. Dazu gehören der IT-Support, Verwaltungstätigkeiten und die soziale und psychologische Betreuung von Schülerinnen und Schülern.

UNSERE FORDERUNGEN

Aus Sicht des VLW ergeben sich die folgenden Forderungen, um den aktuellen Herausforderungen im Sinne einer zukunftsorientierten beruflichen Bildung zu begegnen:

- **Sprachfördermaßnahmen dürfen nicht auf die frühkindliche Bildung beschränkt bleiben, sondern sind auf die Sekundarstufen I und II auszuweiten und auch für Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund zu öffnen.**
- **Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sind digital so auszustatten, dass individualisierte Lehr- und Lernprogramme stabil in Anwendung kommen können.**
- **Individualisiertes Lehren und Lernen erfordert einen höheren Bedarf an Betreuung. Die Zahl der zugewiesenen Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft darf deshalb nicht zu hoch sein.**
- **Lehrkräfte benötigen Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, die sich um den IT-Support, Verwaltungsarbeiten, und die soziale und psychologische Betreuung von Schülerinnen und Schülern kümmern.**

1) mpfs.de/studie/jim.-studie-2023



HETEROGENITÄT IM KLASSENZIMMER: EINE CHANCE MIT HERAUSFORDERUNGEN



Foto: AdobeStock

Meine erste Lehrerfortbildung trug den verheißungsvollen Titel: „Heterogenität als Chance nutzen“. Mit Begeisterung sprach der Dozent über die Vorteile heterogener Lerngruppen. Diese Vielfalt, so hieß es, würde soziale Interaktion und Toleranz fördern, da Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Interessen und Hintergründen voneinander lernen könnten. Schwächere Lernende sollten von der Unterstützung ihrer stärkeren Mitschüler profitieren, während letztere durch das Erklären ihr Wissen vertiefen. Heterogenität würde zu kreativeren Lösungen und einer ganzheitlichen Kompetenzentwicklung führen.

Doch inzwischen, viele Jahre später, sehe ich die Heterogenität in meinen Klassen mit anderen Augen. Die Realität im Klassenzimmer ist komplexer als die Theorie. Während die einen noch nicht einmal ihre Stifte ausgepackt haben, sind andere bereits mit den Aufgaben fertig. Die Spannweite der Leistungsniveaus und Bedürfnisse meiner Schüler erfordert eine Differenzierung, die oft kaum zu bewältigen ist. Einheitsunterricht wird vielen nicht gerecht: Schwächere fühlen sich überfordert, stärkere unterfordert. Und mein Notenspiegel zeigt immer häufiger: Es gibt kein „Mittelfeld“ mehr – genau jene Gruppe, für die ich oft meinen Unterricht plane.

Mario Passannante findet, dass ein realistischer Blick auf die Heterogenität in Schulklassen unabdingbar ist.

DIE DIMENSIONEN DER HETEROGENITÄT

Heterogenität zeigt sich in unzähligen Facetten: unterschiedliche Lernvoraussetzungen, kulturelle und sprachliche Vielfalt, soziale Hintergründe oder individuelle Interessen. Jede Klasse spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft wider. Diese Vielfalt birgt enorme Chancen – von einem respektvollen Umgang mit Unterschieden bis hin zu einem breiteren Erfahrungshorizont. Doch sie stellt uns Lehrkräfte auch vor ständig wachsende Herausforderungen. Wie gelingt es, niemanden zurückzulassen und gleichzeitig alle Schüler zu fördern?

DER SPAGAT IM LEHRERALLTAG

Wir Lehrkräfte stehen im Spannungsfeld widersprüchlicher Erwartungen. Wir sollen gerecht sein und zugleich individuelle Bedürfnisse berücksichtigen, klare Strukturen schaffen und doch Raum für Kreativität lassen. Inklusion ist ein zentraler Anspruch, der uns dazu verpflichtet, Schüler mit Lernschwierigkeiten ebenso zu fördern wie intelligente talentierte aber demotivierte Verweigerer. Wir sind nicht nur Wissensvermittler, sondern auch Sozialarbeiter, Konfliktmanager und manchmal schlicht eine emotionale Stütze. Doch all diese Rollen konkurrieren mit dem Zeitdruck des Lehrplans, dem Druck Noten machen zu müssen und den begrenzten Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen.

STRATEGIEN UND LÖSUNGSANSÄTZE

Der Umgang mit Heterogenität verlangt nach flexiblen Ansätzen. Differenzierung und Individualisierung sind dabei zentrale Schlüssel. Digitale Medien bieten uns Möglichkeiten, personalisiertes Lernen zu unterstützen und Schüler aktiver einzubinden. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen essenziell, um gemeinsam Ressourcen zu nutzen und voneinander zu lernen.

Auch die Lehrkräftebildung spielt eine wichtige Rolle: Bereits in der Ausbildung müssen angehende Lehrerinnen und Lehrer auf die Arbeit in heterogenen Gruppen vorbereitet werden. Fortbildungen können helfen, neue Methoden zu erlernen und den Blick für kreative Lösungen zu schärfen.



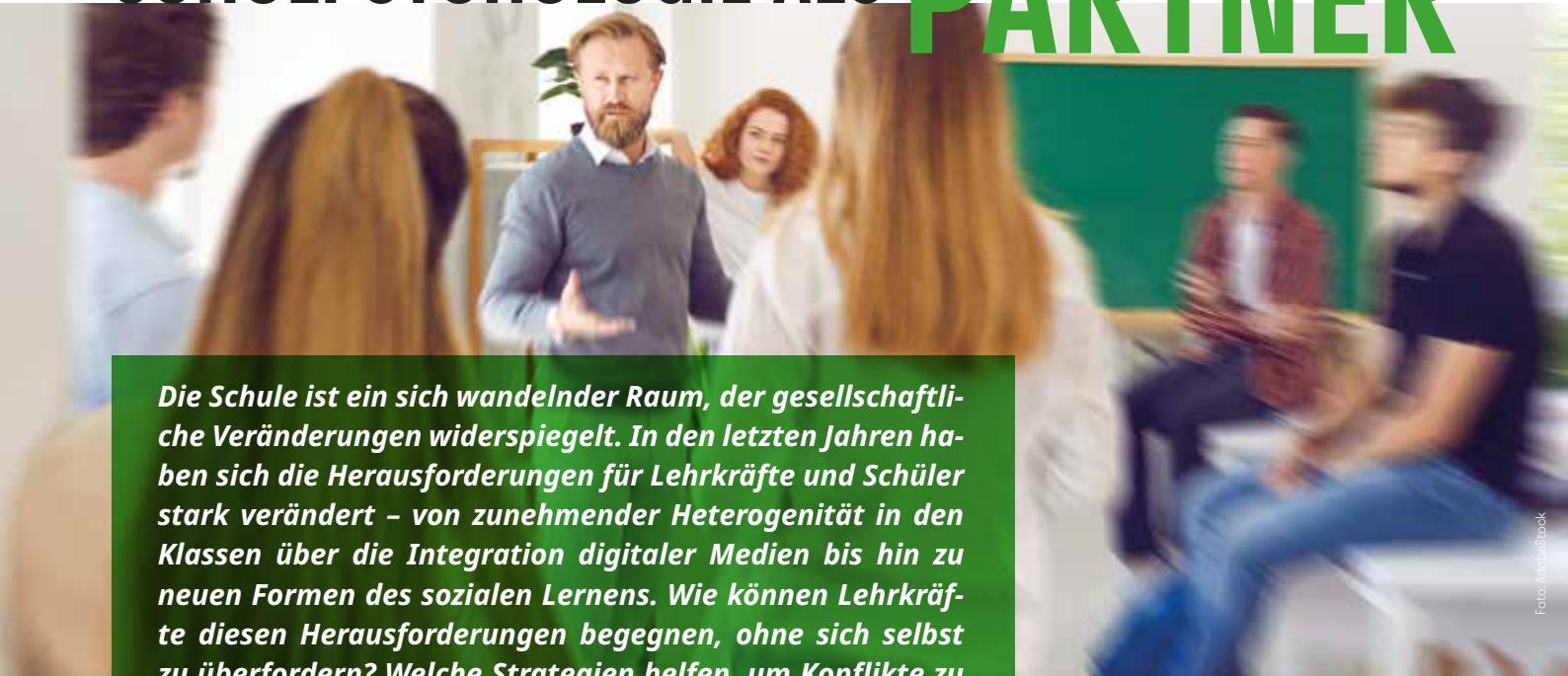
GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

Doch letztlich ist die Bewältigung von Heterogenität nicht allein unsere Aufgabe. Bildung nachfolgender Generationen ist die gesamte Gesellschaft verantwortlich. Politik, Verwaltung und Eltern müssen uns unterstützen – durch angemessene Klassengrößen, materielle Ressourcen und eine bessere Anerkennung unseres Berufs. Nur so können wir der Vielfalt gerecht werden.

Heterogenität ist eine Bereicherung, aber auch eine Herausforderung. Der Spagat, den wir Lehrkräfte täglich meistern, erfordert nicht nur Fachwissen, sondern auch Flexibilität, Empathie und Kreativität. Trotz aller Widersprüche bleibt es unsere Aufgabe, der Vielfalt gerecht zu werden. Denn nur so können wir unsere Schüler auf eine Welt vorbereiten, die ebenso vielfältig und dynamisch ist wie die Klassenzimmer, in denen sie lernen. ■

Mario Passannante

SCHULPSYCHOLOGIE ALS **PARTNER**



Die Schule ist ein sich wandelnder Raum, der gesellschaftliche Veränderungen widerspiegelt. In den letzten Jahren haben sich die Herausforderungen für Lehrkräfte und Schüler stark verändert – von zunehmender Heterogenität in den Klassen über die Integration digitaler Medien bis hin zu neuen Formen des sozialen Lernens. Wie können Lehrkräfte diesen Herausforderungen begegnen, ohne sich selbst zu überfordern? Welche Strategien helfen, um Konflikte zu vermeiden und die Vielfalt im Klassenzimmer als Chance zu nutzen? In diesem Interview gibt die Schulpsychologin Hanna Dorscheid vom Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz wertvolle Einblicke und praxisnahe Empfehlungen für den Schulalltag.

Wie haben sich unsere Schülerinnen und Schüler aus Sicht der Schulpsychologie in den letzten zehn Jahren verändert?

Schule ist ein Abbild der Gesellschaft, die Veränderungen unterworfen ist, die Chancen, aber auch Risiken mit sich bringen. Die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler bezieht immer mehr auch den digitalen Raum mit ein. Die Themen Inklusion und Migration gestalten sich dynamisch und nehmen Einfluss auf die Schule. Familiäre Strukturen haben sich ebenfalls verändert. Die aktuelle gesellschaftspolitische Diskurskultur bildet sich auch in der Schule ab, was zu zugesetzten Konfliktdynamiken führen kann.

Für viele Lehrkräfte stellt der Umgang mit heterogenen Lernvoraussetzungen derzeit eine große Belastung dar. Merken Sie dies in Ihrem Beratungsalltag?

Wir bemerken in unserem Berufsalltag, dass die Heterogenität in den Klassen zugenommen hat. Dadurch sind Lehrkräfte in ihren pädagogisch-diagnostischen Einschätzungen stärker gefordert, was welche Schülerin, welcher Schüler braucht, um sich weiterentwickeln zu können.

Sehen Sie vermehrt Hilfeersuchen aus dem BBS-Bereich?

Die landesweiten Zahlen der Jahresarbeitsberichte aus den Jahren 2021 bis 2023 zeigen, dass die Anfragen von berufsbildenden Schulen sowohl im Bereich der Einzelfallberatung, als auch im Bereich der Schulberatung auf einem etwa gleichbleibenden Niveau liegen.

Können Sie uns aus Sicht der Schulpsychologie Chancen bzw. Gefahren der Heterogenität unserer Schüler(innen) aufzeigen?

Zunächst stellen heterogene Grup-

pen eine Herausforderung für das Schulsystem dar. Damit einhergehend besteht das Risiko, dass die Vielfalt zu einer Überforderung für die meisten Beteiligten wird. Das kann dazu führen, dass einzelne Personen oder auch Personengruppen sich allein gelassen fühlen. Chancen liegen darin, dass sich jede Person mit ihrer Individualität als Teil der Gemeinschaft sieht und dadurch eine Umgebung von Wertschätzung, Toleranz und Zugehörigkeit entsteht.

Haben Sie für uns Lehrkräfte Empfehlungen, wie wir auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen eingehen können, ohne uns dabei zu überfordern?

Zunächst ist es wichtig zu sagen, dass viele unterschiedliche Lernvoraussetzungen von Schülerinnen und Schülern in einer Klasse eine große Herausforderung für Lehrkräfte darstellen. Grundsätzlich ist es für eine Lerngruppe aber auch auf individueller Ebene hilfreich und entwicklungsförderlich, gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Akzeptanz für die unterschiedlichen Voraussetzungen zu erfahren. Dies kann durch Maßnahmen zur Förderung eines positiven Klassenklimas,

des sozialen Lernens und einer stabilen pädagogischen Beziehung der Lehrkraft zu den Lernenden erreicht werden.

Welche Strategien empfehlen Sie, um mit Verhaltensauffälligkeiten umzugehen, die aus heterogenen Hintergründen resultieren?

Es ist sehr schwierig pauschalisierte Strategien zum Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten zu nennen. Interventionen sollten individuell beim Schüler bzw. der Schülerin oder der entsprechenden Lerngruppe ansetzen.

Wichtig ist eine bewusste Beziehungsgestaltung zu den Schülerinnen und Schülern. Bleiben Sie in Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern wie auch deren Eltern, suchen Sie frühzeitig das Gespräch und bieten sie Raum, um Stärken und Schwächen in den Blick zu nehmen. Erarbeiten Sie gemeinsam mit dem Schüler bzw. der Schülerin Lösungsmöglichkeiten und bleiben Sie über diesen Prozess im Gespräch. Sinnvoll kann dabei auch der Einbezug weiterer Professionen und Perspektiven sein. Schulintern könnte dies die Schulsozialarbeit sein, schulextern können Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aber auch die Schulpsychologie oder andere Netzwerkpartner eingebunden werden. Ein kollegialer Austausch über einzelne Schülerinnen und Schüler z.B. in strukturierten Fallkonferenzen könnte etabliert werden, um Lösungsmöglichkeiten kollegial zu sammeln und langfristig von interventionem in präventives Handeln zu gelangen.

Welche präventiven Maßnahmen können Sie empfehlen, um Konflikte in heterogenen Gruppen zu vermeiden?

Im Bereich der Prävention sind Ansätze aus den Bereichen des sozialen Lernens oder der Resilienzförderung sinnvoll. Hierbei gibt es unterschiedliche Anbieter und Programme. Das Programm Mind-Matters, um ein Beispiel zu nennen, richtet sich dabei an alle Schulformen und Klassenstufen mit dem

übergeordneten Ziel die gute gesunde Schule zu entwickeln. Eine Arbeit mit Programmen aus dem Bereich der Primärprävention bieten für die Lernenden die Chance der Erfahrung von Gleichwertigkeit in einem bewertungsfreien Raum sowie ein erfahrungsorientiertes Erlernen sozialer Regeln für ein konstruktives Miteinander.

Kann ich als Lehrer erkennen, ob die Heterogenität einer Klasse zu Belastungen für einzelne Schüler wird?

Im Hinblick auf das Belastungsniveau einzelner Schülerinnen und Schüler ist es sinnvoll, als Lehrkraft auf Belastungsanzeichen zu achten und mit potenziell Belasteten zu ergründen, welche Faktoren als belastend erlebt werden. Anzeichen für erlebte Belastungen sind nicht immer leicht zu erkennen. Informationen von Betroffenen selbst, Informationen von Eltern, Mitschülerinnen und Mitschülern oder Kolleginnen und Kollegen, Beobachtungen von verändertem Verhalten, schulische Leistungen, erhöhte Fehlzeiten und Bilder oder Texte der Betroffenen können als Quellen für Belastungshinweise dienen.

Was empfehlen Sie, um Heterogenität im Klassenzimmer zu nutzen, um das Lernen zu bereichern?

Ein Ansetzen an den individuellen Stärken der Schülerinnen und Schülern beispielsweise kann die Heterogenität nutzbarer machen. Dazu ist es zunächst wichtig, dass sich jedes Mitglied der Klassengemeinschaft seiner Stärken bewusst ist oder wird, um in den Blick nehmen zu können, wo und wie man diese in die Gemeinschaft einbringen kann. Hierbei können die bereits genannten Ansätze zum sozialen Lernen hilfreich sein.

Wie kann uns Lehrern die Schulpsychologie beim Umgang mit Heterogenität helfen?

Als Lehrkraft besteht grundsätzlich die Möglichkeit, sich individuell beraten zu lassen. Bezugnehmend auf das Thema Heterogenität kann



Hanna Dorscheid, Schulpsychologin des Pädagogischen Landesinstituts Rheinland-Pfalz

je nach Bedarf dabei der Fokus auf einzelnen herausfordernden Schülerinnen und Schülern, der gesamten Klasse oder der Reflexion der Rolle der Lehrkraft liegen.

In welchen Fällen können Sie uns helfen?

Das schulpsychologische Angebot reicht von der Beratung im Einzelfall und bei Krisen über Fortbildungen bis hin zu der Begleitung von Schulentwicklungsprozessen. Die Themen können dabei z.B. Folgendes umfassen: Fragestellungen zum Verhalten oder zu schulischen Leistungen, Konflikte, Angst, Schulvermeidung, zurückgezogenes Verhalten, Lernverhalten, Lernmotivation, Begabungsförderung, Übergänge oder Kommunikation, Kooperation, Teamentwicklung, Gesprächsführung oder schulische Prävention.

Wie bekomme ich Hilfe von Ihnen?

Schulpsychologische Unterstützung erhalten Sie auf Nachfrage bei dem für Ihre Schule zuständigen Beratungszentrum.

Wir danken Ihnen für das Gespräch!

*Das Interview führte Mario Passannante.
Hier finden Sie die für Sie passende Ansprechperson:*



ZURÜCK ZU DEN STÄRKEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Wendejahr 1989 hat Udo Lindenberg ein Album mit dem Titel „Bunte Republik Deutschland“ veröffentlicht. Im Titelsong huldigt er der Weltoffenheit, die er sich für unser Land gewünscht hat. Ob sein Wunsch letztlich in Erfüllung ging, kann Lindenberg nur selbst beurteilen. Bunter geworden ist unser Land seit 1989 auf jeden Fall. Während viele diese Vielfalt als Bereicherung empfinden und begrüßen, stören sich andere an den Herausforderungen, die sie mit sich bringt.

Diese gesellschaftliche Diskussion hat den zurückliegenden Bundestagswahlkampf beherrscht, und das Thema wird uns sicher noch weiter begleiten. Auch in der Schule, denn unsere Schülerschaft ist ebenfalls bunter geworden – und zwar in vielerlei Hinsicht. Schülerinnen und Schüler „mit Migrationshintergrund“ (so der sperrige, aber politisch korrekte Fachterminus) prägen das Erscheinungsbild unserer Klassen schon lange und gehören fraglos dazu. Eine große Herausforderung kam mit den Menschen, die in unserem Land Zuflucht vor den Krisen in ihrer Heimat gefunden haben, in Gestalt einer Sprachbarriere auf die Schulen zu.

Die Bildungspolitik hat darauf mit Sprachfördermaßnahmen reagiert, beispielsweise mit der Einrichtung von BVJ-S-Klassen. Was dabei leider völlig aus dem Blickwinkel geraten ist, sind die zunehmenden Sprachdefizite bei „einheimischen“ Schülerinnen und Schülern, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Seit vielen Jahren können wir an unseren Schulen beobachten, dass



sich das Sprachverständnis unserer Schülerschaft im freien Fall befindet. Das zeigt sich zum einen im Textverständnis, wenn Aufgabenstellungen immer öfter erklärt werden müssen und zum anderen in den Ausdrucksfähigkeiten, die sich in den Antworten unserer Schülerinnen und Schüler niederschlagen. An dem Anspruch, grammatisch vollständige und orthographisch korrekte Sätze zu Papier zu bringen, scheitert ein Großteil der heutigen Schülerschaft mit unschöner Regelmäßigkeit.

Die schier unerschöpflichen Möglichkeiten, die die so genannte „Künstliche Intelligenz“ bietet, wird – so steht es zu befürchten – den Trend eher verstärken. Wahrscheinlich bekommen wir Lehrkräfte zukünftig zwar erheblich mehr Texte zu lesen, die die vorhin beanstandeten Mängel nicht mehr so gehäuft aufweisen – was dann wiederum verdächtig ist –, die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler, sich in der deutschen Sprache auszudrücken, werden jedoch darunter leiden. Denn eine Wahrheit bleibt bestehen: Übung macht den Meister!

Wir werden wohl dieselben Beobachtungen machen, die durch den Gebrauch des Taschenrechners alltäglich geworden sind. Selbst bei banalen Berechnungen greifen fast alle Schülerinnen und Schüler selbstverständlich zum mathematischen Helferlein. Wozu soll man sich denn noch selbst anstrengen?

Wir brauchen dringend eine Wende in der Bildungspolitik, die sich wieder auf die Erkenntnis besinnen und stützen muss, dass die Anstrengung nicht nur im Alphabet vor dem Erfolg steht. Niemand wünscht sich einen Drill, wie man ihn aus fernöstlichen Ländern kennt, man kommt aber auch nicht an der Tatsache vorbei, dass das, was in der Grundschule versäumt wurde, später kaum noch aufzuholen ist und sich in der Folge durch ganze Bildungsbiografien durchzieht. Wir haben heute zwar eine wahre Schwemme von Einser-Abiturientinnen und -Abiturienten, aber sind die heutigen Schülerinnen und Schüler tatsächlich so viel schlauer als vorherige Generationen?

Außerdem braucht es ein Einsehen, dass es völlig ausgeschlossen ist, einer immer heterogener werdenden Schülerschaft in Klassen mit dreißig und mehr Schülerinnen und Schülern auch nur ansatzweise gerecht zu werden. Kleinere Klassen und die standardmäßige Implementierung so genannter „multiprofessioneller Teams“ sind dabei nur ein Anfang. Es wird höchste Zeit, damit zu beginnen.

Es grüßt Sie herzlich

Dirk Mettler

2025 Personalratswahl

Gemeinsam stärker

DIE BBS-EXPERTEN

Liste VLBS & VLW



Arbeitsbedingungen  **Entlastung**
Beförderung  **Bezahlung**
Beamtenstatus  **Altersteilzeit**

WIR FORDERN

- Entlastung der Lehrkräfte durch Schulsozialarbeit, Digital- und Schulassistenten
- mehr Beförderungsstellen für den höheren und gehobenen Dienst
- angemessene Bezahlung und nahtlose Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter
- Reduzierung der Klassenmesszahl im BVJ
- Erhalt des Beamtenstatus für alle Lehrkräfte
- Reduzierung des Stundendeputats zum Abfedern der stetig steigenden Arbeitsbelastung
- Fortführung des Altersteilzeitmodells
- mehr Anrechnungsstunden für Funktionsträger und Erhöhung der 3/6-Pauschale
- Reduzierung der überbordenden Statistik und BBS-spezifische Verwaltungsprogramme
- Transparenz und Gleichbehandlung bei Versetzung und Beförderung
- Berücksichtigung der schulartspezifischen Anforderungen in den berufsbildenden Schulen und BBS-Studiensemätern

PERSONALRATSWAHLEN:

VLW UND VLBS TREten MIT GEMEINSAMEN LISTEN AN



Unter dem Slogan „Gemeinsam stärker – Die BBS-Experten“, treten VLW und vlbs erstmals mit gemeinsamen Listen zur BPR- und HPR-Wahl an. Die folgenden Gründe haben zu dieser Entscheidung geführt:

- VLW und vlbs stehen für die gleichen Ziele.
- Durch die Bündelung der BBS-Kompetenzen kann mehr Wirkung erzielt werden.
- Die Durchsetzungskraft gegenüber dem Dienstherrn steigt.
- Die berufsbildenden Schulen erhalten eine stärkere Stimme gegenüber der Politik.
- vlbs und VLW vertreten gemeinsam die rheinland-pfälzischen Interessen in den Bundesverbänden dbb und BvLB.

DIE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN VON VLWS & VLW ZUR WAHL DES BPR

Platz	Name	VLW	vlws	Schule
1	Hoffmann , Andreas			BBS JWS Koblenz
2	Seehaus , Andreas	█		BBS Landau
3	Penner , Markus			BBS 1 Mainz
4	Cartarius , Andreas			BBS Prüm
5	Tischer , Stefanie	█		BBS LES Neuwied
6	Lemmen , Joachim			BBS 1 Technik Kaiserslautern
7	Bollig , Christine			BBS Wirtschaft Trier
8	Schllich , Daniel			BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler
9	Passannante , Mario	█		BBS Idar-Oberstein
10	Gutting , Victoria			BBS Pirmasens
11	Völkel , Alexandra			BBS Boppard
12	Macher , Jutta	█		BBS Mainz III
13	Schwinden , Nina			BBS GuT Trier
14	Dr. Wagner , Björn			BBS Frankenthal
15	Schütz , Jörg	█		BBS Bernkastel-Kues
16	Peters , Kerstin			BBS Alzey
17	Koppelkamm , Elisabeth			BBS Bernkastel-Kues
18	König-Kries , Dagmar	█		BBS II Wirtschaft und Soziales Kaiserslautern
19	Becker , Christina			BBS EHS Trier
20	Jeschke , Andreas			BBS JWS Koblenz
21	Friderichs , Oliver	█		BBS Cochem
22	Fuchs , Oliver			BBS Gerolstein
23	Graupner , Marion			BBS 1 Technik Kaiserslautern
24	Wingerter , Oliver	█		BBS Wirtschaft Worms
25	Eske , Sascha			BBS TGHS Bad Kreuznach
26	Vogt , Ulrich			BBS 1 Mainz
27	Schmitt , Michael	█		BBS II Wirtschaft und Soziales Kaiserslautern
28	Lehmann , Katrin			BBS Technik 1 Ludwigshafen
29	Pauls , Benedikt			BBS 1 Mainz
30	Münch , Jörg	█		BBS Wirtschaft Koblenz

Der Bezirkspersonalrat (BPR) vertritt die Interessen aller BBS-Lehrkräfte bei der ADD. Seine Aufgaben sind u. a.:

- *Mitbestimmung bei Einstellungen, Beförderungen, Funktionsstellenbesetzungen, Abordnungen und Versetzungen*
- *Prüfung von Eingruppierung und Einstufungen*
- *Schutz und Unterstützung für vulnerable Lehrkräfte*



UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDÄTEN FÜR DIE WAHL ZUM BEZIRKSPERSONALRAT (BPR)

1

Andreas Hoffmann

BBS JWS Koblenz



Vorrangig stehe ich für eine kompetente Unterstützung der örtlichen Personalräte und Beratung der Kolleginnen und Kollegen in dienstrechtlichen Fragen und Konfliktsituationen. So konnte ich bisher zahlreiche gute Lösungen erzielen und dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

2

Andreas Seehaus

BBS Landau



Ich kandidiere, weil ich meine gesammelten Erfahrungen aus meiner Tätigkeit im Bezirkspersonalrat weiterhin für die Anliegen unserer Kolleginnen und Kollegen einsetzen möchte.

3**Markus Penner****BBS 1 Mainz**

Transparenz und Chancengleichheit bei allen die Kolleginnen und Kollegen betreffenden Angelegenheiten ist wichtig. So ist mir ein zentrales Anliegen, dass die Verfahren bei Einstellungen, Beförderungen und Bewerbungen auf Funktionsstellen fair und gerecht verlaufen.

4**Andreas Cartarius****BBS Prüm**

Häufig führt die berufliche Kommunikation durch die hohe Belastung zu Missverständnissen. Ich kandidiere, weil mir das kollegiale Miteinander und die Chancengleichheit der Lehrkräfte am Herzen liegen.

5**Stefanie Tischer****BBS LES Neuwied**

Die BBS ist komplex und vielfältig. Sie bedarf einer Personalvertretung, die sich mit Expertise im Bereich berufliche Bildung für die Interessen der Lehrkräfte einsetzt. Darum kandidiere ich.

6**Joachim Lemmen****BBS 1 Technik Kaiserslautern**

Das LPersVG betont die Notwendigkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalvertretung, um konstruktive und pragmatische Lösungen für die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen zu finden. Ich unterstütze diesen Dialog.

7**Christine Bollig****BBS Wirtschaft Trier**

Im BPR werde ich mich entschlossen dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen an Schulen zu verbessern. Insbesondere Teilzeitkräfte sind vom zunehmenden Anteil außerunterrichtlicher Tätigkeiten überproportional betroffen. Ich mache mich für die Einhaltung von Entlastungsregelungen stark.

8**Daniel Schlich****BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler**

Im BPR möchte ich mich engagieren, da eine starke Interessensvertretung und Mitbestimmung das effektivste Mittel sind, die Rechte unserer Kollegen und Schüler zu wahren und zu stärken: So können die konkreten Rahmenbedingungen vor Ort verbessert werden.

9**Mario Passannante****Harald-Fissler-Schule Idar-Oberstein**

Ich kandidiere, weil Wertschätzung kein Luxus, sondern Grundlage ist. Ich höre zu, packe an und setze um – für unsere Schulen von morgen. Lehrkräftemangel, zu wenig Schulsozialarbeit, unzureichende EDV-Anwendungsbetreuung und der Beförderungsstau sind Herausforderungen, die lösbar sind! Gemeinsam können wir Veränderungen bewirken!

10**Victoria Gutting****BBS Pirmasens**

Ich möchte mich im BPR engagieren, da mir eine Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen sehr am Herzen liegt. Der immer größer werdenden außerunterrichtlichen Belastung muss entgegengewirkt bzw. eine entsprechende Entlastung sichergestellt werden.

DIE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN VON VLBS & VLW ZUR WAHL DES HPR

Platz	Name	VLW	vlbs	Schule
1	Wunschel, Harry			BBS 1 Technik Kaiserslautern
2	Mettler, Dirk	█		BBS LES Neuwied
3	Schumacher, Mareike			BBS Wirtschaft Trier
4	Kiefer, Katharina			BBS II Wirtschaft und Soziales Kaiserslautern
5	Flory, Christian	█		BBS SÜW Bad Bergzabern
6	Petri, Andrea			BBS Montabaur
7	Springer, Frank			BBS 1 Mainz
8	Walgenbach, Marc			BBS Wirtschaft Bad Kreuznach
9	Willrader, Elisabeth	█		BBS II Wirtschaft und Soziales Kaiserslautern
10	Djahazi, Ramin			BBS NAT Ludwigshafen
11	Port, Thomas			BBS Prüm
12	Metz, Tobias	█		BBS Alzey
13	Deutsch, Matthias			Studienseminar BBS Trier
14	Berg, Stephanie			BBS Speyer
15	Steuer, Michael	█		BBS Bernkastel-Kues
16	Ebling, Christian			BBS II Mainz
17	Durand, Klaus			BBS Wirtschaft Trier
18	Proksch, Kerstin	█		BBS Wirtschaft Bad Kreuznach
19	Danner, Marita			BBS Pirmasens
20	Dausner, Bernhard			BBS Montabaur
21	Dorst, Jens	█		BBS Landau
22	Schneider, Hans-Peter			BBS GuT Trier
23	Kunz, Wolfgang			BBS 1 Technik Kaiserslautern
24	Wolff, Volker	█		BBS Mainz IV
25	Assheuer, Daniela			BBS JWS Koblenz
26	Becker, Vera			BBS 1 Mainz
27	Spornitz, Jens	█		BBS Wirtschaft Koblenz
28	Fries, Pascal			BBS Neustadt a.d. Weinstraße
29	Filz, Melanie			BBS Wissen
30	Schwind, Jürgen	█		BBS II Wirtschaft und Soziales Kaiserslautern

Der Hauptpersonalrat (HPR) vertritt Ihre Interessen bei allen Entscheidungen des Bildungsministeriums, des PL und der Studienseminar, die die berufsbildenden Schulen betreffen. Seine Aufgaben sind u.a.

- › Mitwirkung bei rechtlichen Änderungen, z. B. bei Veränderungen von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften
- › Gleichbehandlung der Lehrkräfte, z. B. bei Wechsel- und Aufstiegsprüfungen sowie Besetzungsverfahren für Fachleitungsstellen
- › Mitbestimmung bei Planungen, z. B. bei der landesweiten Fortbildungsplanung, dem Arbeitsschutz und der Digitalisierung



UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DIE WAHL ZUM HAUPTPERSONALRAT (HPR)

1

Harry Wunschel

BBS 1 Technik Kaiserslautern



Ich engagierte mich im Hauptpersonalrat, damit schulische Veränderungen nicht an den Lehrkräften vorbei umgesetzt werden. Die immer weiter steigende Arbeitsbelastung muss endlich auf ein erträgliches Niveau zurückgeführt werden.

2

Dirk Mettler

BBS LES Neuwied



Ich kandidiere, weil es eine profilierte Vertretung für die BBSn braucht. Bei uns läuft vieles anders als in anderen Schularten. Da kommen wir mit einem GEmischtWaren-laden nicht weiter.

3**Mareike Schumacher****BBS Wirtschaft Trier**

Als langjähriges Mitglied des HPR setze ich mich u.a. für Arbeitsentlastung, Lehrkräfteausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an BBS ein. Diese Aufgabe möchte ich für Sie gerne engagiert fortsetzen.

4**Katharina Kiefer****BBS 2 Wirtschaft und Soziales Kaiserslautern**

Im HPR will ich die Interessen aus der alltäglichen Praxis dahin tragen, wo sie nicht immer im Fokus zu stehen scheinen. Wichtig ist mir der Einsatz für einen konstruktiven und vorausschauenden Austausch mit den bildungspolitisch Verantwortlichen.

5**Christian Flory****BBS SÜW Bad Bergzabern**

Bildung neu denken. Mit innovativen Ideen und Engagement unterstützen ich die Einführung smarter Technologien und der KI in unsere berufsbildenden Schulen, für eine zukunftsorientierte Bildung, die mehr leistet.

6**Andrea Petri****BBS Montabaur**

Die BBS als Lernort und Arbeitsplatz attraktiver machen! Ich trete dafür ein, das Ansehen der beruflichen Bildung zu stärken. Durch eine neue BBS-Standortpolitik und innovative Konzepte bei sinkenden Ausbildungszahlen eine hochwertige und wohnortnahe Beschulung zu ermöglichen!

7**Frank Springer****BBS 1 Mainz**

Ich möchte mich besonders für die Interessen der LfP und FL einsetzen und zugleich die Belange der Bereiche BVJ/BF stärker vertreten. Für die KuK in einem starken Verband, denn: Verbandsarbeit ist demokratische Teilhabe!

8**Marc Walgenbach****BBS Wirtschaft Bad Kreuznach**

Lehrermangel, marode Schulgebäude und ein hoher Krankenstand unter Lehrkräften in Rheinland-Pfalz zeigen, dass es inzwischen schon an der Substanz bröckelt. Gute Bildung erfordert Investition in Personal und Ausstattung, sowie gute Arbeitsbedingungen.

9**Elisabeth Willrader****BBS 2 Wirtschaft und Soziales Kaiserslautern**

Ich kandidiere, weil wir dringend die nächste Generation von Fachkräften brauchen – sowohl im Lehrberuf als auch in den Gesundheitsberufen, die wir ausbilden, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

10**Ramin Djahazi****BBS NAT Ludwigshafen**

Ich möchte mich für mehr personelle Unterstützung unserer BBSn bei der Digitalisierung einsetzen, damit wir Lehrkräfte uns auf die pädagogischen Aspekte des digitalisierten Unterrichts konzentrieren können.



WAHLVORSTÄNDE LEISTEN UNVERZICHTBARE ARBEIT

VLW-Wahlvorstände-Schulung an der Ludwig-Erhard-Schule

Sie warten auf die Wählerinnen und Wähler, setzen einen Haken und zählen dann eine Viertelstunde – wer diesem Vorurteil anhängt, wurde bei der Schulung der Wahlvorstände eines Besseren belehrt: Kolleginnen und Kollegen aus Ingelheim, Wissen, Koblenz, Westerburg und Mayen arbeiteten sich an der Ludwig-Erhard-Schule in Neuwied in das komplizierte Thema ein. Wer ist überhaupt „Beschäftigter“, ist er oder sie dann auch wahlberechtigt, wenn ja, für welche der drei Wahlen (ÖPR, BPR, HPR) – wie bewältigen wir die vielen Formulare, die uns der zentrale Wahlvorstand zuschickt? All diese und noch weitere Fragen versuchten Dirk Mettler, stellvertretender Vorsitzender des HPR, Stefanie Tischer, Mitglied im BPR und Michael Lutz, ehemaliges HPR- und Wahlvorstandsmitglied den engagierten Kolleginnen und Kollegen zu beantworten. Anhand von Fallbeispielen wurden Erkenntnisse erarbeitet, Termine und Formulare bewältigt und Detailfragen geklärt.

Die Mitarbeit in den Personalräten ist auf allen Ebenen wichtig, und die Voraussetzungen dafür schaffen die engagierten Lehrkräfte in den Wahlvorständen. Dafür bedankten sich die drei Landesvorstandsmitglieder am Ende des Tages für die engagierte Mitarbeit – wir wünschen viel Erfolg und eine hohe Wahlbeteiligung!

Michael Lutz

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der VLW-Schulung für örtliche Wahlvorstände an der BBS LES Neuwied

Sollten an Ihrer Schule noch Fragen offen sein, wenden Sie sich bitte an eine(n) der kompetenten Ansprechpartner/innen beim VLW:

Patrick Grewis
Vorsitzender Bezirkswahlvorstand
p.grewis@bbs-bks.de

Karl-Heinz Fuß
Stellv. Vorsitzender Hauptwahlvorstand, karl-heinz.fuss@vlw-rlp.de

Dirk Mettler
info@vlw-rlp.de

Stefanie Tischer
stefanie.tischer@vlw-rlp.de

DR. STEFANIE HUBIG ENTWIRFT PERSPEKTIVEN FÜR „BESSERE BILDUNG 2035“

Ausgehend vom „Startchancen-Programm“, hat die „Wübbelin-Stiftung Bildung“ die Ministerinnen Dr. Stefanie Hubig (SPD, Rheinland-Pfalz), Karin Prien (CDU, Schleswig-Holstein) und Theresa Schopper (B90/Die Grünen, Baden-Württemberg) gebeten, eine Perspektive von zehn Jahren einzunehmen. Es sollten klare, messbare Ziele formuliert werden im Zusammenhang mit der Frage, wohin sich die Schulen in Deutschland entwickeln sollen. Eine Rezension von Michael Lutz.

Auf 152 Seiten entwickeln wissenschaftliche Autorinnen und Autoren sowie die drei Ministerinnen einen „parteiübergreifenden Impuls für messbare Bildungsziele“ sowie „Vorschläge für die Bildung bis 2035“. Eine Umkehr des Trends, „dass wir nicht nur in der Gruppe derer, die die Mindeststandards verfehlten, sondern auch in der Gruppe derer, die die Regel- und Optimalstandards erreichen, kontinuierlich schlechter geworden sind ...“, wollen die Autorinnen erreichen.

Fragen in diesem Zusammenhang betreffen eine bessere datengestützte System-, Schul- und Unterrichtsentwicklung, das Miteinander von „Steuerung von oben“ und Freiräume von Schulen; Freiräume und Innovation sollen gefördert, die Schule als Lern- und Lebensort gestaltet werden. Als Schlüssel

heben die Autorinnen eine veränderte Arbeitskultur in den Kollegien hin zu einer kooperativen Teamarbeit hervor.

Zum Schluss haben die Ministerinnen mutig Indikatoren zur Erreichung ihrer Ziele aufgeschrieben:

- 50 Prozent weniger Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik nicht erreichen.
- 20 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler, die die Regelstandards in Deutsch und Mathematik erreichen oder übertreffen.
- 30 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler, die die Optimalstandards in Deutsch und Mathematik erreichen.
- Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und

Kompetenzen, identifiziert über den sozialen Gradienten im IQB-Bildungstrend, sinkt um 20 Prozent.

- 50 Prozent weniger Schulabgänge ohne ersten Schulabschluss.

Als Maßnahmen in der Zuständigkeit der Länder werden u.a. genannt

- Die Qualität des Lernens und Lehrens soll erhöht werden;
- Mit den Schulträgern soll ein besseres Zusammenwirken aller Bildungs- und Unterstützungsmodelle erreicht werden;
- Die unterschiedlichen Professionen in den Schulen sollen besser als bisher zusammenarbeiten;
- Die Demokratiebildung soll gestärkt werden.



Bessere Bildung 2035

Wübben Bildungsstiftung gGmbH (Hrsg.)
Januar 2025

ISBN 978-3-9826865-1-6

Internet-Link: BESSERE BILDUNG 2035

KOMMENTAR

Dass sich drei Ministerinnen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit auf gemeinsame Ziele für eine bessere Bildung verständigen, ist ungewöhnlich und lobenswert, gerade in einer Zeit überall zunehmender gesellschaftlicher Spaltung. Deshalb ist die Lektüre des Buches sicher zu empfehlen.

Mut zeigen die drei Verfasserinnen mit der Nennung von Indikatoren, mit deren Hilfe sich 2035 die Zielerreichung messen lässt. Der Mut ist dann schon nicht mehr so groß, bedenkt man, dass die drei Ministerinnen bis dahin wohl nicht mehr im Amt sein werden. Spannend ist die Frage, ob die drei Damen es schaffen werden, in ihren Parteien dafür die Mehrheiten zu finden. In Anbetracht der Herausforderungen, denen sich die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren gegenüberstehen, müssen sich die Verfasserinnen aber die Frage gefallen lassen, wie denn

die Ziele (siehe oben) ohne eine Erhöhung der Haushaltsansätze in den Schulministerien erreichen lassen. Nötig wird sein eine Verschiebung der Prioritäten in den öffentlichen Haushalten zugunsten der Bildungsbereiches, dem ohnehin in den einzelnen Ländern der größte Anteil am Gesamthaushalt zukommt.

In Rheinland-Pfalz bedeutet das 5,8 Milliarden des rund 22 Milliarden Euro großen Gesamthaushalts im Jahr 2024 – jeder vierte Etat-Euro fließt in Rheinland-Pfalz in die Bildung. Das auszubauen wird für alle an der Bildungspolitik Beteiligten ein harter Kampf werden. Wir werden die Ministerin in den nächsten Jahren an den Indikatoren messen können – im Bestreben für eine bessere Bildung hat sie uns auf ihrer Seite.

Michael Lutz



Michael Lutz hält das Buch für lesenswert.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender

Dirk Mettler

Geschäftsstelle

Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion

Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann • www.karikaturist.de

Auflage

4.000 Stück

Druck

Wir machen Druck GmbH
Mühlbachstraße 7
71522 Backnang



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001



Schätzen Sie:

Wie alt sind unsere fünf abgebildeten Kandidatinnen und Kandidaten für den HPR und BPR zusammen?

April 2025

Einfach den QR-Code scannen und drauf los rätseln. Mit etwas Glück warten folgende Gewinne:

1. Preis:

100 Euro-Wunschgutschein

2. Preis:

50 Euro-Wunschgutschein

3. Preis:

25 Euro-Wunschgutschein



Verband der Lehrerinnen & Lehrer

an berufsbildenden Schulen RLP



VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E.V.

KOMPAKT



**VLW FORDERT GESETZLICHE REGELN FÜR
PRIVATE HANDYNUTZUNG AN SCHULEN**

GESPRÄCHSAUFTAKT

VLW und vlbs folgen der Einladung des
neuen Bildungsministers Sven Teuber

REVOLUTION ODER RISIKO?

KI & Co. im Fokus auf VLW-Tag der
Kaufmännischen Schule in Alzey

IN DIESER AUSGABE ...

AUGUST 2025



VLW Position

HANDYS AN SCHULEN

AMTSANTRITT

Im Gespräch mit
Bildungsminister
Sven Teuber



WELT DES GELDES

Bezirk Koblenz besucht
Bundesbank-Filiale

- 03 TUE GUTES UND SCHREIBE DARÜBER**
Editorial
- 04 VLW FORDERT GESETZLICHE REGELN FÜR PRIVATE HANDYNUTZUNG AN SCHULEN**
- 06 UMFRAGE-ERGEBNISSE**
Lehrkräfte zur privaten Handynutzung an Schulen
- 08 WIEVIEL DIGITALITÄT IN DER BILDUNG?**
Kommentar des Landesvorsitzenden
- 09 STANDPUNKT**
Zwei Meinungen zum landesweiten Handyverbot an Schulen
- 10 PERSONALRATSWAHLEN 2025**
VLW und vlbs mit starkem Ergebnis
- 12 IM GESPRÄCH**
„Eher Schulalltag als Schul-Show“ – VLW und vlbs zum Kennenlerngespräch bei Bildungsminister Sven Teuber
- 14 ÜBERGANGSYSTEM IN DER DISKUSSION**
KMK legt Gutachten für den erfolgreichen Übergang in die berufliche Ausbildung vor
- 16 INITIATIVE FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT GIBT AUCH EMPFEHLUNGEN FÜR DEN BILDUNGSBEREICH**
- 18 ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER**
Neue Tarifrunde steht bevor
- 20 KI & CO. – REVOLUTION ODER RISIKO?**
VLW-Tag der Kaufmännischen Schule in Alzey
- 24 VLW-KLAUSURTAGUNG 2025**
Zukunft gestalten, Herausforderungen annehmen
- 25 ERFOLGREICHE ONLINE-SCHULUNG FÜR NEUE ÖPR-MITGLIEDER**
Starker Auftakt für die Personalratsarbeit
- 26 AUS DEN BEZIRKEN**
Rheinhessen: Dr. Sigrid Lüdecke-Plümer in den Ruhestand verabschiedet
Koblenz: Einblick in die Welt des Geldes: Fortbildung in der Bundesbank-Filiale Koblenz
- 26 IMPRESSUM**

TUE GUTES UND SCHREIBE DARÜBER

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit Fug und Recht kann die Mitgliederzeitschrift als das wichtigste Medium eines Berufsverbandes bezeichnet werden. Diese wird nicht nur von den Mitgliedern, sondern von allen bildungspolitischen Akteuren, meist mit Interesse, gelesen. Wir zeigen darin auf, was uns bewegt, insbesondere wo uns der Schuh drückt und wo wir auf Verbesserungen drängen. Durch die Verbreitung unserer Zeitschrift, die übrigens als Sammlung im PDF-Format auf unserer Website verfügbar ist und auch in der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt archiviert wird, veröffentlichen wir unsere Positionen in der Hoffnung, dass sie ihre gewünschte Wirkung entfalten. Das gelingt nicht immer, aber im Sinne vom steten Tropfen, der den Stein höhlt, konnten wir im Laufe der Jahre und Jahrzehnte schon manches dicke Brett durchbohren. Als Beispiele möchte ich die digitale Ausstattung unserer Schulen und die Erweiterung der Schulsozialarbeit nennen. Dass an vielen Ecken und Enden noch Luft nach oben ist, kann man auch dieser Ausgabe des VLW kompakt entnehmen.

Gleichzeitig möchte ich mich mit diesem Heft nach knapp fünf Jahren aus der Redaktionsleitung verabschieden. Als Referent für Öffentlichkeitsarbeit ist bereits im November 2024 Mario Passannante von den Landesdelegierten gewählt worden. Unterstützt wird er dabei vom ebenfalls neugewählten Vor-

standsmitglied Christian Flory, der im VLW für den Bereich Schul- und Bildungspolitik verantwortlich ist. Nach sehr guten gemeinsamen Monaten in der Redaktion übergebe ich mit Beginn des neuen Schuljahres die Leitung mit gutem Gefühl in die neuen Hände. Für die Herausforderungen, die sich in einer Zeit des immer schnelleren Wandels stellen, wünsche ich den beiden und dem gesamten VLW-Team viel Freude und Erfolg.

Bei Ihnen, werte Leserinnen und Leser, möchte ich mich bedanken. Für das positive Feedback genauso wie für die kritischen Zuschriften. Mein besonderer Dank gilt Uwe Herrmann, der nicht nur die Titelseiten des VLW kompakt seit vielen Jahren illustriert, sondern auch darüber hinaus in einer Vielzahl von Karikaturen unsere Forderungen in kreativer Weise veranschaulicht. Ebenso hat mir die Zusammenarbeit mit unserer Grafikerin Daniela Boudgoust von der Werbeagentur Gestaltungsfreunde viel Freude bereitet. Mit ihren kreativen Ideen und ihrem Knowhow sorgt sie für das professionelle Erscheinungsbild des VLW kompakt. Mein persönlicher Dank gilt Michael Lutz, der mir in der Redaktion, wie bereits zuvor im Hauptpersonalrat, jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stand. Ebenso danke ich Heinz Werner Seyler, der sich als Website-Designer und -Administrator in einer Person seit vielen Jahren um die gestalterische und technische Seite unserer digitalen Publikationen, insbesondere auch des VLW-Newsletters, kümmert. Und ich danke unserem ehemaligen



Falls Sie mir oder uns noch etwas mitteilen wollen, freuen wir uns wie gewohnt auf Ihre Nachricht unter redaktion@vlw-rlp.de

Schatzmeister Jürgen Hatzfeld, der sich jederzeit engagiert und zuverlässig um die finanzielle Seite des Verbandes und damit auch um den relativ großen Posten der Öffentlichkeitsarbeit gekümmert hat. Nicht minder danke ich unserem Landesvorsitzenden Dirk Mettler und allen anderen Vorstandskolleginnen und -kollegen, für ihre Beiträge sowie für die konstruktive Kritik und Geduld in ihrer Rolle als Lektoren und Korrekturleser für die Entwurfsversionen unserer Artikel.

Die aktuelle Ausgabe des VLW kompakt halten Sie nun entweder in Ihren Händen oder Sie lesen sie als PDF-Fassung an Ihrem digitalen Endgerät. Wie auch immer, wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre zu einer Vielzahl aktueller Themen.

Zum Abschied winke ich mit dieser Ausgabe und wünsche Ihnen für das neue Schuljahr und darüber hinaus alles Gute!

Ihr Karl-Heinz Fuß



Das VLW kompakt ist aus den beiden Zeitschriften „Die Wirtschaftsschule“ und „VLW forum“ hervorgegangen und zum ersten Mal im Jahr 2010 erschienen. Das Foto zeigt die Entwicklung des Layouts in den vergangenen 20 Jahren. Sie finden alle Ausgaben des VLW kompakt auf unserer Website unter www.vlw-rlp.de/publikationen/vlw-kompakt/

VLW FORDERT GESETZLICHE REGELN FÜR PRIVATE HANDY- NUTZUNG AN SCHULEN

Weshalb verlassen so viele Schülerinnen und Schüler unsere Schulen ohne Abschluss? Warum gibt es so viele junge Menschen in der Altersgruppe 17–30 Jahre ohne Berufsausbildung?¹⁾ Und warum lernen an unseren Schulen immer mehr Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Grundkenntnisse und Schlüsselqualifikationen? Die Zahlen machen es deutlich: Deutschland befindet sich in einer Bildungskrise. Die Suche nach den Antworten ist nicht ganz so einfach, sondern vielmehr ist es eine Reihe von Ursachen, die zu dieser Entwicklung geführt hat. Neben offensichtlichen Gründen, etwa der verstärkten Zuwanderung von Flüchtenden seit dem Jahr 2015, die aufgrund sprachlicher Barrieren in beträchtlicher Zahl nicht die gewünschten Bildungsstandards erreichen, hat auch die Corona-Pandemie dazu geführt, dass ein Teil unserer Kinder und Jugendlichen die Bildungsziele verfehlt hat. Trotz der hohen Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, die insbesondere durch die Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen ermöglicht wird, stagniert die Zahl der abgeschlossenen Berufsausbildungen oder ist sogar rückläufig.

Dr. med. Alexander Jatzko hat bereits im Jahr 2019 beim „VLW-Tag der kaufmännischen Schule“ in Mainz auf die Wirkung digitaler Medien auf das menschliche Gehirn hingewiesen. Der damalige Chefarzt der Klinik für Psychosomatik im Westpfalz-Klinikum Kaiserslautern zeigte überzeugend, wie sich insbesondere die Nutzung von Handys aus neurobiologischer Sicht auf unsere Kinder und Jugendlichen auswirkt. Was er damals schon an negativen Folgen prognostizierte, ist zwischenzeitlich an unseren Schulen offensichtlich. Viele Schülerinnen und Schülern haben zunehmend Schwierigkeiten, sich auf den Unterricht zu konzentrieren. Einige sind so müde, dass sie sogar während des Unterrichts einschlafen. Wenn man sie darauf anspricht, ist die Antwort oftmals, dass sie bis spät in die Nacht online waren, meist in Videospielen oder in den sozialen Medien. Hausaufgaben werden nur noch von einem Teil der Schülerinnen und Schüler zuverlässig erledigt. Je mehr Zeit Jugendliche mit digitalen Medien verbringen, desto weniger bleibt offenbar fürs Lernen außerhalb der Schule. Wie die aktuell veröffentlichte OECD-Studie belegt, verbringen 15-Jährige in Deutschland bis zu 48 Stunden wöchentlich, also fast sieben Stunden täglich, am Bildschirm.²⁾ Davon dient jedoch nur ein geringer Anteil zum Lernen. Sportlehrerinnen und -lehrer berichten von einer



zunehmenden Unwilligkeit, insbesondere von Mädchen, sich am Sportunterricht zu beteiligen.

Wir stecken in einem Dilemma. Wir verdanken den digitalen Medien, die längst Teil unserer Welt und Realität geworden sind, einen Zuwachs an Produktivität, Wohlstand und Lebensqualität. Gleichzeitig bringen sie jedoch viele negative Einflüsse mit sich, vor denen wir insbesondere unsere Kinder und Jugendliche schützen sollten. Fake-News gefährden unsere Demokratie. Nicht altersgerechte Inhalte, der Einfluss sozialer Medien sowie übermäßige Bildschirmzeiten beeinträchtigen zudem die psychische und physische Gesundheit junger Menschen.

Durch das zunächst in Dänemark beschlossene Handyverbot an Schulen, dem zwischenzeitlich einige Bundesländer gefolgt sind, ist die Diskussion eines Handyverbots auch in Rheinland-Pfalz in den Fokus gerückt. Der VLW hat deshalb eine landesweite Umfrage unter seinen Mitgliedern, alleamt aktive Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen (BBS), durchgeführt. Die erstaunlich hohe Beteiligung von 40 Prozent der Befragten macht die Bedeutung des Themas deutlich.

Die Umfrage hat ergeben, dass die Verwendung von Handys im Unterricht von etwa der Hälfte der Lehrkräfte als Bereicherung empfunden wird. Es zeigt sich jedoch auch, dass ein sehr hoher Anteil der Lehrkräfte (87 %) die private Nutzung von Handys im Unterricht durch Schülerinnen und Schüler bestätigt. Diese private Nutzung führt laut 78 Prozent der Lehrkräfte des Öfteren zu Störungen. Das empfohlene Einsammeln von Handys zu Beginn der Stunde wird von 62 Prozent der Befragten als mühsam empfunden. Dennoch sind lediglich 26 Prozent für ein generelles Handyverbot an BBSn. Ein Anteil von 51 Prozent spricht sich dafür aus, dass private Geräte während des Unterrichts ausgeschaltet bleiben.

Bezüglich der Regelung der Nutzung von Handys an BBS sind 58 Prozent der Meinung, dass es eine solche landesweit einheitlich geben sollte. 22 Prozent benennen die Hausordnung einer Schule als die passende Stelle für eine Regelung. Immerhin 19 Prozent sind der Meinung, dass die einzelne Lehrkraft die Regeln für ihren Unter-

richt grundsätzlich selbst bestimmt.

Der VLW Rheinland-Pfalz erhebt die folgenden Forderungen:

- Die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler muss fortlaufend geschult werden. Ein Fernhalten von digitalen Medien lehnt der VLW ab, da digitale Kompetenzen inzwischen in nahezu jedem Beruf erforderlich sind.
- Digitale Geräte, wie Smartphones, Smartwatches, Tablets, etc. sind auch aus der Berufswelt nicht mehr wegzudenken. Die Anwendungen werden mit Blick auf die Entwicklung künstlicher Intelligenz erwartungsgemäß weiterhin stark zulegen. Ein generelles Verbot digitaler Endgeräte lehnt der VLW deshalb für berufsbildende Schulen ab.
- Aufgrund der ohnehin hohen Bildschirmzeiten und der Ablenkung durch Inhalte, die für das Lernen und für den Unterricht nicht förderlich sind, ist die private Nutzung von digitalen Endgeräten während des Unterrichts grundsätzlich zu verbieten.
- Das Land soll einen gesetzlichen Rahmen für die Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen schaffen. Dieser bietet die Basis für eine schulinterne Regelung, die entweder durch die Hausordnung oder eine Nutzungsordnung erfolgen kann. Eine solche landesweite Regelung soll den Schulen Rückhalt bei der Durchsetzung des Verbotes der privaten Nutzung von digitalen Endgeräten im Unterricht bieten.

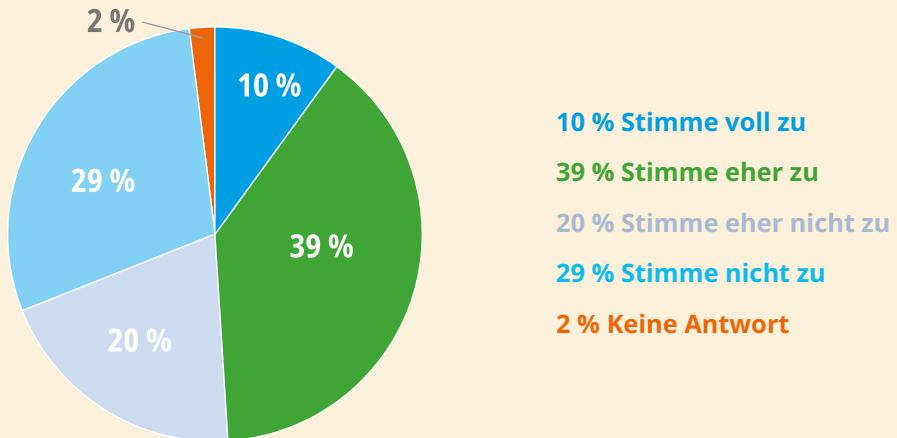
[ZU DEN UMFRAGE-ERGEBNISSEN >>](#)

¹⁾ DIPF Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation: Nationaler Bildungsbericht 2024

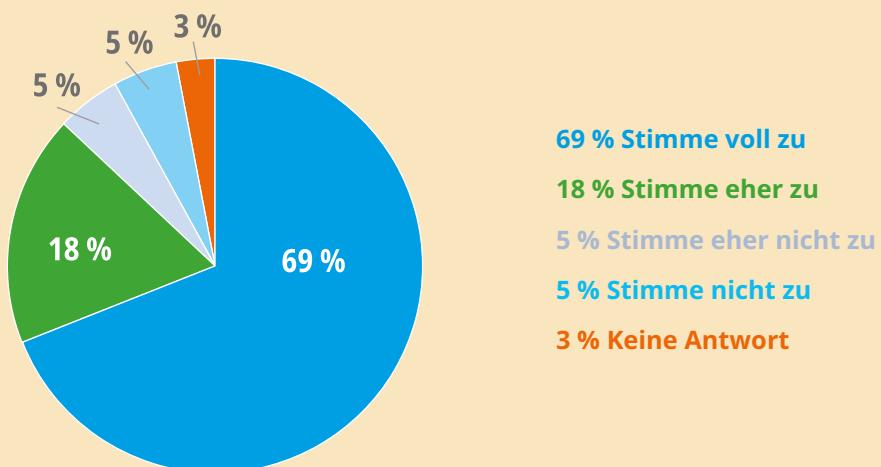
²⁾ ZDF heute vom 15.05.2025: OECD-Studie warnt – Was überhöhter Medienkonsum mit Kindern macht.

UMFRAGE-ERGEBNISSE:

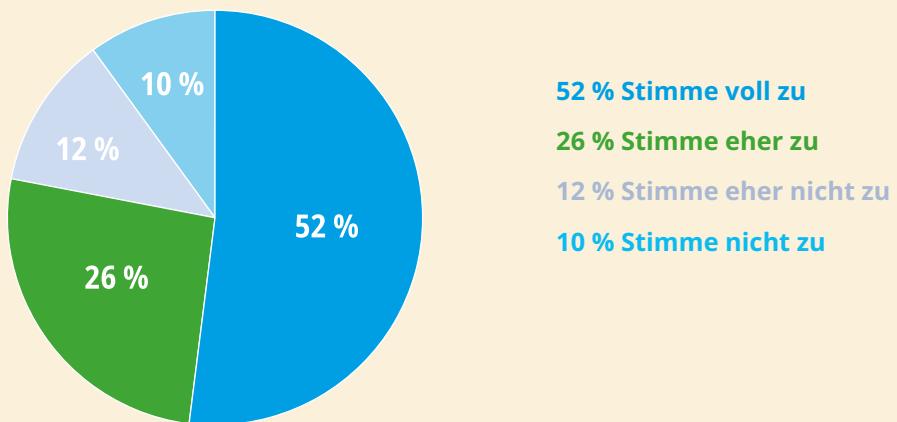
HANDYS BEREICHERN DEN UNTERRICHT, DA SIE SICH GUT IM UNTERRICHT, Z.B. FÜR INTERNET-RECHERCHEN, NUTZEN LASSEN



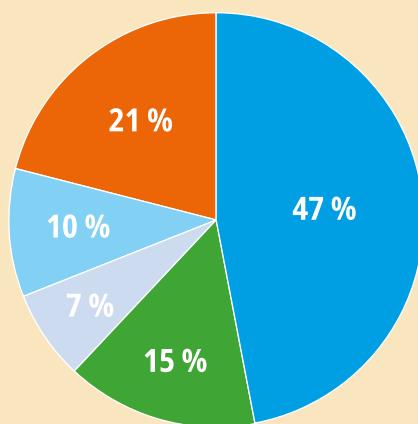
MEINE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER NUTZEN DIE HANDYS WÄHREND DES UNTERRICHTS AUCH FÜR PRIVATE ZWECKE



MEIN UNTERRICHT WIRD DES ÖFTEREN DURCH DIE PRIVATE NUTZUNG VON HANDYS GESTÖRT

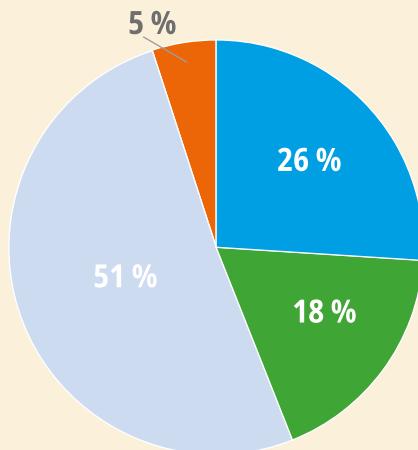


DAS EINSAMMELN DER HANDYS ZU BEGINN DER STUNDE ERLEBE ICH ALS MÜHSAM



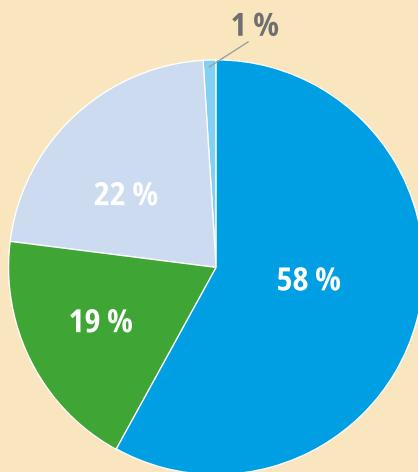
47 % Stimme voll zu
15 % Stimme eher zu
7 % Stimme eher nicht zu
10 % Stimme nicht zu
21 % Keine Antwort

WIE IST IHRE MEINUNG ZUR HANDYNUTZUNG AN BBSN?



26 % Ich bin für ein generelles Handynutzungsverbot auf dem Gelände einer BBS
18 % Ich bin generell gegen ein Verbot der Handynutzung an einer BBS
51 % Das private Handy sollte während den Unterrichtszeiten ausgeschaltet sein
5 % Ich habe mir dazu noch keine Meinung gebildet

WER SOLLTE DIE HANDYNUTZUNG REGELN?



58 % Die Handynutzung sollte vom Land einheitlich für alle BBSn gesetzlich geregelt werden
19 % Die einzelne Lehrkraft regelt die Handynutzung in ihrem Unterricht grundsätzlich selbst
22 % Die Regelungen zur Handynutzung sollten von Schule zu Schule in der Haushaltungsordnung geregelt werden
1 % Es sollten keine Regelungen zur Handynutzung erfolgen

WIEVEL DIGITALITÄT IN DER BILDUNG?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wie digital muss Bildung sein?
Kaum eine andere Frage beschäftigt derzeit die bildungspolitischen Diskussionen wie jene um das rechte Maß an Digitalität in der Bildung. Nachdem die technische Entwicklung auch in den Schulen Einzug gehalten hat und mittlerweile Smartboards und Tablets wie selbstverständlich zum Unterricht dazugehören, stellt uns nun die künstliche Intelligenz vor neue Herausforderungen, und immer wieder taucht die Frage nach dem richtigen Umgang mit Smartphones im und während des Unterrichts auf.

Die kleinen digitalen Begleiter sind aus unserem Alltag kaum noch wegzudenken. Während wir früher zur spontanen Kontaktaufnahme, neben einem kabelgebundenen Telefon, darauf angewiesen waren, den angerufenen zu Hause oder an seinem Arbeitsplatz anzutreffen – bis Anrufbeantworter wenigstens die Möglichkeit boten, um einen Rückruf zu bitten – leben wir heute im „Echtzeit-Modus“. Eine permanente Erreichbarkeit wird mit großer Selbstverständlichkeit erwartet und von den Allermeisten auch so gelebt.

Über die Schattenseiten dieser Entwicklung gibt es wohl keine zwei Meinungen. Dennoch ist der heutige Umgang mit Smartphones längst zur Normalität geworden – unsere Schülerinnen und Schüler kennen es kaum noch anders. Deshalb gleicht der Feldzug von Lehrkräften gegen die private Nutzung von Smartphones während des Unterrichts einem Kampf gegen Windmühlen.



Ende Juni waren in einer Ausgabe der Sendung „Campus und Karriere“ im Deutschlandfunk, die sich der eingangs gestellten Frage widmete, zwei zwölf- und dreizehnjährige Realschülerinnen zu Gast. Diese beeindruckten mit einer äußerst reflektierten und differenzierten Meinung zur Frage der Nutzung von Smartphones im Unterricht. Mit ihren Ansichten repräsentieren sie aber sicher nicht die Gesamtheit der Schülerinnen und Schüler. Die meisten wollen permanent „auf Empfang“ sein, um bloß keine wichtige Nachricht zu verpassen und sofort reagieren zu können. Dass daraus ein gigantisches Ablenkungspotenzial resultiert, liegt auf der Hand.

Gerade deshalb ist es so wichtig, dass die Bildungspolitik sich hinter die Lehrkräfte stellt und ihnen den Rücken stärkt. Deshalb fordert der VLW unseren neuen Bildungsminister auf, die private Nutzung digitaler Endgeräte während des Unterrichts zu untersagen. Dass Smartphones und Tablets bei zielgerichteter Nutzung in einem modernen Unterricht auch von großem Nutzen sein kön-

nen, bestreitet niemand. Deshalb spricht sich der VLW gegen ein generelles „Handyverbot“ an Berufsbildenden Schulen aus.

Wir brauchen aber einen vom Gesetzgeber vorgegebenen Rahmen für die Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen, innerhalb dessen schulinterne Regelungen getroffen werden können. Momentan herrscht bei vielen Lehrkräften eine große Unsicherheit vor, welche Maßnahmen sie ergreifen dürfen, um den privaten Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht zu unterbinden. Eine landesweite Regelung würde den Schulen Rückhalt und Rechtssicherheit bieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im neuen Schuljahr werden uns Diskussionen wie diese begleiten. Dass die Entwicklung – insbesondere die der künstlichen Intelligenz – weiter voranschreiten wird, steht außer Zweifel. Der VLW wird diese Entwicklung weiter kritisch und konstruktiv begleiten, damit auch die Interessen der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen in die Entscheidungen der Bildungspolitik einfließen.

Für das neue Schuljahr wünsche ich Ihnen viel Freude und Erfolg bei Ihrer wertvollen Arbeit.

Ihr
Dirk Mettler

BRAUCHEN WIR EIN LANDESWEITES HANDYVERBOT AN SCHULEN?

**JA BITTE!***Karl-Heinz Fuß***NEIN DANKE!***Stefanie Tischer*

Das tägliche Katz- und Maus-Spiel an unseren Schulen kostet Kraft und wertvolle Unterrichtszeit. Immer wieder versuchen Schülerinnen und Schüler die Lehrkraft auszutricksen. Sie behaupten, kein Handy dabei zu haben, oder sie geben ein Zweitgerät in die Handy-Garage. Die Zahl der Toilettengänge ist gegenüber früheren Jahren massiv angestiegen. Dort werden Nachrichten gecheckt und geschrieben. Es kann nicht sein, dass das Land die Lösung des Problems den Schulen überlässt. Es gibt bislang nur wenig Möglichkeiten, die unerlaubte Handy-Nutzung zu sanktionieren. Pädagogisch wirksame Maßnahmen benötigen ab einer bestimmten Stufe einen Klassenkonferenz-Beschluss oder gar die Einberufung der Gesamtkonferenz. Dieser Aufwand wird meist gescheut. Schülerinnen und Schülern ist hingegen oft nicht klar, oder sie behaupten es zumindest, dass die private Nutzung von Handys im Unterricht untersagt ist. Dies löst, immer wieder aufs Neue, Diskussionen und eine aggressive Stimmung aus, die das gemeinsame Lernen stören. Wir benötigen dringend eine klare gesetzliche Regelung, welche die private Nutzung von Handys im Unterricht untersagt, so dass es jeder kapiert. Auch die Eltern, die teilweise sogar versuchen ihre Kinder während des Unterrichts telefonisch zu erreichen. Die Lehrkräfte benötigen Rechtssicherheit, wenn sie einem Schüler oder einer Schülerin das Handy abnehmen. Bei Weigerung, das Handy abzugeben, muss die Lehrkraft den Schüler oder die Schülerin des Klassensaals verweisen können, in Extremfällen auch mit polizeilicher Unterstützung.

Ja, das Gedaddel im Unterricht kann nerven, das gebe ich zu. Die Lösung sehe ich allerdings nicht in einem landesweiten Handyverbot an allen Schulen. Was an Grundschulen sinnvoll erscheint, passt keinesfalls zu unseren berufsbildenden Schulen. Vielmehr sehe ich es als unsere Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien beizubringen. Es hört ja bei den Handys nicht auf, sondern betrifft am Ende alle elektronischen Endgeräte, wie Smartwatches, Tablets etc. An unseren BBSn stehen die Schülerinnen und Schüler an der Schwelle zum Berufsleben. Viele absolvieren schulbegleitende Praktika oder sind bereits als Azubis im Beruf. Dort sind die meisten Arbeitsbereiche digitalisiert, eine Entwicklung, die sich durch künstliche Intelligenz weiter beschleunigen wird. Die BBS ist für viele Schülerinnen und Schüler die letzte schulische Instanz, an der wir ihnen einen reflektierten Umgang mit digitalen Medien beibringen können. Offen über Gefahren, wie Cyber-Mobbing, Fake News und suchtauslösende Algorithmen zu sprechen ist besser als ein Verbot, das, mangels Akzeptanz, bei jeder Gelegenheit umgangen wird. Nicht ein Verbot, sondern der kompetente Umgang mit digitalen Medien ist es, was wir anstreben sollten. Dazu müssen wir alle ins Boot holen, d.h. auch die Eltern und die Schülervorstellung. Wir brauchen einen gemeinsamen Vertrag zur reflektierten und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien. Damit bereiten wir unsere Schülerinnen und Schüler auf das (Berufs)Leben vor. Ein Verbot hingegen würde dies behindern.

PERSONALRATSWAHLEN:



VLW UND VLBS MIT STARKEM ERGEBNIS BEI DEN PERSONALRATSWAHLEN 2025

Die Personalratswahlen 2025 sind abgeschlossen – ein besonderer Wahlgang, der durch die erstmalige Kooperation zwischen dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) und dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) geprägt war. Gemeinsam konnten wir als Liste 2 – VLBS & VLW – ein gutes Ergebnis erzielen.

Im Hauptpersonalrat (HPR) wie auch im Bezirkspersonalrat (BPR) konnten wir unsere Positionen nicht nur verteidigen, sondern mit ca. 73 % im HPR und 72 % im BPR ein starkes Zeichen für die Geschlossenheit und Kompetenz unserer gemeinsamen Liste setzen. Insgesamt entfielen sieben von neun Sitzen auf unsere Liste – ein eindrucksvoller Beweis für das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen in unsere Arbeit.

Der VLW freut sich besonders darüber, jeweils zwei Sitze in den Stufenvertretungen für sich gewonnen zu haben und somit maßgeblich zur Fortsetzung einer engagierten und kompetenten Interessenvertretung der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen beizutragen.

Den VLW vertreten künftig

... im Bezirkspersonalrat BBS:

Andreas Seehaus und Stefanie Tischer

... im Hauptpersonalrat BBS:

Dirk Mettler und Christian Flory

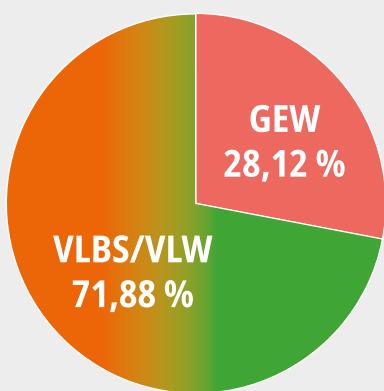
Wir gratulieren unseren gewählten Vertreterinnen und Vertretern herzlich und wünschen ihnen viel Erfolg, Durchsetzungskraft und das nötige Fingerspitzengefühl in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe.

Der VLW sieht in der Zusammenarbeit mit dem vlbs ein zukunftsweisendes Modell für eine starke und einheitliche Interessenvertretung im Bereich der beruflichen Bildung. Die Wahl 2025 war hierfür ein erster großer Meilenstein – weitere werden folgen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern für das entgegengebrachte Vertrauen. Der VLW bleibt eine starke Stimme für die Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen – engagiert, konstruktiv und kollegial!

AMTLICHES ENDERGEBNIS DER WAHL ZUM BPR

Landesergebnis 2025

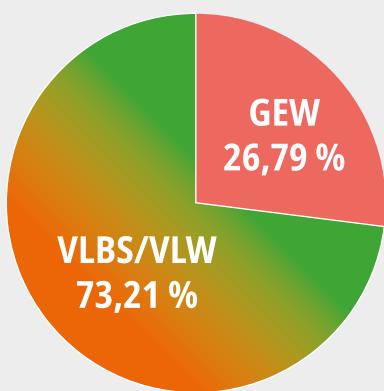


Andreas Seehaus, BBS Landau



AMTLICHES ENDERGEBNIS DER WAHL ZUM HPR

Landesergebnis 2025



Dirk Mettler, BBS LES Neuwied



Christian Flory, BBS SÜW Bad Bergzabern





Fotos: Ministerium für Bildung, Rheinland-Pfalz

Von rechts nach links: Dirk Mettler, Bildungsminister Sven Teuber, MdL, Harry Wunschel, Mareike Schumacher, Andreas Hoffmann, Markus Penner, Karl-Heinz Fuß

EHER SCHULALLTAG ALS SCHUL-SHOW VLW UND VLBS ZUM KENNENLERNGESPRÄCH BEI BILDUNGSMINISTER SVEN TEUBER



Vergleicht man die Bildungslandschaft in Rheinland-Pfalz mit einem Garten, ergeben sich anschauliche Bilder. Zwischen schön blühenden Blumen und fruchttragenden Gewächsen gibt es Bereiche, welche dem Gärtner Sorge bereiten. Teilweise gedeihen Jungpflanzen nicht wie gewünscht, Wildwuchs breitet sich aus, und da sind Bereiche, die auf Neugestaltung warten. Für den Aufbau und die Pflege eines schönen und gesunden Gartens benötigen wir, ähnlich unserem Bildungssystem, die erforderlichen Zutaten: Qualifiziertes Personal, geeignete Werkzeuge und genügend finanzielle Mittel für all das, was die Pflanzen so brauchen.

Direkt zu Beginn seiner Amtszeit lud unser neuer Bildungsminister Sven Teuber zum ersten Kennenlernen in sein Büro ein. Zum Auftakt betonte er seine hohe Wertschätzung für die berufliche Bildung und insbesondere die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Sein persönliches Ziel sei es, die Bildungsgerechtigkeit zu verbessern, weshalb bereits früh angesetzt werden sollte – etwa mit der beschlossenen Sprachstandserhebung für Vierjährige, aber auch weiteren

Maßnahmen in der Grundschule. An der Schnittstelle zu den weiterführenden Schulen gehe es darum, die Eltern davon zu überzeugen, dass der Weg über das Gymnasium nicht der einzige mögliche sei. Innerhalb der Schulen solle mehr Team-Orientierung unter den Akteuren ermöglicht werden. Durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen soll darüber hinaus eine eigene webbasierte Schulverwaltungslösung eingeführt werden, mit der auch die Übergänge zwischen den

Schularten verbessert werden. Kombiniert mit weiteren Anstrengungen zur Berufsorientierung solle damit die Zahl der Schulabrecherinnen und -abrecher reduziert werden.

Harry Wunschel (vlbs) bestätigte die Bedeutung der berufsbildenden Schulen als wichtige Institution zur Reduzierung des Fachkräftemangels. Er kritisierte deshalb die niedrige Zahl an Planstellen, die für das kommende Schuljahr an BBSn vorgesehen sind. „Wir können es uns jetzt nicht leisten, gute Bewerberinnen und Bewerber abzuweisen, die dann in den kommenden Jahren fehlen werden“, machte er deutlich. Der auf uns zukommende Bedarf lasse sich schon jetzt an den Schülerzahlen der abgebenden Schulen erkennen.

In diesem Zusammenhang wies **Mareike Schumacher (vlbs)** auch auf die Problematik der zahlreichen Überstunden hin, die viele Kolleginnen und Kollegen aufgrund des anhaltenden Personalmangels bereits seit Jahren vor sich herschieben. Dieses Thema finde in der aktuellen Personalplanung bislang keine Berücksichtigung – hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Dirk Mettler (VLW) betonte ebenfalls die Bedeutung der beruflichen Bildung als gleichwertige Säule neben der akademischen Bildung zur beruflichen Qualifizierung. Deshalb solle die Gewinnung von Nachwuchslehrkräften an den BBSn in den Mittelpunkt rücken. Dazu müsse die Attraktivität des Lehrberufs gestärkt werden. Insbesondere sei darauf zu achten, dass mit Bewerberinnen und Bewerbern entgegenkommend und verbindlich umgegangen wird. Diese würden oft viel zu lange mit Aussicht auf eine Stelle hingehalten, während sie vom Nachbarland Hessen mit der „goldenen Schubkarre“ abgeholt würden.

Teuber entgegnete, dass Rheinland-Pfalz bildungspolitisch gut aufgestellt sei und derzeit mit rund 44.000 so viele Lehrkräfte wie noch nie habe. Die Bewerberzahlen für den Vorbereitungsdienst an Realschulen plus würden sich zudem explosionsartig nach oben entwickeln, was si-

cherlich nicht nur, aber auch an der aktuellen Kampagne zur Lehrkräftegewinnung liege.

Andreas Hoffmann (vlbs) hält aus Sicht des Bezirkspersonalrats die aktuell restriktive Planstellenvergabe an BBSn für den falschen Weg. Er zeigte zudem die Fairness-Lücke auf, von der unsere Fachpraxis-Lehrkräfte betroffen sind. Mit großem Engagement übernehmen sie immer wieder auch Aufgaben im Theorie-Unterricht, obwohl ihre Ausbildung auf die Vermittlung praktischer Inhalte ausgelegt ist und der Theorie-Unterricht über die ursprünglich vorgesehene Qualifikation hinausgeht – ohne dass sich dies in einer entsprechenden Bezahlung widerspiegelt.

Des Weiteren wies er auf mangelnde zeitliche Ressourcen bei unseren Schulleitungen hin. Die vor Jahren in Aussicht gestellte zweite Erhöhung der Schulleitungspauschale hat es bislang nicht gegeben, während zwischenzeitlich die Aufgaben erheblich zugenommen haben. Hier müsse dringend nachgebessert werden.

Karl-Heinz Fuß (VLW) ergänzte, dass sich aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen auch die Schulen vielen neuen Herausforderungen stellen müssten. Zur Unterstützung der Lehrkräfte werde deshalb dringend zusätzliches Personal für Schulsozialarbeit, Verwaltung und IT-Betreuung benötigt.

Teuber äußerte Verständnis für die vorgebrachten Forderungen und erklärte, insbesondere die multiprofessionelle Zusammenarbeit an Schulen stärken zu wollen. Zunächst müsse er sich aber einen Überblick verschaffen, um dann gezielt die Bereiche zu versorgen, bei denen der Mangel am größten sei. Eine Verteilung der Mittel nach dem Gießkannenprinzip werde es mit ihm nicht geben, um damit wieder auf das Bild des Gartens zurückzukommen. Er könne sich eine Kampagne für die duale Ausbildung vorstellen und sicherte auch zu, sich die Personalplanungszahlen für BBSn nochmals anzuschauen, um gegebenenfalls im kommenden Jahr nachzusteuern. Mit der Anregung, eine berufs-



Sven Teuber, geboren am 30. Oktober 1982 in Nordhorn, studierte Germanistik und Politikwissenschaft für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Trier. Er war Vertretungslehrer am Humboldt-Gymnasium Trier (2011–2012) und absolvierte seinen Vorbereitungsdienst in Kaiserslautern (2012–2014). Anschließend war er Studienrat am Siebenpfeiffer-Gymnasium Kusel (2014–2016). Seit 2016 ist er Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags. Dort war er sozialpolitischer Sprecher (2016–2021) und bildungspolitischer Sprecher (2021–2025) der SPD-Fraktion. Seit Mai 2025 ist Sven Teuber Bildungsminister des Landes Rheinland-Pfalz.

bildende Schule zu besuchen, stoße Harry Wunschel bei ihm offene Türen auf. So sei die erste von ihm besuchte Schule im Amt des Staatsministers die BBS EHS in Trier gewesen. Aber auch weiterhin wolle er berufsbildende Schulen besuchen, nicht unangekündigt, aber durchaus auch spontan, wobei er eher Schulalltag als Schul-Show sehen wolle.

Die Vertreter von VLW und vlbs bedankten sich für das offene Kennenlerngespräch und die Gelegenheit zum Austausch der Positionen. Auch wenn diese Positionen nicht alle deckungsgleich sind, so verfolgen wir doch alle dasselbe Ziel, nämlich dass unser Garten Früchte trägt.

In diesem Sinne wünschen wir Sven Teuber eine glückliche Hand und freuen uns auf das weitere Zusammenwirken.

Karl-Heinz Fuß

ÜBERGANGSSYSTEM IN DER DISKUSSION – KMK LEGT GUTACHTEN FÜR DEN ERFOLGREICHEN ÜBERGANG IN DIE BERUFLICHE AUSBILDUNG VOR

Die Kultusministerkonferenz (Die Schulministerinnen und -minister der Bundesländer) unterhält die „Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK). Diese soll für eine wissenschaftliche Begleitung und Vorbereitung der Beschlüsse der KMK und damit der Bildungspolitik in Deutschland sorgen. Die SWK hat im April ein Gutachten für das sogenannte „Übergangssystem“ vorgelegt:

„Kompetenzen für den erfolgreichen Übergang von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung sichern“.

An den Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz wurden im Schuljahr 2022/23 ca. 106.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, davon ca. 22.000 im BVJ und der Berufsfachschule bzw. Höheren Berufsfachschule. Die SWK stellt dazu fest, was die Kolleginnen und Kollegen aus ihrer Erfahrung heraus seit längerer Zeit beklagen: Die fachlichen und überfachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in der Sek. I haben in den letzten Jahren deutlich abgenommen. „Erschreckend ist dabei vor allem die große Zahl an Schülerinnen und Schülern, die die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik verfehlten, weil ihnen damit die Teilhabe an Bildung, Arbeitswelt und Gesellschaft erschwert oder gar unmöglich gemacht wird“ (KMK, Aktuelles vom

8.4.2025). Das Gutachten arbeitet heraus, welche fachlichen und überfachlichen Kompetenzen am Ende der Sek. I erreicht sein müssen, um jungen Menschen den erfolgreichen Übergang in die berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Die BBS – und damit die unterrichtenden Lehrkräfte – beklagen zu Recht, dass diese Kompetenzen beim Eintritt in unser System nicht oder nur unzureichend vorhanden sind. Andererseits erwarten die „Abnehmer“ (Ausbildungsbetriebe), dass die Schulabgänger spätestens beim Verlassen unseres Systems diese Kompetenzen mitbringen:

„Der Aufgabe, eine Übergangszeit zwischen Ende der allgemeinbildenden Schule und Beginn einer Berufsausbildung mit sinnvoller Weiterqualifizierung zu überbrücken, wird dieses System bundesweit nicht in ausreichendem Maße gerecht. Zu wenigen Absolventinnen und Absolventen des Systems

gelingt danach ein Übergang in eine ungeförderte Berufsausbildung“, so der Landesausschuss für Berufsbildung RLP, Perspektive Duale Ausbildung in Rheinland-Pfalz, Januar 2012(!).

Das Übergangssystem an unseren BBS muss sich also ständig rechtfer- tigen, erwartet doch die Wirtschaft, qualifizierte Arbeitskräfte schon aus den allgemeinbildenden Schulen zu bekommen; die Daseinsberechti- gung der BBS besteht allenfalls darin, die notwendigen Qualifikationen in ein bis zwei Schuljahren sozusa- gen „nachzuarbeiten“.

Auf 216 Seiten arbeitet die SWK u.a. folgende Empfehlungen heraus:

- klare Definition der unverzicht- baren funktionalen Kompeten- zen am Ende der Sekundarstufe I und damit verbunden die Aus- arbeitung der dafür notwendigen Voraussetzungen beispielsweise in Form basaler Kompetenzen;
- Verankerung der unverzichtba- ren funktionalen Kompetenzen und ihrer Voraussetzungen in Lehrplänen, Lernstandserhebun- gen und zentralen Abschlussprü- fungen;



- regelmäßiges Erfassen der basalen und funktionalen Kompetenzstände der Schülerinnen und Schüler (mindestens alle zwei Jahre);
- Implementierung hochwertiger Angebote der beruflichen Orientierung und von Professionalisierungsangeboten in den drei Phasen der Lehrkräftebildung;
- Stärkung der basalen und funktionalen Kompetenzen, insbesondere in den Fächern Deutsch, Mathematik, im Übergangssektor verbunden mit einem Mentoring und einer Begleitung in die Ausbildung hinein.

Für die unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen ist dieses Gutachten von hoher Relevanz. Eine der Autorinnen des Gutachtens, Frau Prof. Dr. Susan Seeber von

der Georg-August-Universität Göttingen, war deshalb im Mai auf der Sitzung des Bundeshauptvorstands des BVLB, unseres Dachverbandes, zu Gast und erläuterte die wesentlichen Aussagen und Vorschläge, die in folgenden „adressatenspezifischen Empfehlungen an die Lehrkräfte“ münden:

- *Konzentrieren Sie die Unterrichtsentwicklung auf die basalen und unverzichtbaren funktionalen Kompetenzen, auch mit Blick auf Lernstrategien.*
- *Richten Sie die Lerngelegenheiten an authentischen Anforderungen der Berufswelt und gesellschaftlicher Teilhabe aus. Orientieren Sie die Lerngegenstände an den realen Anforderungen der Berufswelt.*
- *Fördern Sie leistungsschwache Schüler:innen unterrichtsintegriert und mit additiven Förderangeboten.*
- *Entwickeln Sie das Übergangsmanagement und die Angebote im Übergangssektor strukturell weiter, inklusive eines individuellen und ggf. ausbildungsbegleitenden Mentorings.*

Gutachten „Kompetenzen für den erfolgreichen Übergang von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung sichern“ zum Download:

https://swk-bildung.org/content/uploads/2025/03/SWK_2025_Gutachten-Sekundarstufe-I.pdf

Zusammenfassung des Gutachtens „Kompetenzen für den erfolgreichen Übergang von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung sichern“ zum Download: https://swk-bildung.org/content/uploads/2025/03/SWK_2025_Gutachten-Sekundarstufe-I_Zusammenfassung.pdf

KOMMENTAR VON MICHAEL LUTZ

Das Übergangssystem soll die fehlenden Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in ein oder zwei Jahren an die Erwartungen des betrieblichen Ausbildungssystems anpassen, also das erreichen, was das System der Sek. I nicht geschafft hat. Um das klarzustellen: Gewiss ist das nicht die Schuld der Kolleginnen und Kollegen an den allgemeinbildenden Schulen. Wir alle beklagen unzureichende Kompetenzen, vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Zu viel der (Lern-)Zeit wird an den Bildschirmen verbracht, gesellschaftliche Fehlentwicklungen verstärken den Trend seit Jahren. Andererseits müssen sich die Berufsbildenden Schulen ständig für die hohen Kosten des Übergangssystems rechtfertigen, ohne dass die geforderten Erfolge erreicht werden. Die adressatenspezifischen Empfehlungen der SWK richten sich zwar in erster Linie an das allgemeinbildende Schulsystem in der Sek. I, sind aber auch für den Unterricht z.B. an den (Höheren) Berufsfachschulen oder dem BVJ von hoher Relevanz.

Schaffen wir es an den Berufsbildenden Schulen, die notwendigen Kompetenzen für den Übergang in das duale System zu vermitteln und an die Schülerin-

nen und Schüler weiterzugeben, erfüllen wir die an uns gerichteten Erwartungen. Damit dies geschieht, müssen dafür aber die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Und so enden wir wieder mit dem Mantra der Forderungen an die Ministerien, die von einer verbesserten Lehrkräfteausbildung über eine verbesserte sachliche und personelle Ausstattung unserer Schulen bis zur Erarbeitung neuer und adäquater Lehr- und Lernkonzepte reichen.

Nur den schwarzen Peter von der Sek. I an die Sek. II weiterzugeben, wird der komplexen gesellschaftlichen Aufgabe nicht gerecht. Wir werden es uns nicht leisten können, noch länger eine große Zahl junger Menschen – angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels – unzureichend oder gar nicht ausgebildet in einen ungewissen Arbeitsmarkt zu entlassen. Das größte Kapital unserer Wirtschaft sind die hochqualifizierten Arbeitskräfte – die gesellschaftlichen Kosten von Arbeitslosigkeit oder fehlender Fachkräfte können wir uns nicht leisten.

Unser Verband wird sich weiterhin dieser Entwicklung annehmen müssen, um die notwendigen Veränderungsprozesse zu begleiten, nicht zuletzt im Interesse der unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen.

INITIATIVE FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT GIBT AUCH EMPFEHLUNGEN FÜR DEN BILDUNGSBEREICH

„Mit diesem Zwischenbericht möchten wir vier Autoren dazu beitragen, Blockaden und Selbstblockaden staatlichen Handelns aufzulösen. Im Sommer 2024 haben wir die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ gegründet.“



So beginnen die Autoren Thomas de Maiziere (ehemaliger Landes- und Bundesminister), Peer Steinbrück (ehemaliger Bundesfinanzminister und Ministerpräsident), Andreas Voßkuhle (ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts) sowie ihre Kollegin Julia Jäkel (Managerin und Verlegerin) den Zwischenbericht ihrer „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“.

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten wurde der Zwischenbericht anlässlich der Bundestagswahl 2025 veröffentlicht. Die Verfasser wollen nicht einzelne Sachfragen analysieren, sondern sich auf die „Gelingensbedingungen“ von Reformen und die Strukturen, die dazu vorhanden sein müssen, konzentrieren.

Für acht Politikbereiche werden Vorschläge vorgestellt, darunter auch für den Bereich Bildung. Einleitend wird festgestellt, dass das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich abschneide und in Basisfächern zu oft noch nicht einmal die Mindeststandards erreicht würden. Auch hingen die Bildungserfolge in zu starkem Maße von der Herkunft der Schülerinnen und Schüler ab. Drei Empfehlungen werden gegeben:

1. Die Zuständigkeiten für Bildung in Bund, Ländern und Kommunen sollen eindeutig geordnet werden.

2. Es soll – zur Stärkung der Bildung und der Schulen – ein Nationaler Bildungsrat gegründet werden.

3. Die Schulen sollen ein größeres Maß an Selbstbestimmung erhalten.

Julia Jäkel und ihre Mitstreiter (mit ihnen noch zahlreiche Wissenschaftler) betonen abschließend, dass die Empfehlungen (auch aus den anderen Bereichen) sich gegenseitig verstärken und so zu einem Gesamtkonzept für einen handlungsfähigeren Staat werden, das „große Kraft entfalten kann“.

https://www.ghost.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Initiative_f%C3%BCr_einen_handlungsf%C3%A4higen_Staat/20250311_Zwischenbericht_interaktiv.pdf

KOMMENTAR VON MICHAEL LUTZ

Der Bundeshauptvorstand unseres Dachverbandes BVLB tagt zweimal im Jahr. Einen großen Teil der Beratungen nehmen die Berichte aus den 16 Bundesländern ein, u.a. natürlich auch der Bericht aus Rheinland-Pfalz. Man bekommt viele Einblicke in den schwierigen Prozess, bei der beruflichen Bildung einerseits die Vielfalt der Länder und unterschiedlicher politischer Vorstellungen zu wahren und andererseits ein notwendiges Maß der Harmonisierung und einheitlicher Bildungschancen in ganz Deutschland zu schaffen.

Das hierzu geschaffene Gremium ist die Kultusministerkonferenz – eine große und schwerfällige Maschinerie im Gesetzgebungs- und Verordnungsprozess. Es gibt nicht nur fachliche Schwierigkeiten, auch regionale Rücksichten müssen genommen werden, nicht zuletzt verlangsamten (bildungs-)politische Richtungskämpfe die notwendigen Entscheidungsfindungen.

Die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ unternimmt eine Gesamtbetrachtung der gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge und zeigt auch für den Bildungsbereich Möglichkeiten auf, aus Erstarrungen auszubrechen. Für den Bildungsbereich ergeben sich dabei folgende Fragen:

- Eine Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen berührt Besitzstandsfragen, rüttelt an den Fundamenten des Föderalismus und der Finanzierung des Bildungsbereiches.
- Wird der „Nationale Bildungsrat zu einer „KMK 2.0“, und wie weit wird sein Einfluss auf die Umsetzung seiner Vorschläge gehen?
- Sind die Ministerialbürokratien in den Ländern wirklich willens, Teile ihrer Kompetenzen an die Schulen abzugeben (und wollen das die Schulen überhaupt)?

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Vorschläge der Initiative umgehend zu prüfen; wir sollten die weitere Entwicklung im Bildungsbereich konstruktiv begleiten. In unserer hoch entwickelten Wirtschaft sind wir auf gut ausgebildete und zukunftsfähige Arbeitskräfte angewiesen. Unsere Ansprüche an gute, zeitgemäße berufliche Bildung und deren Finanzierung bilden große Aufgaben für diese und die nachfolgende Generation. Unser Bundesverband ist in diese Diskussionen eingebunden – Berufsbildner und Berufsbildnerinnen sollten ihre Erfahrungen und Vorstellungen in diesen Prozess einbringen!



Auch der VLW ist bei Demonstrationen des dbb präsent

ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER: NEUE TARIFRUNDE STEHT BEVOR

Manch einer mag sich wundern, dass schon wieder eine neue Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder ansteht – haben wir doch erst im zurückliegenden Februar eine Gehaltserhöhung bekommen.

Diese wurde bereits am 9. Dezember 2023 vereinbart. Zunächst mussten wir uns mit einer Nullrunde begnügen. Erst ein knappes Jahr danach, zum 1. November 2024 erfolgte die erste tabellenwirksame Erhöhung um zweihundert Euro und schließlich im Februar 2025 die lange ersehnten 5,5 Prozent. So lange mussten wir auf die Anpassung warten, obwohl die Preise für die Lebenshaltungskosten bereits

davongeeilt waren. Die steuerfrei ausbezahlte Inflationsabmilderungsprämie von insgesamt 3.000 Euro im Zeitraum von Dezember 2023 bis Oktober 2024 hat sicherlich geholfen, die Zeit des Wartens zu kompensieren.

Zu bedenken ist allerdings, dass diese Prämie nicht nachhaltig tabellenwirksam war. Für den höheren Dienst ergab sich gegenüber der Zeit zuvor somit ca. neun Prozent Gehaltssteigerung, verteilt auf 25 Monate. Schaut man sich an, wie sich der Verbraucherpreisindex entwickelt hat, nämlich von 100 im Jahr 2020 auf 119,3 im Jahr 2024¹⁾, so wird der Verlust an Realeinkommen deutlich. Der Veränderung von 100

auf 119,3 steht lediglich eine Anpassung von 100 auf 117,02 gegenüber (siehe Tabelle auf Seite 19).

Obwohl offensichtlich ein Nachholbedarf besteht, sind schwierige Verhandlungen für die bevorstehende Tarifrunde zu befürchten. Bei einer relativ stabilen Inflationsrate von aktuell etwa 2 % gegenüber dem Vorjahresmonat und den notorisch leeren Kassen der Länder, müssen wir, d. h. die dbb tarifunion als unser Verhandlungsführer, deutlich machen, dass es darum geht, Rückstände aufzuholen, die sich in den zurückliegenden Jahren aufgebaut haben. Mehr noch gilt es, das Vertrauen in den öffentlichen Dienst als zuverlässigen Arbeitgeber zu-

Basisindex 2020 = 100				
1. Januar 2020	+ 3,12 %	103,12		
1. Januar 2021		+1,29 %	104,45	
1. Oktober 2021	Nullrunde			
1. Dezember 2022		+2,8 %	107,37	
1. Dezember 2023	Steuerfreie Inflationsabmilderungsprämie 3.000 Euro			
1. November 2024	Plus 200 €; entspricht bei 6.000 € brutto ca. 3,3 %	+ 3,3 %	110,92	
1. Februar 2025		+ 5,5 %	117,02	

Entwicklung der Beamtengehälter nach Übertragung des TV-L seit dem Jahr 2020 (eigene Berechnung ohne Gewähr auf Richtigkeit)

rückzugewinnen. Denn trotz der aktuellen Rezessionsneigung unserer Wirtschaft leidet der öffentliche Dienst unter Personalmangel, und es wird immer schwieriger, junge Leute zur Aufnahme eines Lehramtsstudiums zu bewegen. In der Folge sind wir auf Quer- und Seiten-einsteiger angewiesen und stehen somit in direkter Konkurrenz zu den Arbeitgebern der Privatwirtschaft.

Im April dieses Jahres haben sich die Tarifparteien im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) nach einer Schlichtungsrunde auf einen Abschluss geeinigt, der eine Signalwirkung für die im kommen-den Herbst anstehenden Tarifver-handlungen für den öffentlichen Dienst der Länder und damit auch für uns Lehrkräfte haben dürfte.

Tarifeinigung Öffentlicher Dienst Bund und Kommunen (TVöD) vom 6. April 2025 nach Schlichtung:

Bei einer Laufzeit von 27 Monaten, rückwirkend zum 1. Januar 2025, stei- gen die Einkommen für die Beschäf- tigten bei Bund und Kommunen in zwei Schritten um insgesamt 5,8 %. Im ersten Schritt gab es ab 1. April 2025 eine lineare Erhöhung von 3 %, mindestens 110 €, der zweite Schritt folgt ab 1. Mai 2026 mit einer weite- ren linearen Erhöhung in Höhe von 2,8 %.

Mit Blick auf die von dbb tarifunion und verdi ursprünglich geforderten 8 % bei 12 Monaten Laufzeit stellt

sich das Ergebnis eher dürftig dar. Allerdings enthält der Abschluss im TVöD weitere Komponenten, wie die Verdoppelung der Schicht- und Wechselschichtzulagen und die Erhöhung der Jahressonderzahlung (13. Monatsgehalt). Zudem erhalten die Beschäftigten ab dem Jahr 2027 einen weiteren Urlaubstag.

Mit Blick auf die im Herbst anste-henden Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) wirft das Ergebnis aus Perspektive der über eine Million Lehrkräfte zu- dem einige Fragen auf. Denn wie können die zusätzlichen Errun- genschaften, die über die lineare Be- soldungserhöhung hinausgehen, für Lehrkräfte wirksam werden? Ein weiterer Urlaubstag ist mit den Ferien ohnehin abgegolten. Ein 13. Monatsgehalt gibt es bei uns schon lange nicht mehr. Und von der Erhöhung der Schichtzulage, den Polizistinnen und Polizisten sei sie gegönnt, profitieren wir Lehrkräfte ebenso wenig.

Es ist zu befürchten, dass diese Zusatzleistungen auch in den Ta- rifvertrag der Länder (TV-L) ein- fließen, ohne dass es für Lehr- kräfte einen adäquaten Ausgleich gibt. Damit würde der Beruf der Lehrkraft gegenüber anderen Tä- tigkeiten im öffentlichen Dienst abgewertet und weiter an Attrak- tivität verlieren. Davor warnt der VLW ausdrücklich. Die Interessen der Lehrkräfte für die anstehen-

de Tarifrunde brauchen deshalb eine schlagkräftige Vertretung. Gemeinsam mit unseren dbb- Partnerverbänden im Bereich Bildung (vlbs, Philologenverband, VRB und VBE) haben wir im dbb eine starke Stimme und werden eine angemessene Besoldungs- anpassung fordern.

Dazu braucht der dbb unsere Unter-stützung, insbesondere bei den De-monstrationsveranstaltungen und ähnlichen Aktionen. Wir müssen auf die Straße, damit die Arbeitge- ber-Vertreter unsere Forderungen ernst nehmen. Und dazu brauchen wir jeden einzelnen. Bitte achten Sie deshalb auf unsere Ankündigungen und seien Sie dabei! In der Regel finden die Veranstaltungen vor den Verhandlungstagen statt, die im Zeitraum November 2025 bis März 2026 zu erwarten sind.

Karl-Heinz Fuß

¹⁾ Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025, Stand: 01.07.2025

KI & CO. REVOLUTION ODER RISIKO?

VLW-TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE IN ALZEY



Es gibt wohl kaum eine Entwicklung in den zurückliegenden Jahrzehnten, die den Unterricht in kurzer Zeit so sehr beeinflusst hat, wie der rasante Fortschritt bei den Anwendungen künstlicher Intelligenz.

In guter Tradition veranstaltete der VLW Rheinland-Pfalz am 26. Juni seinen alle zwei Jahre stattfindenden VLW-Tag. Der Einladung folgten neben zahlreichen BBS-Kolleginnen und -Kollegen auch Vertreterinnen und Vertreter aus dem Ministeri-

um sowie vom befreundeten dbb-Partnerverband vlbs. Zudem waren auch VLW-Ehrenmitglieder unter den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Der Landesvorsitzende Dirk Mettler sorgte zunächst für Verwirrung mit seiner Begrüßungsrede. „Ich bin froh, dass Sie nicht länger applaudiert haben,“ sagte er zum erstaunten Publikum. Dann verriet er, dass seine gesamte Rede von KI verfasst worden war. Er betonte, dass die KI zwar

bequem ist, aber die Gefahr droht, dass kreative Leistungen verdrängt werden. KI dürfe nie mehr als ein Werkzeug sein, das Denken und Nachdenken müsse den Menschen vorbehalten bleiben. In diesem Sinne wünschte er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine interessante Veranstaltung. Die angeregten Gespräche in den Pausen und das Feedback am Ende der Veranstaltung lassen darauf schließen, dass dieser Wunsch in Erfüllung ging.

Dirk Mettler dankte den Referenten für die Keynote und die Workshops und auch den Vertretern der Schulbuchverlage und der dbb-Vorteilswelt, die alle zusammen dazu beigetragen haben, dass auch dieser VLW-Tag ein Erfolg war und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben wird. Das VLW-Team hofft, dass das wichtige Thema rund um die KI im Unterricht noch mehr Aufmerksamkeit bekommt und unsere Schulen die notwendige Unterstützung bekommen, um die bevorstehende Transformation im Unterricht zu bewältigen.

Florian Nuxoll ist Lehrer für Englisch und Gemeinschaftskunde an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen. Außerdem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Tübingen und entwickelt dort intelligente Tutorsysteme für das Fach Englisch mit.



Welche Rolle KI bereits im Alltag eingenommen hat, demonstriert Landesvorsitzender Dirk Mettler eindrucksvoll in seiner Begrüßungsrede



VOM DIGITALEN ZAUBERSTAB ZUR PANDORA-BOX? KI IM UNTERRICHT

Als „pragmatischer Enthusiast mit einer ausgeprägten Skepsis“ beleuchtete Florian Nuxoll mit kritischem Blick und fundiertem Wissen, wie KI das Bildungssystem verändern könnte.

Nuxoll spannte dabei einen Bogen von der Computer-Euphorie der 1980er Jahre bis zur heutigen Diskussion um ChatGPT und andere KI-Systeme. Er zeigte auf, dass frühere Digitalisierungsversuche oft an mangelnder Ausstattung, unklaren Zuständigkeiten und fehlender Entlastung der Lehrkräfte

scheiterten. KI, so seine These, könnte hier neue Wege öffnen – allerdings nur, wenn sie sinnvoll und gezielt eingesetzt wird.

Besonders eindrucksvoll war die Diskussion um den Sinn des Lernens: Anders als im Berufsleben, wo vorrangig das Ergebnis zählt, steht im Fokus des Lernens der Prozess, der losgelöst von konkreten Situationen zu sinnvollen Ergebnissen führen kann. KI kann diesen Lernprozess unterstützen – etwa durch individuelles Feedback, differenzierte Übungen oder durch die

Rolle als digitaler Tutor. Gleichzeitig warnte Nuxoll vor einem unkritischen Einsatz: „Wer nichts weiß, muss alles glauben“, zitierte er Marie von Ebner-Eschenbach, und forderte mehr Metakognition bei Lernenden.

Der Vortrag endete mit der klaren Botschaft: KI wird nicht vorbeigehen. Lehrkräfte, Schüler und Bildungspolitik müssen sich jetzt mit ihren Möglichkeiten und Grenzen auseinandersetzen. Nur so kann eine intelligente und gerechte Bildung der Zukunft gestaltet werden.



Blick in Tagungsraum und Restaurant



FLORIAN NUXOLL: **MISINFORMATION, DESINFORMATION, SOZIALE MEDIEN** **WELCHE AUSWIRKUNGEN HABEN ALGORITHMEN AUF DIE** **NACHRICHTEN- UND INFORMATIONSKOMPETENZ BEI JUGENDLICHEN?**



Die Präsentation von Florian Nuxoll steht hier zum Download bereit

WORKSHOP 1

Wie beeinflusst das Internet die Mediennutzung von Jugendlichen? Lesen diese überhaupt noch Zeitung, schauen sie noch die Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, hören sie noch Radiosendungen?

Studien kommen dabei auf ernüchternde Ergebnisse, denn überwiegend greifen unsere Kinder und Jugendlichen auf das Internet zu, um aktuelle Nachrichten zu erhalten. Oftmals werden dazu die sozialen Medien, wie TikTok und Instagram, genutzt. Es ist deshalb besonders wichtig, unseren Schülerinnen und Schülern klarzumachen, dass hinter den Angeboten im Internet meist ein Geschäftsmodell steckt. Mittels Algorithmen bekommen Nutzer die Nachrichten und Inhalte zugespielt, die sie sehen, hören oder lesen wollen. Gleichzeitig können

die sozialen Medien propagandistische und manipulative Inhalte transportieren. Medienkompetenz bedeutet deshalb, dass unsere Jugendlichen lernen, Inhalte auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Welche Interessen stehen hinter bestimmten Nachrichten? Welche Quellen werden aufgeführt? Wie können diese überprüft werden? All dies sollte mit Schülerinnen und Schülern geübt werden.

Florian Nuxoll erläuterte diese Herausforderungen aus Sicht seiner eigenen Erfahrungen, sowohl als Lehrer aber auch als Familievater und gab auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Beobachtungen zu schildern. Schließlich wurde deutlich, dass unsere Schulen eine verantwortungsvolle Rolle bei der Vermittlung von Medienkompetenz einnehmen müssen, um unsere Jugendlichen auf ihrem Weg zu mündigen Staatsbürgerinnen und -bürgern zu begleiten.

PROFESSOR JOSEF LEISEN: **SPRACHSENSIBLER FACHUNTERRICHT MIT KI – WIDER DIE BEQUEMLICHKEIT**

Lernen erfordert Zeit und Anstrengung, daran wird auch die künstliche Intelligenz nichts ändern. Die KI bietet uns zwar jede Menge Informationen und kann bis zu

einem gewissen Grad Aufgaben für uns lösen, das Lernen kann sie jedoch nicht ersetzen. Erst durch Lernen bauen wir nachhaltig Wissen auf, das als Basis für unsere Kompe-

Josef Leisen, OStD a. D., ist Professor für Fachdidaktik Physik an der Universität in Mainz. Vor seiner Pensionierung leitete er das Studienseminar Gymnasien in Koblenz.





Nach Workshop 1 übergibt Landesvorsitzender Dirk Mettler (rechts) Florian Nuxoll ein Dankeschön-Präsent

tenzen erforderlich ist. Aber die KI kann uns beim Lernen unterstützen. Wie dies gelingt, führte Professor Leisen anhand einer Reihe anschaulicher Beispiele für den berufsbezogenen Unterricht vor. Auszubildende können Verkaufsgespräche einüben, denn die KI kann Partner für ein Gespräch zwischen Verkäufer und Kunde sein und dabei auch die Rollen tauschen. Komplexe und schwer zu verstehende Sachverhalte kann die KI in einfacherer Sprache darstellen. Dies ist insbesondere auch für zugewanderte Auszubildende wertvoll, die nicht mit der deutschen Sprache aufgewachsen sind. Die KI kann auch eine Seite aus dem Lehrbuch erklären, indem man diese abfotografiert, ins

WORKSHOP 2

KI-Programm hochlädt und den passenden Prompt eingibt. Hinweise und Tipps dazu hatte Professor Leisen parat, sodass die Workshop-Teilnehmer eine solche Aufgabe mit ihren eigenen Endgeräten am Beispiel der Maslowschen Bedürfnispyramide ausführen konnten. Zum Schluss versorgte Leisen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einer Vielzahl nützlicher Downloads von seiner Website. Es lohnt sich sicherlich, dafür Zeit zu investieren, denn man kann eine Menge zum Einsatz von KI für den Unterricht lernen.



Der Vortrag von Professor Josef Leisen steht hier zum Download bereit

NORBERT SCHRÖDER:

KI IM UNTERRICHT ENTDECKEN UND NUTZEN – AUF DIE PROMPTS KOMMT ES AN

Sage der KI, was du willst und was du nicht willst. Dieser Leitsatz umfasst, was Diplom-Pädagoge Norbert Schröder den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in seinem Workshop an zahlreichen Beispielen deutlich machte.

Ist dir der Schreibstil zu technisch oder zu distanziert? Dann verlange von der KI einen natürlichen Stil. Ist der gelieferte Text zu kompliziert? Dann fordere die KI dazu auf, ihn zu vereinfachen. Hast du eine bestimmte Zielgruppe im Blick? Dann sage es der KI. Dies sind nur einige Beispiele von vielen, die Schröder den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die Gestaltung von Texten an die Hand gab. Darüber hinaus gab er wertvolle und anschauliche Tipps für Prompts zur Erledigung weiterer schulischer Aufgaben, wie zur Unterrichtsplanung und Materialerstellung, die Simulation von Situationen wie das Führen von Verkaufsgesprächen. Und er zeigte auf, wie bei heterogener Schülerschaft

individuelle Förderung und Differenzierung mit KI funktionieren kann. Die KI kann aber auch Feedback geben, Korrekturen vornehmen und Verbesserungsvorschläge machen. Zudem hilft sie bei organisatorischen und administrativen Aufgaben.

In der zweiten Workshop-Runde „Praktische Anwendung von KI im Unterricht – In Nullkommanix zum Arbeitsblatt und Erstellung eines Kahoots durch KI“ zeigte Schröder exemplarisch, wie man mit Unterstützung der KI aus einem YouTube-Video ein Arbeitsblatt erstellt und wie ein kostenloses Kahoot gestaltet werden kann. Was zunächst kompliziert aussah, erklärte er Schritt für Schritt, so dass die Entstehung exakt für den eigenen Unterricht nutzbarer Anwendungen anschaulich nachverfolgt werden konnte.

Für all seine Tipps bietet Schröder anschauliche und konkrete Materialien auf seiner Website <https://www.padatuation.de>



WORKSHOP 3



VLW-KLAUSURTAGUNG 2025 – ZUKUNFT GESTALTEN, HERAUSFORDERUNGEN ANNEHMEN



Am 13. und 14. Juni 2025 traf sich der Landesvorstand des VLW zur jährlichen Klausurtagung im Hotel Silicium in Höhr-Grenzhausen. In intensiven Sitzungen wurden über die zentralen Themen des Verbandes beraten, Weichen für die Zukunft gestellt und wichtige Entscheidungen getroffen.

Im Mittelpunkt standen dabei die Auswertung der Personalratswahlen 2025 sowie die weiteren Schritte im angestrebten Verschmelzungsprozess mit dem VLBS. Die Ergebnisse der Wahlen machten deutlich, dass wir uns in Zukunft verstärkt den Bedürfnissen junger Lehrkräfte widmen müssen, aber auch die Quer- und Seiten-einsteiger ansprechen müssen.

Ein zentrales Thema war auch die angestrebte Fusion mit dem vlbs. Die Gespräche verlaufen konstruktiv und freundschaftlich, wenngleich einige Detailfragen noch geklärt werden müssen. Klar ist: Ziel bleibt ein starker gemeinsamer Berufsverband für die berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz.

Darüber hinaus wurden organisatorische Themen rund um Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und interne

Abläufe besprochen. Der Vorstand stellte die Arbeitsteilung neu auf, um die Aufgaben effizienter zu bewältigen.

Ein besonderer Moment war die Verabschiedung von Karl-Heinz Fuß aus dem Landesvorstand. Mit großem Dank für sein langjähriges Engagement wurde er in den verdienten „Verbandsruhestand“ verabschiedet.

Mit klarem Blick auf die kommenden Aufgaben, gestärktem Teamgeist und vielen neuen Ideen geht der VLW-Landesvorstand aus dieser Klausurtagung hervor. Die kommenden Monate werden entscheidend für die weitere Entwicklung unseres Verbandes – gemeinsam gestalten wir Zukunft.

Mario Passannante

ERFOLGREICHE ONLINE-SCHULUNG FÜR NEUE ÖPR-MITGLIEDER: STARKER AUFTAKT FÜR DIE PERSONALRATSARBEIT

Am 19. und 20. Mai 2025 fanden die Online-Schulungen „Neu im ÖPR – Was erwartet mich?“ statt, die sich gezielt an neue Mitglieder der örtlichen Personalräte (ÖPR) richtete. Unter der Leitung erfahrener Referentinnen und Referenten wie Stefanie Tischer und Dirk Mettler sowie weiterer Mitglieder des Landesvorstandes bot die Veranstaltung einen fundierten Einstieg in die Rechte, Pflichten und Gestaltungsmöglichkeiten der Personalratsarbeit an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden zunächst durch ein kompetentes Referententeam begrüßt und in den Ablauf der Schulung eingeführt. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Vermittlung zentraler Inhalte des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG), das die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Personalvertretungen bildet.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den „Regeln der Zusammenarbeit“ zwischen Schulleitung und ÖPR. Hierbei wurde insbesondere auf das Gebot der vertrauensvollen Kooperation, regelmäßige

Besprechungen sowie die Pflicht zur Gleichberechtigung und Friedenswahrung eingegangen. Das komplexe Zusammenspiel dieser Grundsätze verdeutlicht die verantwortungsvolle Rolle, die dem ÖPR in schulischen Entscheidungsprozessen zukommt.

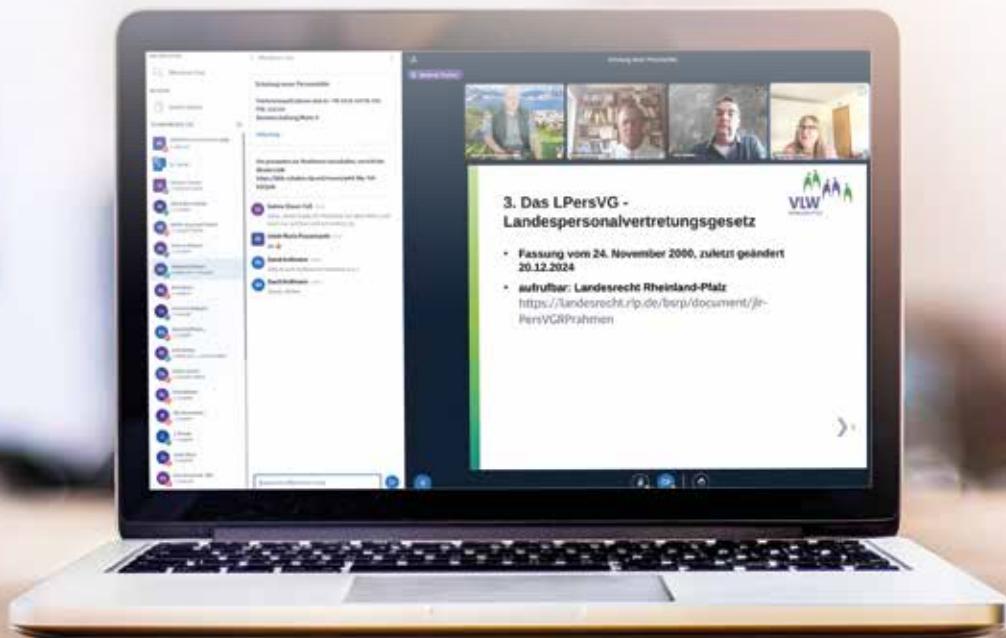
Detailliert wurde auch der große Aufgabenbereich des ÖPR erläutert: von Mitbestimmung bei Einstellungen und Beförderungen über Mitwirkung bei Kündigungen bis hin zur Einflussnahme auf Unterrichtsplanung, Personalversammlungen und Arbeitsschutz. Selbst Themen wie der Einsatz von Lehrkräften,

die Beteiligung bei Umbaumaßnahmen oder die Berufung von Datenschutz- und Gleichstellungsbeauftragten wurden behandelt.

Abgerundet wurde die Schulung durch praktische Hinweise zur Sitzungsorganisation sowie zur gesetzlichen Freistellung der ÖPR-Mitglieder für ihre Tätigkeit. Nicht zuletzt wurden kommende Schulungstermine für September (VLW) und Juni (vlbs) angekündigt, mit dem Ziel, die neuen ÖPR-Mitglieder weiter stärken und unterstützen zu können.

Die positive Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigte: Die Veranstaltung war nicht nur informativ, sondern auch motivierend – ein gelungener Auftakt für ein engagiertes Wirken in der Personalvertretung.

Mario Passannante



BEZIRK RHEINHESSEN

DR. SIGRID LÜDECKE-PLÜMER IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET



Zum Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand würdigte die stellvertretende Bezirksvorsitzende, Jutta Macher, die besonderen Verdienste der Kollegin Dr. Sigrid Lüdecke-Plümer für den VLW.

Von 2000 bis 2010, also ein Jahrzehnt, war sie beim VLW-Bundesverband aktiv. Als Schriftführerin an der Seite des damaligen Bundesvorsitzenden Manfred Weichhold begleitete sie die im Jahr 2002 in Karlsruhe erfolgte Gründung der VLW-Stiftung „Wirtschaft und Erziehung“. In den Folgejahren engagierte sie sich tatkräftig bei den bundesweiten Aktivitäten der Stiftung, die sich vor allem um Projekte zur Unterstützung beruflicher Ausbildung kümmerte und jährlich einen Wirtschaftspreis auslobte. In den Jahren danach gehörte Dr. Sigrid Lüdecke-Plümer in ihrem Ortsverband an der Gustav-Stresmann-Wirtschaftsschule in Mainz zu denjenigen, die die Fahne des VLW hochhielten. Und auch bei überörtlichen VLW-Veranstaltungen war sie ein regelmäßiger und gern gesehener Gast und eine willkommene Gesprächspartnerin.

Für ihren Ruhestand, den sie zusammen mit ihrem Ehemann mit einer größeren langersehnten Reise beginnen möchte, wünscht ihr der Bezirksvorstand viele schöne Jahre in guter Gesundheit.

Karl-Heinz Fuß

Jutta Macher (rechts) verabschiedete Dr. Sigrid Lüdecke-Plümer in den wohlverdienten Ruhestand

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender

Dirk Mettler

Geschäftsstelle

Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion

Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann • www.karikaturist.de

Auflage

1.500 Stück

Druck

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/11151-2303-3610

BEZIRK KOBLENZ

EINBLICK IN DIE WELT DES GELDES: FORTBILDUNG IN DER BUNDES BANK-FILIALE KOBLENZ

Im März fand in der Deutschen Bundesbank Filiale Koblenz eine spannende und vielseitige Fortbildung für Mitglieder des VLW statt. Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Entwicklungen im Geld- und Währungswesen kennenzulernen und wertvolle Impulse für den wirtschaftskundlichen Unterricht zu gewinnen.

Bereits am Morgen wurden die Teilnehmenden herzlich im Tagungsraum empfangen. Den Auftakt bildete eine praxisnahe Schulung unter dem Titel „Echt oder Falsch?“, in der Expertinnen und Experten der Bundesbank anschaulich vermittelten, wie Falschgeld erkannt werden kann. Der direkte Bezug zur Praxis sowie die Gelegenheit, echtes Falschgeld selbst in die Hand zu nehmen, machten diesen Programmpunkt zu einem besonderen Highlight des Tages.

Nach einer gemeinsamen Mittagspause, die Raum für Austausch und Vernetzung bot, folgte ein informativer Vortrag von Michael Schiff. Unter dem Titel „Trends im unbaren Zahlungsverkehr“ stellte er aktuelle Entwicklungen wie Mobile Payment, den digitalen Euro sowie Kryptowährungen wie Bitcoin vor. Die anschließende Diskussion zeigte, wie stark diese Themen bereits Einzug in die Lebenswelt junger Menschen gefunden haben – und damit auch im Unterricht immer bedeutsamer werden.

Am Nachmittag referierte Martin Condé über „Die Geldpolitik des Eurosyste ms“. Der fundierte und verständlich aufbereitete Vortrag gewährte einen tiefen Einblick in die geldpolitischen Instrumente der Europäischen Zentralbank und regte zur vertieften Auseinandersetzung an.

Das große Interesse der Teilnehmenden unterstrich die Relevanz der Themen rund um Geld, Digitalwährungen und Wirtschaftspolitik im schulischen Kontext. Der VLW-Bezirk Koblenz dankt dem Team der Bundesbank herzlich für die Einladung und die ausgezeichnete Zusammenarbeit – ein gelungener Fortbildungstag mit nachhaltigem Mehrwert für die Unterrichtspraxis.

Stefanie Tischer



VLW-Mitglieder bei der Falschgeldschulung.



Pascal Quinten (links) dankt Michael Schiff von der Bundesbank für die Schulung.



DER VLW FORDERT:

- **DIE FORTLAUFENDE SCHULUNG DER MEDIENKOMPETENZ DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER. EIN FERNHALTEN VON DIGITALEN MEDIEN LEHNT DER VLW AB, DA DIGITALE KOMPETENZEN INZWISCHEN IN NAHEZU JEDEM BERUF ERFORDERLICH SIND.**
- **EIN GRUNDSÄTZLICHES VERBOT DER PRIVATEN NUTZUNG VON DIGITALEN ENDGERÄTEN WÄHREND DES UNTERRICHTS, WEGEN DER OHNEHIN HOHEN BILDSCHIRMZEITEN UND DER ABLENKUNG DURCH INHALTE, DIE FÜR DAS LERNEN UND FÜR DEN UNTERRICHT NICHT FÖRDERLICH SIND.**
- **EINEN GESETZLICHEN RAHMEN FÜR DIE NUTZUNG DIGITALER ENDGERÄTE AN SCHULEN. DIESER BIETET DIE BASIS FÜR EINE SCHULINTERNE REGELUNG, DIE ENTWEDER DURCH DIE HAUSORDNUNG ODER EINE NUTZUNGSORDNUNG ERFOLGEN KANN. EINE SOLCHE LANDESWEITE REGELUNG SOLL DEN SCHULEN RÜCKHALT BEI DER DURCHSETZUNG DES VERBOTES DER PRIVATEN NUTZUNG VON DIGITALEN ENDGERÄTEN IM UNTERRICHT BIETEN.**

JETZT
MITGLIED
WERDEN!

VLW-RLP.DE



KOMPAKT



NOTEN-INFLATION: SCHÖNE ZAHLEN – HARTE REALITÄT

LANDTAGSWAHLEN 2026

Parteien beziehen Stellung zu gewerkschaftlichen und bildungspolitischen Themen

SOZIALES ENGAGEMENT

Wie berufsbildende Schulen zu Lebensrettern werden

IN DIESER AUSGABE ...

DEZEMBER 2025



Hinter der Fassade:

SCHÖNE ZAHLEN – HARTE REALITÄT



WAHLPRÜFSTEINE

Parteien antworten auf unsere
Fragen

03 EDITORIAL

04 SCHÖNE ZAHLEN – HARTE REALITÄT

06 LEHRKRÄFTE-BEFRAKUNG

Zwischen Vertrauen und Bevormundung: Lehrkräfte uneins über Verbot unangekündigter Leistungs nachweise

08 STANDPUNKT

Zwei Meinungen zum Verbot von unangekündigten Hausaufgabenüberprüfungen

10 PRÜFUNGEN IM ZEITALTER VON KI

Wie bleibt Leistung messbar?

11 KOMMENTAR

Menschen verschlingende Schule?

12 PUNKTEKONTO STATT PUNKTEABZUG

Ein Praxisbeispiel, wie Lernprozesse fairer bewertet werden können

14 WAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ

VLW-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026

22 GESPRÄCHE

Der VLW im Gespräch mit dem Bildungspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Stefan Thoma

CDU-Fraktion spricht sich für A13 für das Grundschul- lehramt aus

24 DAS BESTE MITTEL GEGEN BLUTKREBS

Wie berufsbildende Schulen zu Lebensrettern werden

25 ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER

Neue Tarifrunde

26 VLW-PERSONALRÄTEFORTBILDUNGEN IN
ALZEY UND WELLING

26 IMPRESSUM

27 INFORMATION DES LEHRKRÄFTE-NACHWUCHSES

Der VLW an der Uni Mainz

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des VLW Rheinland-Pfalz, vor vier Jahren wurde ich von der Landesdelegiertenversammlung zum Landesvorsitzenden des VLW Rheinland-Pfalz gewählt und vor einem Jahr im Amt bestätigt. Den Verband in der Nachfolge von Karl-Heinz Fuß leiten zu dürfen, war mir eine Ehre und hat mir viel Freude bereitet. In der letzten Sitzung des Landesvorstands habe ich schweren Herzens meinen Rücktritt erklärt. Aufgrund zunehmender gesundheitlicher Probleme war es höchste Zeit, die Reißleine zu ziehen.

Die Leitung des Verbandes liegt nun in den Händen der beiden stellvertretenden Vorsitzenden Andreas Seehaus und Stefanie Tischer. Ich bin der festen Überzeugung, dass die beiden den VLW auf Kurs halten und gut in die Fusion mit dem vlbs führen werden. Auf ihren Schultern lastet jetzt aber ein schweres Paket, denn beide haben ja auch bereits in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende ihre Aufgaben, beide sind BPR-Mitglieder, was ihnen eine Vielzahl an Terminen beschert, und beide leiten einen großen Bezirksverband. Deshalb würden sie sich über Unterstützung aus den Bezirks- und Ortsverbänden sicherlich freuen.

Den verbliebenen Mitgliedern des Landesvorstands danke ich von Herzen für den großen Rückhalt, den ich stets verspüren durfte und der mich immer wieder motiviert hat, wenn es mal nicht so ganz rund lief. Wenngleich die Situation für den Verband jetzt nicht einfach ist, sehe ich ihn beim aktuellen Landesvorstand mit seinen motivierten, engagierten und kreativen Mitgliedern sehr gut aufgehoben.

Da mir der VLW weiterhin am Herzen liegt, werde ich – sozusagen von

der Seitenlinie aus – auch zukünftig meinen konstruktiven Beitrag leisten und wenn es mein Gesundheitszustand wieder zulässt, will ich mich gerne auch wieder etwas mehr einbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben, für jedes aufmunternde Wort, für jede sachlich-konstruktive Kritik und für viele bereichernde Begegnungen. Dem VLW wünsche ich weiterhin viel Erfolg im Bemühen um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung.

Lassen Sie uns gemeinsam den Blick nach vorne richten – denn dort liegt die Zukunft!



Dirk Mettler



Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben mit großem Bedauern, aber auch mit großem Verständnis, in der Landesvorstandssitzung am 31.10. den Rücktritt unseres Landesvorsitzenden zur Kenntnis nehmen müssen. Wir bedanken uns bei Dirk Mettler für seine Arbeit in den letzten Jahren, in einer sehr arbeitsreichen Phase des Verbands. Wir wünschen ihm alles Gute, insbesondere Gesundheit und Kraft, und hoffen, dass er unserem Verband – wann auch immer – wieder mit Rat und Tat zur Seite stehen kann. In der Zwischenzeit wird der Landesvorstand in seinem Sinne die Arbeit fortsetzen, insbesondere die Verhandlungen über eine Verschmelzung mit dem vlbs Rheinland-Pfalz weiterführen mit dem Ziel einer Fusion im Frühjahr 2027.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir jetzt eine anregende Lektüre und freuen uns auf den Austausch mit Ihnen. Bringen Sie sich ein – mit Ihren Erfahrungen, Ideen, Anliegen und auch mit Kritik. Schreiben Sie uns gerne!

Das gesamte VLW-Team wünscht Ihnen besinnliche Weihnachtstage, Gesundheit und alles Gute für das kommende Jahr.

Stefanie Tischer und Andreas Seehaus
Stellvertretende Landesvorsitzende

LEITARTIKEL:

SCHÖNE ZAHLEN



HARTE REALITÄT

Die Statistik glänzt: Immer mehr Jugendliche bestehen ihre Prüfungen, immer mehr erreichen höhere Abschlüsse, und die Noten klettern nach oben. Klingt nach Erfolgsgeschichte. Doch wer im Klassenzimmer steht, weiß: Hinter der schönen Fassade bröckelt die Realität.

NOTEN-INFLATION: WENN JEDE DREI EINE ZWEI WIRD

Früher war eine Eins selten und eine Vier eine klare Ansage. Heute wird großzügig „aufgerundet“. Nicht nur die Lehrkräfte einer Schule stehen untereinander in Beliebtheitskonkurrenz. Besonders unsere Wahlschulen stehen seit Jahren untereinander in Rivalität. Wird an Schulen streng benotet, riskiert man, dass Schülerinnen und Schüler zur Nachbarschule wechseln oder die Schulform nicht wählen. Also werden Noten zur Währung – und verlieren rasant an Wert. Das Ergebnis: Zeugnisse, die aussehen wie Eintrittskarten zum Erfolg. Nur dass der Kinofilm längst nicht so glänzt wie das Plakat.

KUSCHELPÄDAGOGIK STATT KLARE KANTE

Natürlich sollen wir Lehrkräfte motivieren, wertschätzen, fördern. Aber immer öfter kippt die Balance. Fehlzeiten? Durchgewunken. Nachprüfungen? Fast beliebig wiederholbar. Anforderungen? Sinkend. Die Botschaft an die Schülerinnen und Schüler: Leistung lohnt sich kaum noch – man kommt auch mit halbem Einsatz ans Ziel. Wer sich anstrengt, fühlt sich ausgebremst. Wer nichts tut, wird trotzdem mitgenommen.

INTERNATIONALE WETTBEWERBS-FÄHIGKEIT: DER LACK IST AB

PISA-Studien zeigen es schwarz auf weiß: Während unsere Noten steigen, bleibt Deutschland international bestenfalls Mittelmaß. Mathematik, Lesekompetenz, Problemlösung – alles nur „solide“. Und draußen in der Praxis? Betriebe klagen über Azubis, die Grundrechenarten nicht beherrschen. Hochschulen richten Brückenkurse ein, weil Studienanfänger ohne Nachhilfe nicht klarkommen. Die schöne Zahl im Zeugnis hilft hier niemandem.

WOFÜR STEHEN NOTEN NOCH?

Eigentlich sollten Noten Orientierung bieten – für Schüler, Eltern, Betriebe, Hochschulen. Doch was ist eine Zwei wert, wenn sie an einer Schule fast schon Standard ist und anderswo die Ausnahme? Noten sind gerade dabei, ihre Bedeutung zu verlieren. Und damit ihren einzigen Zweck: Vergleichbarkeit.

ZEIT FÜR EHRLICHKEIT

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt: Wir brauchen wieder mehr Mut zur Wahrheit. Niemandem ist geholfen, wenn schlechte Leistungen unter einem

Mantel aus „wohlwollender Pädagogik“ verschwinden. Schülerinnen und Schüler, die über ihre Schwächen im Unklaren gelassen werden, haben keine Chance, sie rechtzeitig anzugehen. Klartext reden bedeutet, jungen Menschen realistische Rückmeldungen zu geben – auch wenn das manchmal weh tut. Nur so können sie sich entwickeln.

Noten sind kein Selbstzweck, sondern ein Signal. Doch wenn dieses Signal immer grünes Licht zeigt, auch wenn die Grundlagen fehlen, führt das direkt in die Sackgasse. Deshalb müssen wir stärker auf Kompetenzen prüfen: Nicht das Auswendiglernen für die nächste Klassenarbeit darf im Mittelpunkt stehen, sondern das, was Schülerinnen und Schüler wirklich können – ob sie Probleme lösen, Texte verstehen, Rechenwege nachvollziehen.

Damit das gelingt, brauchen Schulen faire Rahmenbedingungen. Solange Schulen untereinander wegen PauSE-Faktoren um Köpfe konkurrieren, wird es immer einen Druck geben, die Noten nach oben zu schrauben. Schulen, die ehrlich bewerten, riskieren, im Wettbewerb schlechter dazustehen. Deshalb ist hier die Politik gefordert: Sie muss unterstützen und fordern, dass an allen Schulen realistisch und unabhängig beurteilt werden kann – ohne die Angst, „zu streng“ zu sein. Der viel diskutierte Ministererlass zur Ankündigungspflicht von Leistungsnachweisen zeigt, dass wir gerade in einer anderen Richtung unterwegs sind.

WER MOGELT, VERLIERT

Bildungspolitik mag glänzende Statistiken lieben – steigende Erfolgsquoten, sinkende Durchfallraten, immer bessere Abschlüsse. Auf dem Papier klingt das nach Fortschritt. Doch Papier ist geduldig. Die Realität in den Klassenzimmern, Ausbildungsbetrieben und Hörsälen lässt sich nicht dauerhaft kaschieren.

Denn am Ende zählt nicht, ob im Zeugnis eine Zwei steht. Entscheidend ist, ob die jungen Menschen in der Lage sind, nach der Schule zu bestehen: im Studium, in der Ausbildung, im Beruf und letztlich auch in der Gesellschaft.

Wir Lehrkräfte wissen: Zahlen können täuschen, Fähigkeiten nicht. Schöne Noten helfen kurzfristig vielleicht bei der Imagepflege. Doch langfristig schaden sie allen – den Schülerinnen und Schülern, den Betrieben, der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Deshalb gilt: Ehrliche Bewertungen sind keine Bremse, sondern ein Antrieb. Sie sind die Grundlage dafür, dass junge Menschen lernen, sich anzustrengen, Rückschläge auszuhalten und wirklich etwas zu können.

Schöne Zahlen beruhigen. Harte Realität befähigt.

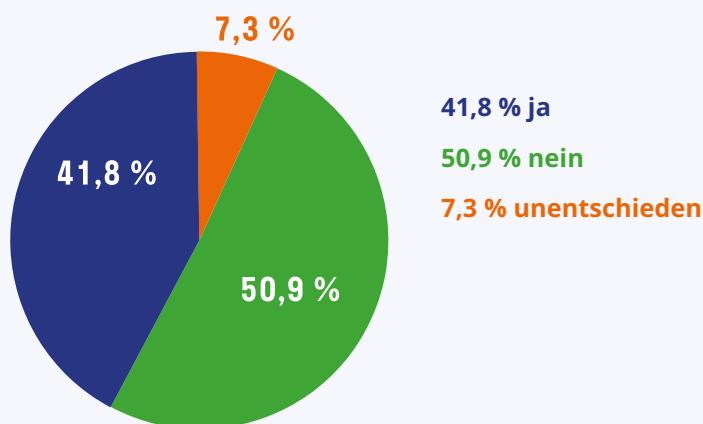
Mario Passannante

ZWISCHEN VERTRAUEN UND BEVORMUNDUNG: LEHRKRÄFTE UNEINS ÜBER VERBOT UNANGEKÜNDIGTER LEISTUNGSNACHWEISE

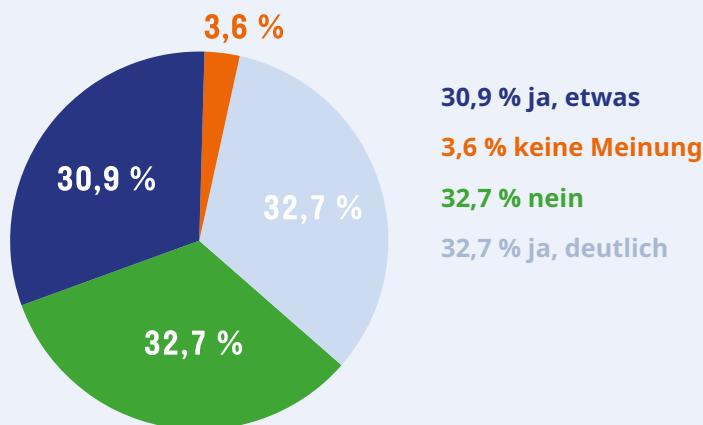
Ausgelöst durch das EPoS-Schreiben des Ministers Teubers zum Schuljahresanfang und dem parallelen Presseecho, bewegt ein Thema derzeit viele Lehrerzimmer: Sollten unangekündigte Leistungsnachweise verboten werden?

Eine Umfrage unter unseren Verbandsmitgliedern zeigt – die Meinungen klaffen weit auseinander. Während einige das Vorhaben des Bildungsministeriums als längst überfälligen Schritt hin zu einer moderneren, schülerorientierten Lernkultur begrüßen, sehen andere darin einen Eingriff in ihre pädagogische Freiheit – und ein Symbol wachsender Bevormundung durch die Politik.

1 | BEFÜRWORTEN SIE GRUNDSÄTZLICH EIN VERBOT UNANGEKÜNDIGTER LEISTUNGSNACHWEISE/TESTS?



2 | GLAUBEN SIE, DASS EIN VERBOT DIE STRESSBELASTUNG DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER VERRINGERN WÜRDE?



1 | KNAPPES NEIN ZUM VERBOT, ABER VIEL VERUNSICHERUNG

Eine knappe Mehrheit der Befragten lehnt ein grundsätzliches Verbot ab. Viele möchten die Möglichkeit behalten, unangekündigte Tests als pädagogisches Instrument weiterhin einsetzen zu können. „Ich hatte einen sehr schülerfreundlichen Modus, wie ich nicht offiziell angekündigte HÜs habe schreiben lassen. Leider soll ich das nun nicht mehr durchführen, was für meine SuS sicherlich kein Vorteil ist.“, schreibt eine Lehrkraft.

2 | STRESSREDUKTION: JA – ABER NICHT UM JEDEN PREIS

Zwei Drittel der Lehrkräfte glauben, dass ein Verbot die Stressbelastung der Schülerinnen und Schüler verringern würde, ein Drittel hingegen sieht keinen Effekt.

Die Diskussion ist also kein einfacher Konflikt zwischen „Strenge“ und „Nachsicht“, sondern spiegelt unterschiedliche Vorstellungen von pädagogischer Verantwortung wider.

3 | MOTIVATION BLEIBT EIN STREITPUNKT

Uneinigkeit zeigt sich auch bei der Frage, ob ein Verbot die Lernmotivation beeinflusst. Rund 38 Prozent erwarten negative Effekte, etwa ein Drittel glaubt, es ändere nichts – und ebenso viele hoffen auf eine positive Wirkung. Der Tenor: Pädagogik ist komplexer als ein einzelnes Verbot.

4 | EINGRIFF IN DIE PÄDAGOGISCHE FREIHEIT?

Mehr als die Hälfte der Befragten empfindet das Ministerschreiben als Einschränkung der pädagogischen Freiheit. Viele möchten die Möglichkeit behalten, unangekündigte Tests als pädagogisches Instrument situationsabhängig einsetzen zu können. „Ich habe dieses Mittel nur selten genutzt, aber ich will selbst entscheiden, wann es sinnvoll ist“, schreibt eine Lehrkraft.

5 | KOMMUNIKATION DES MINISTERIUMS FÄLLT DURCH

Am deutlichsten fällt das Urteil über die Kommunikation aus: Drei Viertel bewerten sie als schlecht oder sehr schlecht – ein klares Signal. Viele erfuhren über die Presse von der Maßnahme. „Das zeugt von mangelndem Respekt gegenüber den Lehrkräften“, so eine Lehrkraft.

Viele empfinden die Vorgehensweise als Ausdruck einer fehlenden Einbindung und Wertschätzung. Daher fordert der VLW, politische Entscheidungen, die den Unterricht unmittelbar betreffen, frühzeitig mit den gewählten Gremien wie dem Hauptpersonalrat abzustimmen und zu kommunizieren!

ZWISCHEN PÄDAGOGIK UND PRINZIPIEN

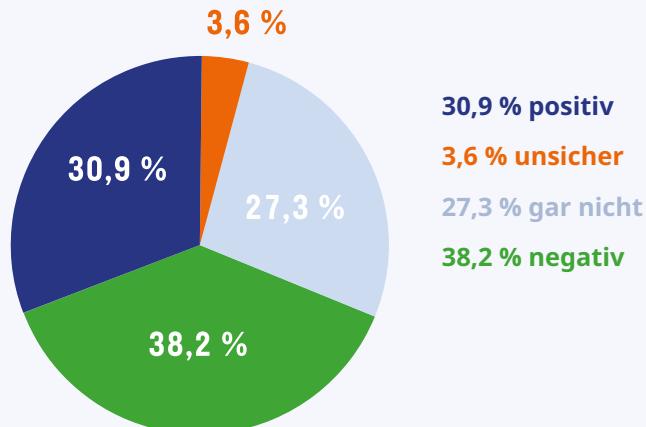
Die offenen Antworten zeigen, wie unterschiedlich Lehrkräfte ihre Rolle verstehen. Für die einen ist das Verbot ein Zeichen von Fortschritt: „Lehrkräfte sollen motivieren, nicht Druck ausüben – unangekündigte Tests gehören der Vergangenheit an.“ Andere sehen darin eine gefährliche Entwicklung: „Statt endlich wieder Leistung einzufordern, wird weiter weichgespült.“

Besonders im berufsbildenden Bereich wird betont, dass die Schulform und Lernvoraussetzungen entscheidend seien: Was in einer Berufsschulkasse unpassend wirkt, kann in anderen Schulformen durchaus pädagogisch begründet sein.

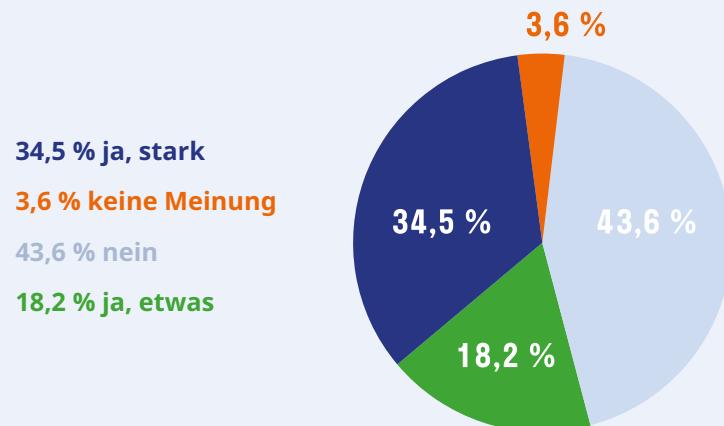
FAZIT: MEHR VERTRAUEN IN DIE PROFESSIONALITÄT DER LEHRKRÄFTE

Hinter der Debatte steckt mehr als die Frage nach Tests und Terminen. Sie steht exemplarisch für das Verhältnis zwischen pädagogischer Freiheit und politischer Steuerung. Die Umfrage zeigt: Lehrkräfte wünschen sich Vertrauen statt Vorgaben – und eine Bildungspolitik, die sie als Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe begreift!

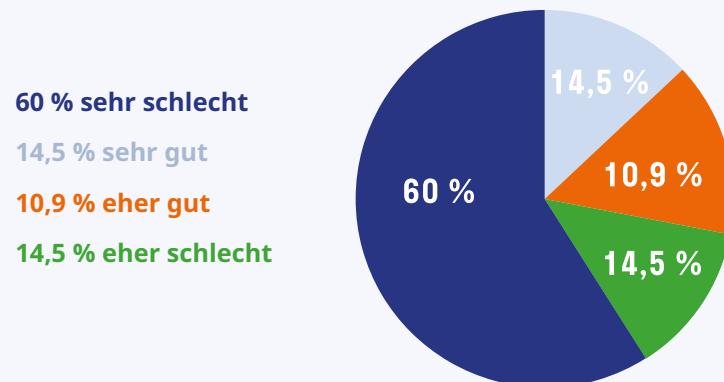
3 | DENKEN SIE, DASS EIN VERBOT DIE LERNMOTIVATION DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER BEEINFLUSSEN WÜRDE?



4 | FÜHLEN SIE SICH DURCH DEN BRIEF DES MINISTERS IN IHRER PÄDAGOGISCHEN FREIHEIT EINGESCHRÄNKT?



5 | WIE BEWERTEN SIE DIE KOMMUNIKATION UND EINBINDUNG DER LEHRKRÄFTE IN DIESER ANGELEGENHEIT?



VERBOT VON UNANGEKÜNDIGTEN HAUSAUFGABENÜBERPRÜFUNGEN

JA ODER NEIN?

JA



Maik Nöller

Aus pädagogischer Sicht, als Lehrer an einer berufsbildenden Schule, begrüße ich das geplante Verbot unangekündigter Hausaufgabenüberprüfungen ausdrücklich.

Bildung sollte Lernprozesse fördern, die Eigenverantwortung stärken und eine vertrauensvolle Basis zwischen Lehrkräften und Lernenden schaffen.

Unangekündigte Hausaufgabenüberprüfungen hingegen erzeugen bei vielen Schülerinnen und Schülern unnötigen Stress, der den handlungsorientierten und eigenverantwortlichen Lernzielen entgegenwirkt.

Gerade im berufsbildenden Bereich, wo unsere Auszubildenden häufig vielfältigen Belastungen aus Ausbildung, Praktika und Schule ausgesetzt werden, sind Zuverlässigkeit und Authentizität von besonderer Bedeutung.

Zu oft habe ich mitbekommen, dass Lernende verunsichert in den Unterricht gekommen sind, weil sie Sorge hatten, durch eine Hausaufgabenüberprüfung eine schlechte Note zu erhalten.

Durch die Planbarkeit, wann und wie Leistungen abgefragt werden, können sich die Auszubildenden ge-

zielter vorbereiten und ihr Lernen besser strukturieren. Die angekündigte Kontrolle des Unterrichtsstoffes ist daher nicht weniger wirksam, sondern im Gegenteil sogar pädagogisch nachhaltiger, besonders unter dem Gesichtspunkt, dass unangekündigte Hausaufgabenüberprüfungen oft als Druckmittel zur Verbesserung eines suboptimalen Mitarbeitsverhaltens und zur Be seitigung von Aufmerksamkeitsdefiziten im Unterricht eingesetzt werden.

Hier sollten eher zeitgemäße pädagogische Konzepte eingesetzt werden, um eine reizvolle Lernatmosphäre mit nachhaltiger Motivation zu schaffen.

Deswegen plädiere ich für einen respektvollen Umgang mit Lernzeit und Leistungsbewertung. Unsere Hausaufgaben sollten der Vertiefung des erlernten Unterrichtsstoffes dienen und nicht der spontanen Überprüfung.

Somit fördert das geplante Verbot eine Lernkultur, welche auf Vertrauen und Lernmotivation basiert. Dies sind Werte, die dem modernen Bildungsverständnis entsprechen und die innovative Lehrkräfte in ihrer pädagogischen Verantwortung absolut unterstützen.



NEIN

Michael Schmidt

Mit dem neuen Erlass des Bildungsministeriums, unangekündigte Leistungsüberprüfungen an rheinland-pfälzischen Schulen zu untersagen, ist eine pädagogisch fragwürdige Entscheidung getroffen worden, die die Arbeit der Lehrkräfte erheblich einschränkt.

Natürlich verstehe ich, dass Schülerinnen und Schüler durch unerwartete Tests Stress empfinden können. Doch Schule ist nicht nur ein Schonraum, sondern auch ein Ort der Vorbereitung auf das Leben – und dieses hält nun einmal Unvorhergesehenes bereit. Wenn wir jungen Menschen jegliche Konfrontation mit Überraschungsmomenten nehmen, erziehen wir sie nicht zu belastbaren Persönlichkeiten, sondern zu Menschen, die auf jede Abweichung vom Plan mit Unsicherheit reagieren.

Es ist zudem ein Trugschluss zu glauben, dass Angst und Stress ausschließlich durch unangekündigte Tests entstehen. Wie Studien zeigen, sind die Ursachen viel komplexer: gesellschaftlicher Druck, familiäre Probleme, Leistungsdruck in sozialen Medien oder persönliche Krisen. Das bloße Verbot von „Blatt raus, Test!“ löst diese Probleme nicht. Im Gegenteil: Es nimmt uns Lehrkräften ein wichtiges Instrument, Lernprozesse kontinuierlich und authentisch zu überprüfen.

Gerade kleine, unangekündigte Tests bieten die Chance, Lernstoff regelmäßig abzufragen, ohne dass dies zu einem großen Leistungsdruck führt. Sie verhindern das so genannte „Bulimie-Lernen“, bei dem Schüler Wissen nur für eine angekündigte Klassenarbeit auswendig lernen und anschließend sofort wieder vergessen. Wer weiß, dass auch zwischendurch Vokabeltests oder kurze Abfragen möglich sind, wird dauerhaft am Ball bleiben. So fördert man Nachhaltigkeit im Lernen – nicht durch starre Vorankündigungen.

Hinzu kommt, dass dieser Erlass die pädagogische Freiheit massiv beschneidet. Lehrkräfte wissen am besten, wann es sinnvoll ist, das Wissen der Klasse spontan zu überprüfen – sei es nach einer besonders wichtigen Unterrichtseinheit oder um die Lernatmosphäre wieder zu fokussieren. Dass nun ein Verbot von oben kommt, zeugt von mangelndem Vertrauen in unsere Professionalität.

Selbstverständlich sollen Leistungserhebungen transparent und fair gestaltet sein. Aber Transparenz darf nicht mit Vorhersehbarkeit gleichgesetzt werden. Ein angekündigter Test ist planbar – ein unangekündigter dagegen spiegelt den tatsächlichen Lernstand wider. Für uns Lehrkräfte ist beides unverzichtbar, wenn wir ein realistisches Bild vom Leistungsvermögen unserer Schülerinnen und Schüler erhalten wollen.

Das Bildungsministerium betont, man wolle eine „Kultur des Feedbacks“ fördern. Doch genau dazu sind auch spontane Tests geeignet: Sie zeigen Schülern unmittelbar, wo sie stehen, und ermöglichen uns, darauf zu reagieren. Wer diese Möglichkeit verbietet, nimmt der Schule ein wichtiges Werkzeug, um Lernprozesse flexibel und individuell zu steuern.

Schule braucht beides – angekündigte Arbeiten, die planbar und belastbar sind, und unangekündigte Tests, die kontinuierliches Lernen sichern. Einseitige Verbote engen ein und nehmen uns die Freiheit, pädagogisch verantwortungsvoll und situationsgerecht zu handeln. Daher fordere ich: Vertrauen wir den Lehrkräften und lassen wir ihnen die Entscheidung, welche Form der Leistungsüberprüfung im jeweiligen Kontext am sinnvollsten ist.



PRÜFEN IM ZEITALTER VON KI – WIE BLEIBT LEISTUNG MESSBAR?

„Frau Müller, darf ich ChatGPT für meine Präsentation nutzen?“ – Fragen wie diese gehören für viele Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen längst zum Alltag. Künstliche Intelligenz ist aus dem Schulgeschehen kaum noch wegzudenken: Bewerbungen, Matheaufgaben oder Geschäftsbriebe entstehen mit wenigen Klicks. Für Lehrerinnen und Lehrer stellt sich damit eine zentrale Frage: Wie lassen sich Leistungen noch fair bewerten, wenn digitale Assistenten jederzeit mitarbeiten können?“

WENN DAS ENDPRODUKT NICHT MEHR REICHT

Viele klassische Prüfungsformen geraten durch KI ins Wanken. Hausarbeiten, Präsentationen oder Projektplakate lassen sich heute in kürzester Zeit und oft makellos erstellen – so perfekt, dass kaum noch erkennbar ist, was tatsächlich von den Schülerinnen und Schülern stammt. Lehrkräfte bewerten in der Regel das fertige Ergebnis, nicht aber den Weg dorthin. Genau das wird nun zum Problem. Es braucht ein Umdenken: Weg vom Produkt, hin zu den Kompetenzen, die hinter der Leistung stehen.

KOMPETENZORIENTIERUNG STATT PRODUKTBEWERTUNG

Im Zeitalter der künstlichen Intelligenz verschiebt sich der Fokus. Entscheidend ist nicht mehr allein, was Lernende abgeben, sondern wie sie mit Aufgaben und Werkzeugen umgehen. Gefragt sind Problemlösefähigkeit, Transferkompetenz und Reflexionsvermögen – also die Fähigkeit, eigene Lösungswege zu entwickeln, Wissen auf neue Situationen anzuwenden und KI-Ergebnisse kritisch zu hinterfragen. So bleibt sichtbar, was Lernende wirklich verstanden haben, auch wenn KI sie unterstützt.

NEUE PRÜFUNGSFORMEN AUS DER PRAXIS

Wie kann das konkret aussehen? Einige Schulen experimentieren bereits mit alternativen Prüfungsformaten. In mündlichen Prüfungen etwa lassen sich Verständnisfragen gezielt einsetzen: Wenn ein Schüler einen von ChatGPT erstellten Text vorträgt, kann eine einfache Nachfrage – etwa nach der gewählten Zeitform – schnell zeigen, ob er die Grammatik tatsächlich beherrscht.

Auch Prozessdokumentationen gewinnen an Bedeutung. Lernende halten ihre Zwischenschritte fest, erklären, welche Ideen sie verworfen und welche Vorschläge der KI sie übernommen haben – und warum. Bewertet wird nicht nur das Ergebnis, sondern der gesamte Lernweg.

In anderen Fächern wird KI bewusst als Werkzeug eingesetzt. So können Schülerinnen und Schüler in einer Wirtschaftsinformatik-Klausur etwa KI-Ergebnisse analysieren, Fehler benennen und eigene Ergänzungen formulieren. Selbst die klassische Klausur behält ihren Platz, zum Beispiel im Rechnungswesen, wenn es um grundlegende Fertigkeiten wie Zinsberechnungen geht.

LEHRKRÄFTE ALS PRÜFUNGSENTWICKLER UND KI-COACHES

Die Anforderungen an Lehrkräfte steigen damit deutlich. Sie müssen Prüfungen neu denken, Aufgaben entwickeln, die individuelle Kompetenzen sichtbar machen, und gleichzeitig ihre eigene KI-Kompetenz ausbauen. Denn nur wer selbst die Chancen und Risiken der neuen Technologien versteht, kann Lernende sinnvoll begleiten. Dafür braucht es Zeit, rechtliche Klarheit, Fortbildungen und einen zeitgemäßen Vorbereitungsdienst.

FAIR PRÜFEN IN EINER DIGITALEN WELT

Prüfungen bleiben auch in Zeiten von KI möglich, wenn sie an die Realität angepasst werden. Entscheidend ist, Aufgaben so zu gestalten, dass sie sich nicht vollstän-

dig automatisieren lassen. Reflexion und Begründung müssen stärker gewichtet werden als das reine Ergebnis. Analoge, digitale und mündliche Elemente sollten kombiniert werden, um eine faire und transparente Leistungsbewertung sicherzustellen.

So kann Schule Schritt halten mit der digitalen Entwicklung – und Leistung bleibt auch in Zukunft messbar, nachvollziehbar und gerecht.

Mario Passannante

KOMMENTAR:

MENSCHEN VERSCHLINGENDE SCHULE?

Liebe Leserin, lieber Leser,
am Beginn dieser Zeilen sollen zwei
Zitate großer Männer stehen:

„Nach so vielen furchtbaren Gewalten, denen man unterworfen war, (...), nach allen diesen Gewalten geriet nun Diederich unter eine noch furchtbarere, den Menschen auf einmal ganz verschlingende: die Schule.“

*Heinrich Mann,
Der Untertan, 1.Kapitel*

„Nicht weniger Leistung, sondern das Entfalten, Fördern und Entwickeln von Potenzialen zu Kompetenzen ist unser Ziel – nicht durch Druck, sondern durch gute Vorbereitungsmöglichkeiten. Die Ergebnisse aus dem Schulbarometer 2025, Auswertungen der Wissenschaft und Gespräche mit der Bildungsfamilie zeigen: Immer mehr Kinder und Jugendliche empfinden Schule als Raum des Unwohlseins. Dem wollen wir mit mehr Beziehungsarbeit, Freude am Lernen sowie zeitgemäßen Feedback- und Prüfungskulturen begegnen“

Bildungsminister Sven Teuber



Wer möchte schon eine den Menschen verschlingende Schule? Dies meint wohl auch unser Bildungsminister Sven Teuber und stellt uns eine neue Schule vor: Mehr Beziehungsarbeit, Freude am Lernen und zeitgemäße Feedback- und Prüfungskulturen. Gleichzeitig – ohne Anhörung der zuständigen Personalräte – untersagte er unangekündigte Überprüfungen von Hausaufgaben – am ersten Tag des neuen Schuljahres.

Man kann gespannt sein, was die Ausbildungsbetriebe in unserem Land davon halten, mit „mehr Beziehungsarbeit, Freude am Lernen

(in den Betrieben?) und zeitgemäßen Feedback- und Prüfungskulturen“ die Vorbereitung ihrer Auszubildenden auf die Arbeitswelt zu verbessern. Wenn schon in den Schulen der Leistungsaspekt oder die wichtige Rückmeldungsfunktion von Noten nur noch eine eingeschränkte Rolle spielen sollen, werden das doch die ausbildenden Betriebe oder die Hochschulen gerne nachvollziehen, oder? Auch die Lehrkräfte an unseren Schulen freuen sich: Statt aufwendiger Korrekturen KI-generierter Hausaufgaben gibt es in Zukunft eben mehr Feedback-Gespräche und andere (?) Prüfungskulturen.

Niemand möchte eine Rückkehr zum Schulsystem, das Heinrich Mann so schön beschrieb; aber vielleicht sollte man sich fragen, ob eine Kuschelschule ihre Kernaufgabe – die Schülerinnen und Schüler auf das Leben und die Arbeitswelt vorzubereiten – noch erfüllen kann. Dabei helfen könnte auch ein stärkerer Einblick in die Lebens- und Arbeitswelt. Das gilt auch für Bildungsminister.

Michael Lutz

PUNKTEKONTO STATT PUNKTABZUG: EIN PRAXISBEISPIEL, WIE LERNPROZESSE FAIRER BEWERTET WERDEN KÖNNEN

Hausaufgaben, Übungen, Reflexionen – vieles, was Lernen trägt, taucht in Noten nur am Rand auf. Ein Punktekonto macht diese Prozesse sichtbar, steuert Motivation und stärkt Gerechtigkeit. Ein Beispiel: praxistauglich, rechtskonform und digital.

WARUM EIN PUNKTEKONTO?

Leistungsbewertung fokussiert oft auf Klassenarbeiten und Prüfungen – also auf Produkte. Was Lernende davor und danach tun (trainieren, verbessern, reflektieren), bleibt unsichtbar und wird meist nicht gewürdig. Ein Punktekonto für Schülerinnen und Schüler ergänzt die Produktnote systematisch um Prozessleistungen: Es honoriert regelmäßige Arbeit, fördert eigenverantwort-

„Das Punktekonto ist kein Bonus, sondern ein pädagogischer Tacho für Lernentwicklung.“

WAS IST EIN PUNKTEKONTO ALLGEMEIN?

Das Punktekonto ist ein klar geregeltes Punktesystem pro Halbjahr, in dem Schülerinnen und Schüler für definierte Lernhandlungen Punkte sammeln – transparent, kriterienorientiert und mit Einsicht in den eigenen Stand.

Die maximale Punktzahl beträgt 100; sie wird nach einem linearen Notenschlüssel in die Halbjahresnote umgerechnet. Der Autor gewichtet diese Leistung mit dem 1,5fachen einer Klassenarbeit.

Die Punkte werden je nach Aufgabentyp vergeben. Diese lassen sich grob in vier Aufgabenkategorien einteilen. Aufbauend auf Basisaufgaben, mit denen maximal ca. achtzig Prozent des Punktekontos erreicht werden können, gibt es zusätzliche Aufgabentypen. Hier die vier Aufgabenkategorien mit Beispielen:

Name	Gewichtungen	Beste Bewertung
□ HBF WI25, LF2 (Flory)		
□ Punkte 1. Halbjahr (HJ1)	□ 51,034 %	
□ AUFGABE □ HJ1: 19.08.2025 Hausaufgabe Zeitmanagement (4 P)	□ 1,061 %	4,00

Aufgaben werden direkt über Punkte bewertet und der Kategorie „Punktekonto 1. Halbjahr“ zugeordnet. Über die Funktion „Summe“ werden alle erreichten Punkte automatisch addiert.

liches Arbeiten, bildet Planungskompetenz und gibt Lehrkräften präzisere Einblicke in Lernstände. Kurz: Die Perspektive verschiebt sich von der Bewertung einzelner Ergebnisse zur Begleitung von Lernwegen.

1. Basis: Übungen im Unterricht und Hausaufgaben.
2. Vertiefung (zusätzlich): zusätzliche Trainingsaufgaben, Prüfungsvorbereitung, digitale Lernspiele.
3. Reflexion (zusätzlich): Klassenarbeitsreflexionen.
4. Transfer/Beteiligung (zusätzlich): Erklärvideos, Hausarbeiten, Kurzvorträge, Lernprodukte für die Klasse.



WIE LÄSST SICH EIN PUNKTEKONTO DIGITALISIEREN?

Zu Beginn wurde das Punktekonto als Liste und Portfoliomappe der Schülerinnen und Schüler geführt. Das war ein erheblicher Aufwand für Bewertung und Auswertung. Auch für die Schülerinnen und Schüler war der Stand intransparent und durch Papierverwaltung geprägt.

Hier bietet sich die Lernplattform Moodle an. Ein digitales Punktekonto lässt sich über „Setup für Bewertungen“ konfigurieren.

Durch die individuelle Anmeldung und Abrufmöglichkeit in der Lernplattform Moodle wird auch der Datenschutz (DSGVO/Landesrecht) konsequent beachtet.

FAZIT

Ein Punktekonto ersetzt keine Leistungs-erhebungen – es ergänzt sie pädagogisch sinnvoll. Durch die Digitalisierung wird es transparent und reduziert die Verwaltung. Es macht Lernarbeit sichtbar, fördert Selbststeuerung und stärkt Gerechtigkeit in der Notengebung – abseits von Hausaufgaben-überprüfungen.

Christian Flory

Die Schülerinnen und Schüler sehen nun in Echtzeit über „Bewertungen“ ihren aktuellen Punktestand – ganz ohne Rückfragen bei der Lehrkraft. Auch die Lehrkraft sieht auf einen Blick den aktuellen Stand und kann die Lernentwicklung pädagogisch steuern. Dabei hilft auch kurzes, individuelles Feedback zu jeder Aufgabe, das z. B. für die Vorbereitung auf die Klassenarbeit jederzeit online wieder abrufbar ist.



ZUR PERSON

Christian Flory ist Ansprechpartner des VLW für Schul- und Bildungspolitik und Mitglied der gleichnamigen Fachkommission im Bundesverband BvLB.

Er unterrichtet die Fächer Wirtschaft und Informatik an der BBS Südliche Weinstraße u. a. in den Schulformen Berufsschule und Höhere Berufsfachschule (HBF).

WAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ:



WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026

Im Vorfeld der Landtagswahl 2026 hat der VLW fünf im Landtag vertretenen Parteien Wahlprüfsteine zu zentralen bildungs- und berufspolitischen Themen vorgelegt. Die Fragen betreffen unter anderem Besoldung, Arbeitsbedingungen, Lehrkräftemangel und die Zukunft der berufsbildenden Schulen.

Die Antworten von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen sind nachfolgend in vergleichender Form dargestellt. Leider lagen uns die Antworten von FDP und Freien Wählern nicht rechtzeitig vor. Redaktionsschluss vor. Der VLW nimmt keine inhaltliche Bewertung vor, sondern möchte mit dieser Zusammenstellung zur sachlichen Information und Meinungsbildung im Vorfeld der Wahl beitragen.

GEWERKSCHAFTLICHE THEMEN

BEAMTENSTATUS

Der Deutsche Lehrerverband warnt davor, Lehrkräfte künftig nicht mehr zu verbeamtten. Die Verbeamtung sichert die Unterrichtsversorgung, da verbeamtete Lehrkräfte kein Streikrecht haben. Außerdem macht sie den Lehrberuf attraktiv, gewährt die Verfassungstreue der unterrichtenden Lehrkräfte und ist nach vorherrschender Meinung auch günstiger als eine Nichtverbeamtung.

Wie ist Ihre Position zur Frage des Beamtenstatus für die Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz?

SPD ► Ein starker, handlungsfähiger Staat, der Krisen trotzt, ist wichtiger als je zuvor. Dazu steuern die Beamteninnen und Beamten einen großen Teil bei. Statt die Zahl der Beamteninnen und Beamten grundlegend abzubauen, wollen wir ihnen vielmehr Wertschätzung und Respekt entgegenbringen. Wir sind klar gegen einen flächendeckenden Abbau des Beamtenpersonals, insbesondere Lehrkräfte sollten den Beamtenstatus behalten. Aus unserer Sicht sind selbstbewusste, gut ausgebildete und verfassungstreue Beamteninnen und Beamte wichtig, um den Beeinflussungen von jedweden politisch extremistischen Strömungen standzuhalten, mit denen diese Kräfte gegebenenfalls den Unterricht an Schulen beeinflussen wollen.

CDU ► Die CDU-Landtagsfraktion RLP steht zur Verbeamtung von Lehrkräften in Rheinland-Pfalz. Sie erhöht die Verlässlichkeit, stabilisiert die Unterrichtsversorgung und verhindert Abwanderung in andere Länder. Als Beamte tragen Lehrkräfte eine besondere Verantwortung, da sie ihre Aufgaben unparteiisch, uneigennützig und zu Wohle der Allgemeinheit verrichten.

Im Gegenzug sorgen wir für gute Rahmenbedingungen: Bürokratieabbau, moderne Ausstattung, multiprofessionelle Teams und klare Laufbahnperspektiven. Verbeamtung ist für uns kein Selbstzweck, sondern Teil eines Gesamtpakets aus fairer Besoldung, Entlastung der Schulen und Stärkung der Schulautonomie. Ziel ist eine starke, verlässliche Schule mit motivierten Lehrkräften.

WAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ:

GRÜNE► Auch wir als GRÜNE stehen hinter dem Beamtenstatus für unsere Lehrkräfte. Allerdings wollen auch wir unsere Lehrkräfte gerechter vergüten. Die Arbeitsbelastung variiert auch innerhalb

eines Kollegiums. Klassenleitungen oder auch korrekturintensive Fächer erhöhen die Arbeitsbelastung und sollten sich entsprechend finanziell niederschlagen.

TARIFRUNDE 2025

Die Gewerkschaften streben eine spürbare Erhöhung der Einkommen der Landesbeschäftigte an, um die Lücke zum öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen zu schließen. Des Weiteren fordert der dbb die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Wie ist Ihre Position zu diesen Forderungen der Gewerkschaftsseite?

SPD► Es ist gute geübte Praxis, dass wir als SPD nicht die Positionen von Tarifparteien bewerten, insbesondere nicht, wenn diese sich in oder vor einer Tarifauseinandersetzung befinden. Nach Abschluss eines Tarifvertrags ist es Aufgabe der Regierungsfraktion zu beraten und zu entscheiden, ob das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Gerne betonen wir an der Stelle: In der Vergangenheit – insbesondere zu Zeiten der SPD-geführten Landesregierung – konnten die Tarifergebnisse in Rheinland-Pfalz glücklicherweise übertragen werden.

CDU► Die CDU-Landtagsfraktion RLP befürwortet eine angemessene und wettbewerbsfähige Bezahlung im Landesdienst. Wir setzen uns dafür ein, dass tarifliche Einkommenssteigerungen grundsätzlich auch auf die Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger übertragen werden – unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten des Landes und mit dem Ziel, die Attraktivität des öffentlichen

Dienstes dauerhaft zu gewährleisten. Für uns ist entscheidend, die Einkommensunterschiede zwischen Bund und Kommunen zu reduzieren und die Leistung sowie besondere Verantwortung Landesbeschäftigter explizit anzuerkennen. Zugeleich setzen wir auf Entlastung im Alltag durch weniger Bürokratie, multiprofessionelle Unterstützung sowie eine verlässliche digitale Infrastruktur.

GRÜNE► Wir unterstützen die Forderung nach spürbaren Einkommensverbesserungen für Landesbeschäftigte und setzen uns dafür ein, dass Tarifergebnisse ohne Abstriche zeit- und inhaltsgleich auf Beamtinnen und Versorgungsempfängerinnen übertragen werden. Bereits in der Vergangenheit hat das Land Rheinland-Pfalz die Tarifeinigung für die Angestellten eins zu eins auf Beamtinnen und Beamte übertragen und damit ein Zeichen der Wertschätzung gesetzt. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen.

LEHRKRÄFTEBESOLDUNG

In der jüngsten Zeit werden Forderungen laut, für alle Grundschullehrkräfte eine Besoldung in der Stufe A13 einzuführen. Dies würde das Besoldungsgefüge erheblich beeinflussen, denkt man daran, dass Berufsbildner im Regelfall ein Jahr länger studieren und ein Praxisjahr vor Aufnahme ihrer Lehrtätigkeit nachweisen müssen. Aus dieser Zeit resultiert eine finanzielle Einbuße von ca. 150.000 bis 160.000 Euro. Deshalb fordern wir als Eingangsamt für Lehrkräfte im Höheren Dienst die Besoldungsstufe A14.

Wie stehen Sie zu diesen Forderungen?

SPD ► Eine angemessene Besoldung ist neben guten Arbeitsbedingungen eine Form der Wertschätzung, die all unsere Lehrkräfte verdienen. Deshalb können wir die Diskussion um die Erhöhung der Besoldungsstufe für Grundschullehrkräfte auch nachvollziehen. In der Diskussion müssen viele weitere Aspekte beachtet werden, etwa das Abstandsgebot, Funktionsstellen, Beförderungsstrukturen aber natürlich auch die finanziellen Möglichkeiten des Landes. Sollte sich der Haushaltsgesetzgeber für eine Anhebung der Besoldungsstufe von Grundschullehrkräften entscheiden, könnte dies auch ein Anlass sein, die Reform der Studiengänge in den Blick zu nehmen. Klar ist für uns zugleich, dass wir keine Schularten gegeneinander ausspielen wollen, denn Lehrkräfte überall im Land leisten hervorragende Arbeit, die gleichermaßen wichtig ist. Und nur gemeinsam können wir unser Schulsystem auch strukturell weiterentwickeln.

CDU ► Die CDU-Landtagsfraktion RLP setzt sich für A13 als Eingangsbesoldung der Grundschullehrkräfte ein – schrittweise, verlässlich und finanziell abgesichert. Das stärkt Anerkennung, Wettbewerbsfähigkeit und Nachwuchsgewinnung. Zu-

gleich achten wir auf ein stimmiges Besoldungsgefüge: Besondere Verantwortung, Leitung und Fachlichkeit werden über Funktionsstellen, Erfahrungsstufen und leistungsbezogene Instrumente gezielt bis A14 honoriert.

Für BBS-Lehrkräfte mit besonderen Praxis- und Qualifikationsanforderungen schaffen wir klare Aufstiegs- und Zulagenwege. Unser Ansatz verbindet Gerechtigkeit und Systemlogik: eine starke Basis durch A13, transparente Wege nach oben und verlässliche Perspektiven für alle Lehrämter. So belohnen wir Leistung und halten Schulen handlungsfähig.

GRÜNE ► Wir stehen hinter der Forderung nach einem einheitlichen Einstiegsgehalt für alle Lehrämter. Grundschullehrkräfte legen die Grundlage für den weiteren Bildungsverlauf unserer Kinder und sind ebenso wie alle anderen Lehrkräfte enorm gefordert. Dementsprechend ist ein einheitliches Einstiegsgehalt längst überfällig und unterstreicht aus unserer Sicht die Gleichwertigkeit aller Lehrämter. Auch die Lehramtsausbildung wollen wir reformieren und die Studiendauer angeleichen.

ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte sind mitentscheidend für den Entschluss, in den Schuldienst einzutreten. Immer noch sind u.a. zu große Klassen, eine immer heterogenere Schülerschaft und steigender Bürokratieaufwand nicht dazu geeignet, die Lehrkräfte für den pädagogischen Teil ihrer Arbeit zu entlasten und nicht zuletzt mehr Bewerberinnen und Bewerber für die Lehrtätigkeit an den BBS zu finden.

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte, insbesondere an den Berufsbildenden Schulen des Landes, planen Sie?

SPD ► Um gute Arbeit leisten zu können, brauchen Lehrkräfte auch gute Arbeitsbedingungen. Eine gute personelle Versorgung und eine angemessene Ausstattung sind dafür grundlegend. Deshalb nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung und von KI: Das digitale Bücherregal, der Schulchat, die kostenfreie Bereitstellung der KI-Plattform Fobizz, AI4Teachers oder der digitale Lehrkäfearbeitsplatz zeigen, wie modern Lehren und Lernen in Rheinland-Pfalz ist. Mit dem weiteren Ausbau

multiprofessioneller Teams in Schulen und der Möglichkeit zur Beauftragung externer Spezialisten haben wir mit der Weiterentwicklung des EvA-Budgets stellen wir den Lehrkräften wachsende Unterstützernetzwerke zur Seite. Und wir nehmen auch schulorganisatorische und administrative Prozesse in den Blick; ein gutes Beispiel ist die kostenfreie Bereitstellung der Anwendung Klassengeld. Wir prüfen permanent weitere Schritte. Wo möglich schaffen wir also Entlastung und bieten

WAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ:

Schulen und Lehrkräften wirksame Unterstützungs möglichkeiten. Die bestehenden Angebote wollen wir in der Bekanntheit stärken und gezielt Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, damit noch mehr Schulen und Lehrkräfte profitieren können.

CDU ▶ Die CDU-Landtagsfraktion RLP setzt sich für praxisnahe und moderne BBSn ein. Wir fordern zusätzliche Verwaltungs kräfte und multiprofessionelle Teams zur Entlastung der Lehrkräfte sowie eine Unterrichtsversorgung von mindestens 105 Prozent. Im Zentrum steht die Förderung der Schulautonomie: Berufsbildende Schulen sollen größere Entscheidungsspielräume bei Organisation, Personal und Unterrichtsgestaltung erhalten. Dies ermöglicht ihnen, flexibel auf technologische und wirtschaftliche Entwicklungen zu reagieren, sowohl den Lehrkräfteeinsatz als auch die Curricula gezielt anzupassen und Kooperationen mit Betrieben vor Ort zu stärken, um die Ausbildungsqualität zu steigern.

Die technische Ausstattung der BBSn muss kontinuierlich an die aktuellen Standards und Entwicklungen der Wirtschaft

angepasst werden und Lehrkräfte entsprechend kontinuierlich weitergebildet werden, damit praxisnahe und zukunfts fähige Ausbildung gesichert bleibt.

GRÜNE ▶ Zunächst einmal wollen die Lehrkräfteausbildung reformieren und auf diese Weise angehende Lehrkräfte sehr viel besser auf die aktuellen Herausforderungen vorbereiten. Vor diesem Hintergrund streben wir einen Stufenlehramt an sowie die deutlich engere Verzahnung zwischen Studium und Praxis. Aus unserer Sicht müssen Lehramtsanwärter:innen schon sehr viel früher und sehr viel mehr Praxis erfahrungen an Schulen sammeln. Davon profitieren auch die Schulen und Kollegien.

Des Weiteren werden wir die Lehrpläne kräftig entschlacken und auf diese Weise den Lehrkräften deutlich mehr Zeit verschaffen, um sich tatsächlich den individuellen Bedürfnissen ihrer Schüler widmen zu können. Auch sollten sich Lehrkräfte wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können, dementsprechend werden wir sie von Verwaltungsaufgaben und Bürokratie entlasten.

BILDUNGSPOLITISCHE THEMEN

LEISTUNGSKULTUR

In der jüngsten Vergangenheit geraten Fragen der Benotung von schülerischen Leistungen und deren Überprüfung wieder mehr in den Vordergrund der pädagogischen Diskussion. Unsere Schülerinnen und Schüler an der Berufsschule müssen sich bundeseinheitlichen Prüfungen unterziehen, an deren Abschluss eine Note festgestellt wird. Diese Note stellt für die Betriebe ein wesentliches Einstellungskriterium dar.

Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zu Fragen der Benotung und der Leistungsüberprüfung an den BBSn?

SPD ▶ Leistungsbewertung ist eine wichtige und zentrale Aufgabe von Schule, die insbesondere eine Vergleichbarkeit schafft. Über allem steht jedoch die Frage, wie der Fachkräftebedarf der Zukunft gedeckt werden kann. Noten allein sind daher nicht ausreichend, vielmehr müssen

wir uns auf die Leistungs- und Kompetenzentwicklung der Jugendlichen fokussieren. Deshalb brauchen wir eine neue Lern- und Prüfungskultur, die sich der veränderten Lebensrealität anpasst. Gerade im berufsbildenden Bereich und der sich wandelnden Arbeitswelt ist das selbstständige,

kreative und eigenverantwortliche Lernen und Handeln von jungen Menschen eine Kernkompetenz, die wir fördern müssen.

CDU ► Die Benotung und Leistungsüberprüfung an berufsbildenden Schulen ist ein zentrales Element zur Sicherstellung von Ausbildungsqualität und Vergleichbarkeit. Die bundesweit einheitlichen Prüfungen haben eine entscheidende Bedeutung für die Berufsperspektiven unserer Schülerinnen und Schüler. Sie schaffen Transparenz und sind objektives Auswahlkriterium im Bewerbungsprozess.

Als CDU-Landtagsfraktion RLP stehen wir für eine klare Leistungskultur basierend auf dem Prinzip von Fördern und Fordern. Transparente Notengebung, einheitliche Prüfungen, regelmäßige Lernstandserhebungen und verbindliche Bildungsstandards sichern Vergleichbarkeit und Bildungsstandards – von Anfang an.

Gleichzeitig lassen wir pädagogische Spielräume: moderne Unterrichtsformen, Praxisnähe und individuelle Förderung. Neue Prüfungsformate müssen gemeinsam entwickelt werden und die Autonomie über das Format liegt bei den Lehr-

kräften. Wir stärken Basiskompetenzen als Grundlage für Zukunftskompetenzen und unterstützen Lehrkräfte durch Entlastung und Fortbildung.

GRÜNE ► Unabhängig von den bundeseinheitlichen Abschluss- und Zwischenprüfungen gibt es im Rahmen der sonstigen Leistungsnachweise noch viel Optimierungsbedarf. Aus unserer Sicht ist den Berufsschülern mehr damit gedient, wenn aus ihren aktuellen Wissensständen auch konkrete Konsequenzen für den weiteren Unterricht folgen. Stattdessen machen wir uns für datengestütztes Lehren und Lernen stark sowie kreative und schülerspezifische Prüfungsformate, die dabei helfen, dass die Schüler tatsächlich zeigen, was sie können. Statt einfacher Noten brauchen wir eine konstruktive Feedbackkultur, die den Schülern aufzeigt, wo sie Fortschritte gemacht haben, aber auch an welchen Stellen noch gemeinsam gearbeitet werden muss. Eine solche Prüfungskultur steigert die Motivation und begleitet die Schüler engmaschiger und effizienter bis zum erfolgreichen Abschluss der bundeseinheitlichen Prüfungen.

ERHALT VON BBSN UND KLEINEREN FACHKLASSEN

Das Vorhalten von Bildungsangeboten an den Berufsschulen steht in einem engen Zusammenhang mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz führte das in der Vergangenheit dazu, dass – bei insgesamt nachlassenden Schülerzahlen - ganze Ausbildungsangebote in der Fläche verschwanden.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass ein vielfältiges Angebot an Fachklassen, insbesondere in den Fachschulen und Berufsoberschulen, in der Fläche erhalten werden kann?

SPD ► Die Arbeits- und Berufswelt steht vor großen Herausforderungen, die sich auch in beruflichen Anforderungen und neuen Berufsfeldern widerspiegeln. Gemeinsam mit den Berufsschulen gestalten wir den Wandel aktiv. Dabei wissen die Schulen am besten, was sie vor Ort benötigen, um attraktiv zu sein. Das Projekt Eigenverantwortliches Arbeiten an berufsbildenden Schulen geht hier den richtigen Weg und gibt ihnen mehr pädagogische, organisatorische, finanzielle und personelle Verantwortung. Gleichzeitig nutzen wir die Chancen der Digitalisierung, etwa durch Blended-Learning-Angebote, die eine sinnvolle Ergänzung zum Angebot vor Ort sein können. Denn ein Angebot in der Fläche ist letztlich auch eine Frage der

Bildungsgerechtigkeit und gleichwertiger Lebensverhältnisse.

CDU ► Ein breitgefächertes Fachklassenangebot ist entscheidend für die Chancengleichheit und die regionale Attraktivität der beruflichen Bildung – insbesondere im ländlichen Raum. Um die Vielfalt zu sichern, möchten wir als CDU-Landtagsfraktion RLP flexible regionale Planungen, Kooperationen und digitale Angebote verbinden. Durch Bildungsverbünde und hybride Lernformen können auch kleine und spezialisierte Fachrichtungen wohnortnah verfügbar gemacht werden. Eine zeitgemäße Ausstattung, qualifizierte Lehrkräfte und starke Praxispartnerschaften steigern die Attraktivität und Qualität – so wird

WAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ:

wohnortnahe berufliche Vielfalt langfristig gesichert.

GRÜNE ▶ Auch uns liegt der Fachklassen-erhalt am Herzen. Dementsprechend ist für uns ein möglichst wohnortnahes Angebot von hoher Priorität. Wir GRÜNEN setzen uns ausdrücklich für ein vielfältiges Angebot an Fachklassen in der Fläche ein. Das Ziel ist, auch bei sinkenden Schülerzahlen Berufe wohnortnah zu erhalten. Dafür stärken wir die Kooperationen zwi-

schen Berufsschulen, setzen digitale Lösungen zur Verbindung kleiner Klassen ein und fördern Modellprojekte, die innovative Angebote (z. B. duale Oberstufe) ermöglichen. Ausbildende Betriebe werden wir weiter gezielt unterstützen, um eine breit gefächerte Ausbildung sicherzustellen. Zudem treiben wir die Mobilitätswende weiter voran, um die bestehenden Angebote für alle erreichbar zu machen.

ABSENTISMUS

Der Absentismus von schulpflichtigen Schülerinnen und Schülern hat – beginnend in der Sekundarstufe I – in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Dieser Prozess setzt sich an unseren Schulen – insbesondere den Vollzeitschulformen – verstärkt fort. Nicht zuletzt führt dies dazu, dass etwa sechs Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen. Auf der anderen Seite beklagt der Staat immer höhere Kosten im Sozialhaushalt, und die Wirtschaft klagt über einen nach wie vor hohen Fachkräftemangel.

Mit welche Maßnahmen wollen Sie dem Problem des Absentismus an unseren Schulen begegnen?

SPD ▶ Schulabsentismus verringert kurz- und langfristig die Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von Jugendlichen und hat auch (gesamt-)gesellschaftliche Auswirkungen. Deshalb müssen wir unsere Jugendlichen und Schulgemeinschaften stärken und unterstützen. Wir wollen das schulpsychologische Beratungszentrum stärken und nachfrageorientiert Fort- und Weiterbildungen anbieten. Bereits präventiv wichtig ist eine aktive Elternarbeit, denn sind sie involviert und erkennen den Wert von und die Unterstützung durch Schule, sind auch die Kinder stärker involviert. Weiterhin brauchen wir ein starkes Netz und eine gute Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und der Schulaufsicht. Schlussendlich spielt auch hier eine veränderte Lern- und Prüfungskultur mit herein: Wir brauchen ein Lernklima, dass die Kinder und Jugendlichen motiviert, eigenständig Leistung zeigen zu wollen und ihnen Freude am Lernen bringt. Nur dann werden sie auch gerne zur Schule kommen.

CDU ▶ Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz braucht es ein Zusamme-

spiel aus früher Prävention, konsequenter Erfassung und gezielten Interventionen, um Schulabsentismus wirksam zu begegnen. Fehlzeiten müssen systematisch dokumentiert und ausgewertet werden, um Warnsignale früh zu erkennen. Nur durch ein strukturiertes Fehlzeitenmanagement kann schnell gehandelt und der Kontakt zu betroffenen Schülerinnen und Schülern gehalten werden. Multiprofessionelle Teams unterstützen Schulen bei Prävention, Beziehungsarbeit und Gewalt- oder Angstprävention und stärken so die Bindung an die Schule. Beim Auftreten von Schulabstinentz müssen klare Handlungsketten greifen. Wo Unterstützung nicht ausreicht, sind verbindliche, pädagogisch begründete Konsequenzen nötig. Die CDU-Landtagsfraktion steht für eine Haltung, die Prävention stärkt und Verantwortung von Schule, Eltern und sozialen Diensten gemeinsam trägt.

GRÜNE ▶ Wir GRÜNEN verfolgen einen umfassenden Ansatz zur Prävention und Bekämpfung von Absentismus. Dazu zählen der Ausbau von Schulsozialarbeit, gezielte Förderung im Ganztag, das Anspre-

chen von Problemlagen bereits bei ersten Anzeichen und die enge Vernetzung mit Jugendhilfe und außerschulischen Partnern. Wir stärken Beratung und individuelle Unterstützung, damit Jugendliche im Bildungssystem gehalten werden. Das Ziel ist, keinen jungen Menschen ohne Abschluss zurückzulassen. Schulabsentismus verdeutlich für uns allerdings auch ein tief-ergehendes Problem. Aus unserer Sicht ist der Schulabsentismus ein Symptom unserer krisengebeutelten Jugend. Daraus

spricht aus unserer Sicht ein Mangel an Zuversicht, dass sich Lernen und dranbleiben auch für sie lohnt. Wir müssen also alle gemeinsam das Aufstiegsversprechen erneuern. Dementsprechend stehen wir GRÜNE für faire Löhne, gutes und günstiges Wohnen sowie eine gute Gesundheitsversorgung, damit junge Menschen wieder zuversichtlich in die Zukunft blicken und dementsprechend den Wert einer guten Berufsausbildung kennen.

LEHRKRÄFTEMANGEL

Laut der statistischen Veröffentlichung der Bildungsministerkonferenz vom Februar 2025 wird sich der Lehrkräftemangel an berufsbildenden Schulen weiter verschärfen. Einem Einstellungsbedarf von ca. 53.400 Lehrkräften wird lediglich ein Angebot von 32.000 Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes gegenüberstehen. Für den gesamten Prognosezeitraum bis 2035 werden zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Welche Vorschläge haben Sie, um diesem Lehrkräftemangel in den nächsten zehn Jahren abzuhalten?

SPD ► In Rheinland-Pfalz gelingt es nach wie vor, trotz des bundesweiten Lehrkräftemangels alle Planstellen mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Das ist ein riesen Erfolg, den wir fortsetzen möchten. Attraktive Arbeitsbedingungen wie die Verbeamung als Regelfall und eine gute Besoldung, ausreichend Ausbildungskapazitäten und die gezielte Öffnung für den Quer- und Seiteneinstieg sind Bausteine, die wirken: So sehen wir etwa mehr Nachwuchs in unseren Studienseminaren, auch für die BBSen. Auch zukünftig wollen wir aktiv für den Beruf und das Berufsfeld werben und dabei gemeinsam mit der betrieblichen Praxis und den Kammern weiterentwickeln.

CDU ► Um den Lehrkräftemangel abzufedern, greifen aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz verschiedene Maßnahmen: Besonders im berufsbildenden Bereich ist der Einsatz von Quer- und Seiteneinsteigern ein sinnvolles Instrument, um kurzfristig Personallücken zu schließen. Direkteinsteiger aus der Wirtschaft mit einschlägiger Berufserfahrung bringen gerade in technischen und naturwissenschaftlichen Mängelfächern wertvolle Praxiserfahrung für die Lernenden ein. Sie werden über spezielle Programme berufsbegleitend qualifiziert und schrittweise in den Unterricht integriert.

Als CDU-Landtagsfraktion setzen wir uns dafür ein, dass Lehrkräfte wieder das tun können, wofür sie ausgebildet wurden: unterrichten. Durch zusätzliche Verwaltungskräfte und multiprofessionelle Teams wollen wir sie entlasten, Freiräume schaffen und die Motivation im Schuldienst stärken.

GRÜNE ► Zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels wollen wir die Ausbildungskapazitäten ausweiten, das Quereinstiegs- und Seiteneinsteigermodell ausbauen, attraktive Arbeitsbedingungen bieten sowie gezielte Anreize für schwer zu besetzende Regionen und Fächer schaffen. Wir setzen uns für die Modernisierung der Ausbildung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein. Der Ausbau von multiprofessionellen Teams soll zusätzliche Entlastungen bringen. Neben klassischen Maßnahmen prüfen wir innovative Ansätze wie Kooperationen mit Hochschulen, flexible Studienmodelle oder Anreize für Rückkehrer*innen in den Schuldienst. Auch die oben genannten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sind wichtige Maßnahmen, um dem Lehrkräftemangel zu begegnen.

DER VLW IM GESPRÄCH MIT DEM BILDUNGSPOLITISCHEN SPRECHER DER FDP-LAND- TAGSFRAKTION STEFAN THOMA



Im Rahmen einer Videokonferenz tauschten sich Mitglieder des VLW-Landesvorstandes mit dem FDP-Bildungspolitiker Stefan Thoma, selbst Lehrer, über aktuelle Herausforderungen im Bildungsbereich aus. Ein zentrales Thema war die Digitalisierung. Alle Beteiligten betonten, dass Schulen nicht nur eine bessere technische Ausstattung, sondern vor allem einen schnellen und verlässlichen Support vor Ort benötigen. Ebenso bestand Einigkeit darin, dass der Beamtenstatus unverzichtbar ist, um den Lehrerberuf attraktiv zu halten und Nachwuchs zu sichern.

Großen Raum nahm auch die Frage der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ein. Thoma erläuterte, dass die FDP diese Gleichwertigkeit weiter stärken wolle – unter anderem durch verpflichtende Praktika, eine frühzeitige Berufsorientierung sowie finanzielle Anreize für lebenslanges Lernen. Studienabbrüche sollten besser aufgefangen und alternative Bildungswege eröffnet werden. Das dreigliedrige Schulsystem und die bestehende Schulvielfalt sollen nach Ansicht der FDP erhalten bleiben.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Lehrkräfteversorgung. Doppelaufläufen oder Betreuungslösungen dürften nicht länger als Unterrichtsversorgung gezählt werden, um die Statistik zu schönen. Ziel müsse eine echte Vollversorgung mit Lehrkräften deutlich über 100 Prozent sein. Auch bei der Besoldung forderte die FDP Veränderungen: A13 für alle Lehrkräfte sowie eine stärkere Orientierung an Leistung statt an Studiendauer. Der VLW widersprach hier und betonte, dass die in der Regel längere Studien- und Ausbildungsdauer von BBS-Lehrkräften ebenfalls berücksichtigt werden müsse.

Darüber hinaus stand die Ausbildung künftiger Lehrkräfte im Fokus. Im Referendariat sollen nach den Vorstellungen der FDP Inhalte zu IT und Schulrecht verbindlich und intensiver vermittelt werden. Zudem müsse die Notengebung transparenter

gestaltet und der Einfluss von Schulen und Mentoren gestärkt werden. Auch bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und bei der Besetzung von Funktionsstellen sieht die FDP Handlungsbedarf. Beide Verfahren sollten beschleunigt und transparenter gestaltet werden. Beförderungen müssten auf klaren Kriterien beruhen, die allen Laufbahnen offenstehen, und nachvollziehbar begründet werden.

Auch die Leistungsbewertung von Schülerinnen und Schülern war Thema. Künftig sollen fachliche Leistungen und Grundkompetenzen stärker getrennt betrachtet werden. Kopfnoten sollen detaillierter auf Kompetenzen wie Pünktlichkeit, Teamfähigkeit oder Kreativität eingehen, Fehlzeiten verbindlich ausgewiesen werden. Um dem Absentismus-Problem entgegenzuwirken spricht sich die FDP für eine Toleranzgrenze bei Fehlzeiten aus, bei deren Überschreitung ein Bestehen bzw. eine Versetzung nur mit einem pädagogisch begründeten Konferenzbeschluss möglich ist. Ergänzend schlug die FDP ein erweitertes 15-Punkte-System oder differenzierte Noten mit Plus- und Minuszeichen vor, um die Aussagekraft von Zeugnissen zu erhöhen.

Der VLW dankte Stefan Thoma für den offenen Austausch und die zahlreichen Impulse, von denen viele als zukunftsweisend eingeschätzt wurden.



Im Gespräch über faire
Bezahlung und starke Schulen:
Jenny Groß (CDU) mit
Michael Schmidt (links) und
Dirk Mettler (rechts)

CDU-FRAKTION SPRICHT SICH FÜR A13 FÜR DAS GRUNDSCHULLEHRAHM AUS

Unlängst fand ein reger Austausch mit Jenny Groß und Matthias Reuber von der CDU-Fraktion des Landtages Rheinland-Pfalz mit Michael Schmidt und Dirk Mettler statt.

Im Hinblick auf die Attraktivität des Lehrerberufs teilte Jenny Groß mit, dass die CDU Rheinland-Pfalz die Verbeamtung für Lehrkräfte beibehalten und in einem ersten Schritt A13 als Einstiegsgehalt für das Grundschullehramt einführen möchte. Der umfangreicheren Ausbildung mit Praxisanteilen von BBS-Lehrkräften soll beim Gehalt Rechnung getragen werden. Eine Regelbeförderung nach A14 wurde dabei ins Spiel gebracht. Der VLW fordert in diesem Zusammenhang, dass sich die längere Ausbildungszeit auch in der Besoldung niederschlagen sollte.

Veraltete Lehrpläne wurden von Matthias Reuber als Handlungsfeld angeführt, da sie zum Teil seit 1998 nicht mehr aktualisiert worden seien und damit nicht mehr zeitgemäß sind.

Auf das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler und mögliche Maßnahmen angesprochen, regte Dirk Mettler einheitliche, landesweite Abschlussprüfungen für die zehnte Klasse an, um eine Vergleichbarkeit von Leistungen zu erreichen. Dies stieß bei Jenny Groß auf Zustimmung.

Zur Bekämpfung des Absentismus regte ein Mitglied des Teams von Jenny Groß an, den Ausweis der Fehlzeiten auf den Bewerbungs- und Abschlusszeugnissen wieder einzuführen, damit die Einsatzfähigkeit und die Einsatzbereitschaft der zukünftigen Auszubildenden für Betriebe besser eingeschätzt werden könnten. Eine Anwesenheitsquote von 75 Prozent wurde als wünschenswert erachtet – ein schon seit langer Zeit bestehender Wunsch unserer Kolleginnen und Kollegen.

Wert legten Jenny Groß und Dirk Mettler ebenfalls auf eine sinnvolle Gruppeneinteilung von Schülerinnen und Schülern im BVJ Sprache mittels eines Eingangstests, um die Heterogenität der Lerngruppen zu reduzieren und jeden einzelnen auf seinem Niveau besser fördern zu können.

Beide Seiten vereinbarten, den guten Kontakt weiter zu pflegen. Der VLW wird den Wahlkampf um die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz aufmerksam verfolgen (siehe unsere „Wahlprüfsteine“).

ENGAGEMENT:



**DAS BESTE
MITTEL GEGEN
BLUTKREBS:**

WIE BERUFSBILDENDE SCHULEN ZU LEBENSRETTERN WERDEN

Engagement für Menschen mit Leukämie: Die Stefan-Morsch-Stiftung, Deutschlands erste Stammzellspenderdatei, zeichnet Schulen aus, die sich aktiv im Kampf gegen Leukämie einsetzen. Die BBS Kirn, die BBS Bernkastel-Kues und die BBS Idar-Oberstein zeigen, wie einfach und wirkungsvoll dieses Engagement sein kann – und warum sich auch andere Schulen auf den Weg zur Lebensretter-Schule machen sollten.

Die BBS Bernkastel-Kues hat bereits zweimal zur Typisierung aufgerufen. 123 Schulangehörige ließen sich registrieren, um potenziell Leben zu retten. Zusätzlich sammelte die Schule 1.000 Euro für die Stiftung – ein starkes Zeichen für Solidarität und Mitmenschlichkeit. Auch die BBS Idar-Oberstein lebt das Motto ‚Schule rettet Leben‘. Über 300 Schülerinnen und Schüler haben sich dort bereits typisieren lassen. Mit Pfandflaschenaktionen und Spenden zeigt die Schulgemeinschaft, wie

einfach soziales Engagement im Schulalltag verankert werden kann.

Zwar darf man erst ab 18 Jahren Stammzellen spenden, aber mit Einverständnis der Sorgeberechtigten können sich junge Menschen bereits mit 16 Jahren registrieren. Neben den Typisierungsaktionen an den Schulen bietet die Stiftung zusätzlich auch die Gestaltung von Unterrichtseinheiten zum Thema Leukämie und Stammzelltransplantation durch ihre Mitarbeitenden an. Auch ein Besuch des stiftungseigenen HLA-Labors ist möglich.

Die Stefan-Morsch-Stiftung, Deutschlands erste Stammzellspenderdatei, macht es sich seit fast vierzig Jahren zur Aufgabe, für möglichst alle Betroffenen den passenden genetischen Zwilling zu finden und bei finanziellen Problemen aufgrund der Erkrankung zu helfen. Fabian Korb von der Stefan-Morsch-Stiftung erklärt: „Junge Menschen können besonders viel bewirken, denn sie

INFO

LEBENSRETTER-SCHULE WERDEN – SO EINFACH GEHT'S:

GERINGER AUFWAND Die Stiftung übernimmt Organisation, Materialien und Durchführung der Typisierungsaktion.

FLEXIBLE PLANUNG Die Aktionen lassen sich in den Schulalltag integrieren oder bei Projekttagen/Festen durchführen.

PRAXISBEZUG FÜR DEN UNTERRICHT Wenn gewünscht, übernehmen die Stiftungsmitarbeitenden Unterrichtseinheiten rund um das Thema Blutkrebs. Zusätzlich werden Moleku-

largentik- und Biologie-Workshops im HLA-Labor der Stiftung in Birkenfeld angeboten.

SOZIALES LERNEN Schülerinnen und Schüler übernehmen Verantwortung und erfahren, wie ihr Einsatz Leben retten kann.

LANGFRISTIGE WIRKUNG Bis zum 61. Lebensjahr bleiben die potenziellen Lebensretter und Lebensretterinnen in der Datei. Danach müssen ihre Daten nach den gesetzlichen Vorgaben gelöscht werden.

werden aus medizinischen Gründen häufiger ausgewählt, um Stammzellen zu spenden. Ihre Zellen teilen sich aktiver, sie haben weniger Antikörper und verbleiben lange in der Datei – bis zu ihrem 61. Lebensjahr.“ Aus diesem Grund sind Schulen wichtige Kooperationspartner für die gemeinnützige Organisation.

Nicht immer helfen Chemotherapien und Bestrahlung, um Leukämie und andere Erkrankungen des blutbildenden Systems zu heilen. Häufig ist dann eine Stammzelltransplantation die einzige Chance für Betroffene zu überleben. Das funktioniert aber nur, wenn ein Spender oder eine Spenderin mit den gleichen genetischen Ge webemerkmalen gefunden wird. Diese kommen jedoch in unzähligen Varianten vor. Auch heute noch wird für

etwa jede zehnte betroffene Person keine passende Spenderin oder Spender gefunden.

KONTAKT

Jetzt mitmachen und Lebensretter-Schule werden!

typisierung@stefan-morsch-stiftung.de
Fon: 06782 993398
www.stefan-morsch-stiftung.de

ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER: NEUE TARIFRUNDE

Die Tarifrunde 2026 für den Öffentlichen Dienst der Länder und Kommunen nähert sich der heißen Phase: Am 17. November hat der dbb die Tarifforderungen präzisiert und festgelegt.

Die Kolleginnen und Kollegen sehen bei der Bezahlung deutlichen Handlungsbedarf. Hier müssen die Länder wieder konkurrenzfähiger werden. Gleichzeitig hat sich ein Handlungsstau bei vielen Einzeltthemen aufgebaut. Entlastung und Arbeitszeitsouveränität sind große Themen. In der Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen ist der dbb hier Schritte in die richtige Richtung gegangen. Die Beschäftigten haben die Erwartung, dass die Länder mehr tun und sich als moderne Arbeitgeber präsentieren.

In der Regionalkonferenz am 3. September in Mainz wurde u.a. auch über die Einkommenssituation diskutiert. Neben der Forderung nach einer Einkommenssteigerung sprachen sich die Delegierten aufgrund der Personalsituation für flexible Arbeitszeitmodelle aus, um der Überbelastung entgegenzutreten. Andreas Hemsing, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, erklärte: „Klar ist,

dass zur Steigerung der Attraktivität und zum Ausgleich der Preissteigerungen unsere Kernforderung die lineare Entgelterhöhung sein muss. Darüber hinaus müssen sich die Arbeitgeber in puncto Arbeitsentlastung deutlich bewegen. Ziel muss sein, die Arbeit für den öffentlichen Dienst der Länder attraktiv zu machen, um junge Menschen für diese Tätigkeiten zu gewinnen.“

Im Januar oder Februar werden wir für unsere Forderungen auf die Straße gehen. Schon jetzt fordern wir unsere Mitglieder, ausdrücklich auch die Pensionärinnen und Pensionäre, zur Teilnahme auf, über die wir natürlich noch gesondert informieren werden.

Der Landesvorstand



Der VLW geht für seine Forderungen auf die Straße

VLW-PERSONALRÄTEFORTBILDUNGEN IN ALZEY UND WELLING



Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer

Im Mittelpunkt der diesjährigen Schulungen für neu gewählte Personalratsmitglieder standen die zentralen Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes, insbesondere zur Zusammenarbeit mit der Schulleitung, den Aufgaben der örtlichen Personalvertretungen und dem Ablauf der ÖPR-Sitzungen.

Ein großes Interesse bestand an der Frage der Freistellungen. Hierbei wurde auf die seit 1993 gültige „Einigungsformel“ verwiesen, nach der zur Grundfreistellung weitere Stunden für Sitzungen außerhalb der Unterrichtszeit oder bei besonderen örtlichen Erschwernissen vereinbart werden können.

Am Nachmittag nutzten die Teilnehmenden die Gelegenheit, schulbezogene Fragen zu diskutieren. Weitere digitale Schulungen in Kooperation mit dem vlbs zu Themen wie 3/6-Pauschale, Personalversammlungen, Mehrarbeit und BEM sind für Ende dieses und Anfang nächsten Jahres geplant.

Die Veranstaltungen wurden von den HPR-Vertretern Dirk Mettler und Christian Flory sowie den BPR-Vertretern Stefanie Tischer und Andreas Seehaus geleitet. Dank der guten Organisation durch Stefanie Tischer sowie der angenehmen Atmosphäre in den Tagungshotels verliefen beide Fortbildungen sehr erfolgreich.

Andreas Seehaus

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Stv. Vorsitzende

Stefanie Tischer, Andreas Seehaus

Geschäftsstelle

Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion

Mario Passannante • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann • www.karikaturist.de

Auflage

1.500 Stück

Druck

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden



DER VLW UNTERWEGS:

Früh vernetzt: Der VLW stellt sich an der Uni Mainz als starke Stimme für angehende Lehrkräfte vor



INFORMATION DES LEHRKRÄFTE-NACHWUCHSES: DER VLW AN DER UNI MAINZ



Zu Beginn der Sommerferien besuchten Miriam Schmidle, Referentin für die jungen Wirtschaftspädagogen/-innen und Stefanie Tischer, stellvertretende Landesvorsitzende, Studierende der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Masterstudiengang Wirtschaftspädagogik. Dieser Besuch fand im Rahmen des Seminars „Digitalisierung und kaufmännische Berufsbildung“ von Dr. Christiane Kuhn statt. Nach einer kurzen Vorstellung der Verbandsarbeit des VLW präsentierte Miriam Schmidle verschiedene KI-Tools zur Unterrichtsvorbereitung und gab wertvolle Informationen u.a. zu deren datenschutzkonformer Nutzung. Die Studierenden hatten einen Gastzugang bei fobizz erhalten und sollten im Rahmen des Seminars mithilfe von KI-Tools ein Handlungsprodukt zu einem fiktiven

Unterrichtseinsatz erstellen. Daher erhielten sie außerdem Einblicke in die Angebote an Fortbildungen und Tools von fobizz und zahlreiche Tipps zur Nutzung der Plattform. Anschließend präsentierte Miriam Schmidle und Stefanie Tischer je ein Unterrichtsbeispiel, das sie mit fobizz erstellt und in ihrem eigenen Unterricht eingesetzt hatten. In der anschließenden Arbeitsphase konnten sich die Studierenden mit ihren Fragen an die beiden Mitglieder des Landesvorstandes wenden. Ein Ziel des VLW ist die Sicherung und Förderung einer hohen Qualität der Lehrkräfte-Ausbildung in Rheinland-Pfalz, weshalb unser Verband schon viele Jahre mit der JGU Mainz zusammenarbeitet. Der VLW bedankt sich daher recht herzlich bei Dr. Christiane Kuhn für die erneute Kooperation.

ZUR PERSON

Dr. Christiane Kuhn ist Akademische Direktorin am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In dieser Funktion koordiniert und verantwortet sie Aufgaben in der Forschung und Lehre. Sie leitet drittmittelgeförderte Forschungsprojekte, wobei ein besonderer Fokus auf der Qualitätssicherung der Lehrerbildung liegt. Für einen Transfer der wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis sowie ein praxisorientiertes Lehrangebot für die Studierenden im Bachelor- und Masterstudium arbeitet sie eng mit Vertreterinnen und Vertreter des VLW, der berufsbildenden Studienseminare und Schulen sowie der Kammern zusammen.

INFO

Im M. Ed. Seminar „Digitalisierung und kaufmännische Berufsbildung“ analysieren und reflektieren die Studierenden u.a. aktuelle Entwicklungen der digitalen Transformation und deren Bedeutung für kaufmännische Lehr-Lernprozesse – etwa die Förderung einer kritischen Urteilsfähigkeit im Umgang mit Falschinformationen sowie beim Einsatz von KI-Tools – unter Einbezug der Perspektive aus der Praxis.

DER VLW FORDERT:

- **ZENTRALE ABSCHLUSSPRÜFUNG UND MINDESTSTANDARDS ZUR SICHERUNG VON GRUNDKOMPETENZEN Z.B. DURCH EINFÜHRUNG EINER LANDESWEIT ZENTRALEN ABSCHLUSSPRÜFUNG FÜR DIE MITTLERE REIFE, DIE DEN ERWERB VERBINDLICHER GRUNDKOMPETENZEN IN DEN KERNFÄCHERN DEUTSCH, MATHEMATIK UND ENGLISCH ÜBERPRÜFT.**
- **STÄRKUNG DER PÄDAGOGISCHEN FREIHEIT: LEHRKRÄFTE MÜSSEN IHRE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER REALISTISCH EINSCHÄTZEN UND ANGEMESSEN BEWERTEN KÖNNEN. PÄDAGOGISCHE FREIHEIT IST DIE GRUNDLAGE EINER GERECHTEN LEISTUNGSBEWERTUNG.**
- **FORTBILDUNGEN ZUR LEISTUNGSBEWERTUNG IM ZEITALTER VON KI: LEHRKRÄFTE BENÖTIGEN GEZIELTE UND QUALIFIZIERTE FORTBILDUNGEN, UM AUTHENTISCHE SCHÜLERLEISTUNGEN SICHER VON KI-GENERIERTEN PRODUKTEN UNTERScheiden ZU KÖNNEN.**
- **SENKUNG DER KLASSENMESSZAHLEN UND ENTLASTUNG FÜR INDIVIDUELLE RÜCKMELDUNGEN. LEHRKRÄFTE BRAUCHEN MEHR ZEIT UND GERINGERE BELASTUNG, UM AUSSAGEKRÄFTIGE, FORMATIVE RÜCKMELDUNGEN ZU GEBEN – STATT BLOSSER ZIFFERNNOTEN.**
- **SCHUTZ DER LEHRKRÄFTE VOR DRUCK DURCH ELTERN UND SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER. KLARE RICHTLINIEN UND RÜCKENDECKUNG DURCH DIE ADD UND DAS BILDUNGSMINISTERIUM SIND NOTWENDIG, DAMIT LEHRKRÄFTE BEI KONFLIKTEN ÜBER NOTEN UND PÄDAGOGISCHE MASSNAHMEN GESCHÜTZT WERDEN.**